

Nr.42

September  
III/2008

**DIE LINKE.**

# Tarantel

**Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei DIE LINKE**



Götz Brandt

Von der Illusion einer „neuen Art des Wirtschaftswachstums“ –  
Die Linke und ihre programmatischen Irrwege

Al Gore

Eine Generationen-Herausforderung:  
Neue Energie für Amerika

Jochen Stay

Billiges Versprechen

Thomas Mölich, Mark Höstermann

20 000 Kilometer Wanderkorridore. Ein Rettungsnetz  
für die Wildkatze

## Termine

### Öko-Kongress

Stuttgart, 11.10.2008  
70327 Stuttgart-Untertürkheim, Sängershalle  
mit Karin Binder, MdB, Hans-Kurt Hill, MdB  
Veranstalter:  
Ökologische Plattform Baden-Württemberg  
Arbeitsgruppen zu Klimaschutz, Agrogentechnik,  
Verkehr und kommunaler Energieversorgung

### Bundesweite Anti-Atom-Demonstration

Gorleben, 08.11.2008, 13.00 Uhr  
[www.x-tausendmalquer.de](http://www.x-tausendmalquer.de)

### Klimaaktionstag am 06.12.2008

Informationen:  
<http://www.die-klima-allianz.de/klimaaktionstag/deutschland>

### Konferenz zur Energiewende auf kommunaler Ebene, Rekommunalisierungen (geplant)

voraussichtlich Berlin, Januar 2009

## Parteitageanträge

Die Anträge G.17 und G.18 der Ökologischen Plattform, die der Parteitag – neben anderen – an den Parteivorstand überwiesen hatte, wurden auf der Klausur des Parteivorstands am 06.07.2008 behandelt und an die Bundestagsfraktion überwiesen:

„Der Parteivorstand bittet zu folgenden vom 1. Parteitag in Cottbus an den Parteivorstand überwiesenen Anträgen die Bundestagsfraktion DIE LINKE. um Prüfung, ob parlamentarische Initiativen noch in dieser Legislaturperiode möglich sind:

G. 17 (Umweltverschmutzung  
Kali-Industrie Thüringen)

G. 18 neu (Klimaschutzerklärung).“

## Quellennachweis der Abbildungen

Titel: Wildkatze  
Fotograf: Martin Steiger 2003-09-28  
Lizenz: GNU Free Documentation License 1.2  
Quelle: [de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Wildkatze\\_002.jpg&filetimestamp=20050225212340](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Wildkatze_002.jpg&filetimestamp=20050225212340)

## Editorial

Liebe LeserInnen,

Das Problem Atom Müll gibt es nunmehr wenig länger als ein halbes Jahrhundert. Die interessierte Öffentlichkeit ist inzwischen alarmiert und stark besorgt über die Gefahren, die für die heute lebenden und die künftigen Generationen aus dem Geschäft mit der Atomenergie, ob nun für machtpolitische, militärische oder sogenannte friedliche Zwecke, entstanden sind. Ständige Zwischenfälle in Atomkraftwerken weltweit beweisen, dass die Menschheit solange nicht vor einem „größten anzunehmenden Unfall“ wie Tschernobyl sicher sein kann, wie es diese Kraftwerke gibt. Selbst wenn sie davon verschont bliebe, bleibt die Ungewissheit einer sicheren Entsorgung. Der Müll soll für Jahrtausende sicher gelagert werden. Man weiß es von Anfang an, aber das Problem wird von der Atomlobby klein geredet und von den Verantwortlichen teils verdrängt und teils schlampig behandelt. Wie man lesen konnte, sind den Verantwortlichen die Sicherheitsprobleme im niedersächsischen Atom Mülllager Asse seit 15 Jahren bekannt. Bundesumweltminister Gabriel hat die dort entstandene Situation als GAU bezeichnet. Er mag damit aber nur zur Hälfte Recht haben, nämlich soweit es sich um das Ausmaß der Katastrophe handelt. Die andere Hälfte, nämlich die Bezeichnung als Unfall, ist nicht gerechtfertigt. Er will wohl damit von der Verantwortung der Atomindustrie und der zuständigen Regierungsstellen ablenken, denn unter Unfall stellt man sich gewöhnlich einen Schicksalsschlag vor, mit dem niemand so richtig rechnen konnte. Hier handelt es sich aber, zumindest seit 15 Jahren, um ausgemachte Schlamperei im Interesse des Profits und auf Kosten der Sicherheit und Gesundheit der Menschen.

Und was dürfen unsere Nachfahren dann in 50 oder 100 oder gar in 1000 Jahren erwarten, wenn wir nach 15 oder 20 Jahren schon ernsthafte Probleme bekommen? Welche Lasten bürden wir ihnen eigentlich auf, einfach so ohne sie zu fragen? Die Gefahren wachsen mit jedem weiteren Tag Atomproduktion.

Manfred Wolf

S.15: Verbreitung der Unterarten der Wildkatze  
Autor: Christophe Cagé 2007-07-08  
Lizenz: GNU Free Documentation License 1.2  
Quelle: [de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Felis-silvestris2.png&filetimestamp=20070708073606](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Felis-silvestris2.png&filetimestamp=20070708073606)

# KLIMA UND ENERGIE

## Eine Generationen-Herausforderung: Neue Energie für Amerika<sup>1</sup>

Al Gore

Meine Damen und Herren: Es gibt Zeiten in der Geschichte unserer Nation, in denen die Art, wie wir weiterleben, völlig davon abhängt, dass wir uns von Illusionen freimachen und aufwachen, um einer akuten Gefahr entgegenzutreten. In solchen Momenten kommt es darauf an, dass wir uns schnell und entschlossen aufrufen, alte Gewohnheiten aufgeben und uns klarsichtig und engagiert der Notwendigkeit großer Veränderungen stellen. Diejenigen, die aus welchen Gründen auch immer, ihren Beitrag dazu verweigern, müssen entweder überzeugt werden, mitzumachen oder müssen sich auffordern lassen, dass sie zur Seite treten. Dies ist solch ein Moment. Das Überleben der Vereinigten Staaten von Amerika, so wie wir sie kennen, ist in großer Gefahr. Und noch schlimmer - wenn man überhaupt noch nach Schlimmerem fragen mag - die Zukunft der menschlichen Zivilisation steht auf dem Spiel.

Mir fällt keine Zeit ein, in der in unserem Land gleichzeitig so viele Dinge schief gelaufen sind. Unsere Volkswirtschaft ist in einem schrecklichen Zustand und verschlimmert sich immer weiter, die Treibstoffpreise steigen dramatisch an und auch die Strompreise. Arbeitsplätze werden ins Ausland verlegt. Wohnungsbaukredite geraten in Schwierigkeiten. Banken, Automobilkonzerne und andere Institutionen, von denen wir abhängen, geraten unter immer stärkeren Druck. Anerkannte Führungskräfte der Wirtschaft sagen uns, dies sei erst der Anfang, wenn wir nicht den Mut finden, einige wichtige Veränderungen schnell vorzunehmen.

Besonders der Klimawandel verschlimmert sich - erheblich schneller als bisher vorhergesagt. Wissenschaftler mit Zugang zu den Messwerten unserer Unterseeboote, die das Polareis am Nordpol unterqueren, warnen uns, dass mit 75-prozentiger Wahrscheinlichkeit innerhalb von fünf Jahren die Eiskappe während der Sommermonate völlig verschwinden wird. Dadurch wird sich das Abschmelzen des Grönlandeises weiter beschleunigen.<sup>2</sup> Experten sagen, dass der Jakobshavn-Gletscher, einer der größten in Grönland, schneller als je zuvor wegschmilzt. Täglich

<sup>1</sup> Die Überschrift enthält ein Wortspiel. „Repower America“ kann entweder bedeuten: Amerika mit neuer Energie versehen oder Amerika wieder mächtig machen oder beides.

<sup>2</sup> Blendend weißes Eis wirft die Sonnenstrahlen zurück. Tiefblaues Meereswasser hingegen nimmt die Sonnenstrahlen auf.

verliert er so viel Tonnen Eis, wie die Einwohner von New York in einem ganzen Jahr an Wasser verbrauchen.

Zwei wichtige Studien des militärischen Abwehrdienstes warnen unsere Regierung vor den gefährlichen Auswirkungen des Klimawandels auf die nationale Sicherheit, einschließlich der Möglichkeit, dass Hunderte von Millionen von Klimaflüchtlingen weltweit die Nationen destabilisieren. Gerade vor zwei Tagen haben 27 ehemalige Staatsmänner und pensionierte militärische Führer vor der Bedrohung der nationalen Sicherheit durch die verheerenden Erschütterungen („Energie-Tsunami“) gewarnt, die sich ergeben würden, wenn wir unseren Zugang zu ausländischen Ölquellen verlieren. Inzwischen geht der Krieg im Irak weiter und derzeit eskaliert offenbar der Krieg in Afghanistan.

Und nebenbei gesagt, unser Wetter wird ja auch etwas sonderbar, nicht wahr? Seit Menschengedenken gab es anscheinend noch nie so viele Tornados, längere Dürreperioden, heftigeren Starkregen und Rekordüberschwemmungen. Brände noch nie bekannten Ausmaßes toben in Kalifornien und anderswo im amerikanischen Westen. Höhere Temperaturen trocknen die Vegetation aus, so dass zundertrockenes Kleinholz als Brandbeschleuniger für Mega-Feuer entsteht, wie sie in Kanada, Griechenland, Russland, China, Südamerika, Australien und Afrika gewütet haben. Geophysiker der Universität von Tel Aviv sagen uns, dass für jedes Grad Temperaturerhöhung die Zahl der Blitzeinschläge um weitere 10 Prozent ansteigt. Und schließlich ist es dann ein Gewitter, das für den gegenwärtigen Flächenbrand in Kalifornien verantwortlich ist.

Viele Leute meinen wie ich, dass all diese Probleme größer sind als jeder der bisher vorgeschlagenen Lösungsansätze, und das hat mich lange beunruhigt. Ich bin überzeugt, dass wir angesichts dieser Krisen deshalb wie gelähmt erscheinen, weil wir dazu neigen, für jede dieser Krisen gesondert eine andere überholte Lösung anzubieten, ohne den Zusammenhang zwischen den Problemen zu berücksichtigen. Und diese längst überholten Lösungsvorschläge erweisen sich nicht nur als ineffektiv - fast immer verschlimmern sie sogar jeweils die anderen Krisen.

Doch wenn wir die drei anscheinend unlösbaren Herausforderungen im Zusammenhang betrachten, dann erkennen wir den roten Faden, die gemeinsame Ursache. Sie ist geradezu lächerlich einfach zu beschreiben: Unsere gefährliche, geradezu sklavisches Abhängigkeit von fossilen Energiequellen ist die gemeinsame Ursache dieser drei Bedrohungen - der ökonomischen Krise, der Umweltkrise und der Krise der nationalen Sicherheit.

Wir leihen uns Geld von China, um Öl aus dem Persischen Golf zu kaufen, um es dann zu verbrennen, wodurch dann dieser Planet zerstört wird. All das - Stück für Stück - muss sich ändern.

Aber wenn wir den roten Faden, der sich durch all diese Probleme zieht, ergreifen und kräftig daran ziehen, dann fangen diese komplexen Probleme an, sich aufzuribbeln und wir entdecken, dass wir die Antwort tatsächlich in unserer Hand halten. Die Antwort lautet, wir müssen unsere Abhängigkeit von den fossilen Energiequellen beenden.

Bei meiner Suche nach wirklich effektiven Reaktionen auf den Klimawandel habe ich eine Serie von „Lösungs-Gipfelgesprächen“ mit Ingenieuren, Wissenschaftlern und führenden Wirtschaftsmanagern abgehalten. Bei diesen Diskussionen ist mehr als deutlich klar geworden: Wenn man die Einzelerkenntnisse zusammenführt, zeigt es sich, dass die Maßnahmen gegen den Klimawandel genau die gleichen Maßnahmen sind, die wir brauchen, um unsere Volkswirtschaft zu erneuern und der Falle der ständig steigenden Energiepreise zu entkommen. Darüber hinaus sind es auch die gleichen Maßnahmen, die wir brauchen, um unsere nationale Sicherheit zu garantieren, ohne wieder Krieg am Persischen Golf führen zu müssen.

Wie wäre es, wenn wir Energiequellen nutzen, die nicht teuer sind, keine Emissionen verursachen und hier zu Hause im Überfluss zur Verfügung stehen? Wir haben solche Energiequellen. Wissenschaftler bestätigen, dass alle 40 Minuten genügend Sonnenenergie auf der Erdoberfläche ankommt, um damit den gesamten Weltenergieverbrauch eines Jahres abzudecken. Man braucht nur einen kleinen Teil dieser Sonnenenergie zu nutzen, um damit die gesamte benötigte elektrische Energie Amerikas zu erzeugen.

Und genug Wind bläst jeden Tag durch den Midwest-Korridor, der ebenfalls 100 Prozent des US-Strombedarfs decken kann. Geothermische Energie kann ganz ähnlich einen enormen Beitrag zur Stromversorgung von Amerika bereitstellen. Die schnellste, billigste und beste Art, all diese erneuerbaren Energien zu nutzen, ist die Produktion von Elektrizität. Tatsächlich können wir ab sofort Solarenergie, Windkraft und geothermische Energie nutzen, um Strom für unsere Wohnungen und für die Wirtschaft zu erzeugen. Aber um dieses erstaunliche Potenzial wirklich zu nutzen und damit wirklich und wahrhaftig die nationalen Probleme zu lösen, brauchen wir einen neuen Anfang.

Aus eben diesem Grund schlage ich heute eine strategische Initiative vor, die das Ziel hat, uns von den drückenden Krisen zu befreien und unsere Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Dies ist nicht das Einzige, was wir tun müssen. Aber dies ist der Dreh- und Angelpunkt einer mutigen Strategie, Amerika wieder mit neuer Energie zu versorgen, im wörtlichen und im übertragenen Sinne. Heute fordere ich unsere Nation auf, sich zu verpflichten, innerhalb von 10 Jahren 100 Prozent unserer Elektrizität aus erneuerbarer Energie und aus wirklich kohlenstofffreien Quellen zu erzeugen. Dieser Plan ist durchführbar, bezahlbar und höchst wirksam. Er stellt eine Herausforderung für

Amerikaner aller Gesellschaftsschichten dar: für unsere politischen Führer, Unternehmer, Erfinder, Ingenieure und für jeden Bürger. Noch vor wenigen Jahren hätte ich so einen nationalen Appell nicht veröffentlichen können. Aber es hat sich inzwischen etwas geändert: Die deutlichen Kostensenkungen für Solar-, Wind- und Geothermiestrom auf der einen Seite und die kürzlich erfolgten Preisanstiege bei Öl und Kohle auf der anderen Seite haben die Maßstäbe der Wirtschaftlichkeit im Energiesektor radikal verändert.

Als ich vor 32 Jahren zum ersten Mal zum Kongress ging, hörte ich, wie Experten aussagten, dass erneuerbare Energiequellen konkurrenzfähig sein würden, wenn der Ölpreis jemals auf 35 \$ ansteigen sollte. Nun, heute liegt der Preis bei mehr als 135 \$ pro Barrel, und wirklich, Milliarden von Dollar an neuen Investitionen fließen in die Entwicklung konzentrierter thermoelektrischer Sonnenenergie und Photovoltaik, in die Entwicklung von Windmühlen, Geothermiewerken und einer Vielzahl genialer neuer Möglichkeiten, unsere Effizienz zu verbessern und Energien zu sparen, die augenblicklich verschwendet werden.

Da die Nachfrage nach erneuerbaren Energien wächst, fallen die Kosten weiterhin.<sup>3</sup> Lassen Sie mich dies an einem aufschlussreichen Beispiel erläutern: Der Preis des besonderen, für die Herstellung von Solarzellen benutzten Siliziums lag vor kurzem noch bei 300 \$ pro kg, doch die letzten Aufträge wurden für Preise vergeben, die nur 50 \$ pro kg betragen. Das Gleiche geschah mit den Computerchips – auch sie werden aus Silizium hergestellt. Für dieselbe Leistungsstärke sank der Preis alle 18 Monate um 50 % - Jahr für Jahr, und zwar 40 Jahre hintereinander.

Denen, die meinen, die Kosten seien noch immer zu hoch, sage ich: Überlegen Sie gut, ob sie glauben, dass die Kosten von Öl und Kohle jemals aufhören werden zu steigen, wenn wir uns weiterhin darauf verlassen, dass schnell auslaufende Energiequellen eine rund um die Welt rapide steigende Nachfrage befriedigen können. Wenn der Bedarf an Öl und Kohle wächst, steigt ihr Preis. Wenn der Bedarf an Solarzellen wächst, gibt es oft eine Preissenkung. Wenn wir Geld an ferne Länder schicken, um nahezu 70 Prozent unseres täglichen Ölkonsums zu kaufen, bauen jene Länder neue Wolkenkratzer, und wir verlieren Arbeitsplätze. Wenn wir das Geld benutzen, um Solaranlagen und Windmühlen zu erstellen, bauen wir konkurrenzfähige Industrien auf und gewinnen Arbeitsplätze hier bei uns.

Natürlich gibt es immer Leute, die uns sagen, dass das alles nicht geht. Einige dieser Stimmen sind die Verteidiger des Status quo – die mit einem eigenen

---

<sup>3</sup> Die höhere Nachfrage senkt zunächst keineswegs die Preise. Aber sie bringt die Wind- und Solaranlagen in die Massenproduktion und Massenproduktion senkt dann auf längere Sicht entsprechend der zunehmenden Produktionserfahrung die Herstellungskosten.

Interesse an der Erhaltung des heutigen Systems, ganz gleichgültig, welchen Preis wir Übrigen dafür zahlen müssen. Doch auch die, die von dem Kohlenzeitalter profitieren, müssen irgendwann die Unvermeidbarkeit seines Endes erkennen. Wie ein OPEC-Ölminister es ausdrückte: „Die Steinzeit ging nicht zu Ende, weil Steine knapp wurden.“

Denen, die meinen, 10 Jahre seien nicht genug, sage ich respektvoll: Hören Sie doch bitte, was die Wissenschaftler der ganzen Welt uns über die Gefahren sagen, die uns bedrohen, wenn wir nicht innerhalb von 10 Jahren handeln. Die führenden Fachleute versichern, dass uns weniger als 10 Jahre bleiben, die Emissionen von Klimagasen drastisch zu verringern, da wir sonst die Fähigkeit verlieren, uns jemals von dieser Umweltkrise zu erholen. Mit wachsendem Öl- und Kohleverbrauch steigen auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Mit wachsender Nutzung von Solar-, Wind- und Geothermieenergien sinken die CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Denen, die meinen, unser Vorhaben sei aus politischen Gründen nicht akzeptabel, schlage ich vor, vor das amerikanische Volk zu treten und zu versuchen, den Status quo zu verteidigen. Und dann werden Sie erkennen, dass das Volk sich nach einer Veränderung sehnt. Ich meinerseits glaube nicht, dass unser Land noch 10 Jahre lang Benzinpreiserhöhungen ertragen kann. Unsere Arbeiter können nicht noch 10 Jahre lang Arbeitsplatzverluste und die Verlagerung von Fabriken ins Ausland ertragen. Unsere Wirtschaft kann nicht noch 10 Jahre lang ertragen, dass alle 24 Stunden 2 Milliarden Dollar für Öl in fremde Länder geschickt werden. Und unsere Soldaten und ihre Familien können nicht noch 10 Jahre lang ertragen, dass die Truppen wieder und wieder in gefährliche Regionen geschickt werden, die gerade zufällig größere Ölvorkommen aufweisen.

Was könnten wir stattdessen in den kommenden 10 Jahren tun? Was SOLLTEN wir in den kommenden 10 Jahren tun? Einige unserer größten Leistungen als Nation erwachsen aus der Entschlossenheit, ein Ziel zu erreichen, das zeitlich weit hinter der nächsten Wahl lag: Der Marshallplan, die Sozialrente, das Netz von Fernstraßen. Aber ein politisches Versprechen, etwas in 40 Jahren zu schaffen, wird allgemein ignoriert, da es bekannterweise bedeutungslos ist. Zehn Jahre ist in etwa der maximale Zeitraum, über den wir als Nation ein Ziel verfolgen und auch erreichen können. Als Präsident John F. Kennedy unsere Nation dazu aufforderte, innerhalb von 10 Jahren einen Mann auf dem Mond landen zu lassen und ihn heil zurückzubringen, bezweifelten viele die Realisierbarkeit. Doch schon 8 Jahre und 2 Monate später beschritten Neil Armstrong und Buzz Aldrin die Mondoberfläche.

Gewiss, das Ziel, 100-prozentig erneuerbare, wirklich saubere Elektrizität in höchstens 10 Jahren zu erreichen, wird von uns die Überwindung mannigfaltiger Hindernisse verlangen. Zum Beispiel verfügen wir jetzt noch nicht über ein einheitliches landesweites Stromnetz mit ausreichender Tran-

sportkapazität, um die Gebiete, in denen die Sonne scheint und der Wind bläst, mit den Städten im Osten und im Westen zu verbinden, die diesen Strom brauchen. Unser landesweites elektrisches Netz ist infrastrukturell so lebenswichtig für das Wohl und die Sicherheit unserer Wirtschaft wie unser Straßen- und unser Telekommunikationsnetz. Derzeit sind unsere Stromnetze antiquiert, nicht ausreichend dimensioniert und nicht dagegen geschützt, dass ein Stromausfall an einer Stelle sich in einer Kettenreaktion weiträumig ausbreitet. Stromausfälle und Defekte kosten die amerikanische Industrie laufend mehr als 120 Milliarden Dollar im Jahr. Die Netze müssen also in jedem Fall auf den neuesten Stand gebracht werden.

Wir könnten den Wert und die Effizienz eines zukünftigen nationalen Stromnetzes weiter erhöhen, indem wir unseren notleidenden Automobilkonzernen helfen, sich auf die Herstellung von Elektroautos zum Aufladen an der Steckdose umzustellen. Eine elektrische Fahrzeugflotte würde die Kosten des Autofahrens erheblich verringern, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringern und die Flexibilität unseres Elektrizitätsnetzes erhöhen.<sup>4</sup> Zugleich müssen wir uns natürlich auch mit viel größerer Entschlossenheit zu Effizienz und Ressourcenschonung verpflichten. Das ist die beste Investition, die wir machen können.

Amerikas Umstieg auf die erneuerbaren Energien darf nicht zu Lasten derjenigen erfolgen, die unter gefährlichen Bedingungen für unsere bisherige Energieversorgung geschuftet haben. Z. B. sollten wir jedem Kohlengrubenarbeiter, der durch die Energiewende arbeitslos wird, unsere Anerkennung zollen und ihm einen Arbeitsplatz unter guten Arbeitsbedingungen (Sonnenschein und frische Luft) garantieren. Jedem von ihnen.

Natürlich könnten und sollten wir diesen Übergang beschleunigen, indem wir darauf bestehen, dass der Preis für fossile Energie auch die externen Kosten enthält. Seit langem befürworte ich eine gründliche Reduktion der Lohnsteuer, wobei die Mindereinnahmen durch CO<sub>2</sub>-Steuern ausgeglichen würden. Wir sollten besteuern, was wir verbrennen, nicht was wir verdienen. Das wäre im Einzelnen die wichtigste Änderung, die wir in unserer Politik vornehmen könnten.

Um die internationale Zusammenarbeit zu fördern, müssen sich die Vereinigten Staaten wieder in die Völkergemeinschaft integrieren und sich im Dezember nächsten Jahres in Kopenhagen für den Abschluss eines internationalen Vertrages einsetzen, der sowohl die Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Emissionen als auch eine globale Partnerschaft bei der Bekämpfung von extremer Armut und Krankheiten als Aufgabe der Weltgemeinschaft zur Lösung der Klimakrise anerkennt.

<sup>4</sup> Es bietet sich an, die Batterien der Elektroautos bevorzugt bei Stromüberschuss an sonnigen und windigen Tagen aufzuladen.

Allerdings ist vielleicht das größte Hindernis für die Durchsetzung der 100 Prozent erneuerbarer Energie in 10 Jahren die tiefgreifende Funktionsunfähigkeit unserer Politik und unseres heutigen Selbstverwaltungssystems. Seit einiger Zeit kommt es nur noch zu unbedeutenden Vorlagen, die keine „Special Interests“, d. h. besonderen Interessen, verletzen dürfen. Alternativ werden nur noch winzige Schrittlchen in die richtige Richtung vorgenommen. Unsere Demokratie ist sklerotisch erstarrt und das zu einer Zeit, da die genannten Krisen Mut und Entschlossenheit erfordern. Nur ein wirklich funktionsunfähiges System kann sich der perversen Logik verschreiben, dass die kurzfristige Lösung des Problems hoher Benzinpreise darin zu finden ist, in zehn Jahren nach mehr Öl zu bohren. Bin ich der Einzige, der sich darüber wundert, dass unsere Regierung so oft eine sogenannte Lösung akzeptiert, die mit dem anstehenden Problem absolut nichts zu tun hat? Wenn die Leute sich ganz berechtigt über die höheren Benzinpreise beklagen, schlagen wir vor, den Ölfirmen mehr Geld zu geben und behaupten, sie würden die Preise senken. Das wird gewiss nicht geschehen, und jeder weiß das auch. Wenn wir immer wieder das Gleiche tun, das noch nie gewirkt hat und nur zu den höchsten Benzinpreisen aller Zeiten und zugleich zu den höchsten Profiten für die Ölfirmen führte, sollte niemand überrascht sein, wenn wir immer wieder dieselben Ergebnisse erhalten. Nun ist der Kongress möglicherweise dennoch geneigt, irgendwie in derselben Richtung zu gehen, da einige der Mitglieder von den Lobbyisten der Special Interests geradezu überrannt werden, die genau wissen, wie sie das System zu ihren Gunsten anstatt zu den Gunsten der Menschen in Amerika nutzen können.

Wenn Sie die Wahrheit über die Benzinpreise wissen wollen, hier ist sie: Die explodierende Nachfrage nach Öl, besonders in Ländern wie China, ist so viel höher als die Geschwindigkeit und das Ausmaß neuer Ölfunde, dass die Ölpreise mit größter Wahrscheinlichkeit weiterhin im Lauf der Zeit steigen werden, ganz unabhängig davon, was die Ölfirmen versprechen. Und die Politiker können die Benzinpreise nicht kurzfristig zum Sinken bringen. Jedoch es gibt eine äußerst effektive Methode, die Kosten, ein Auto zu fahren, innerhalb von wenigen kurzen Jahren herunterzuschrauben. Die Methode besteht darin, unsere Abhängigkeit vom Öl zu beenden und die erneuerbaren Energiequellen zu nutzen, die so günstig sind, als würde die Gallone Benzin 1 \$ kosten.<sup>5</sup>

Viele Amerikaner haben begonnen zu überlegen, ob wir einfach die Lust an mutigen und entschlossenen politischen Lösungen verloren haben oder nicht. Und Leute, die behaupten zu wissen, wie unser System dieser Tage funktioniert, sagen uns, wir können ruhig die Hoffnung auf-

geben, dass unser politisches System irgendetwas Mutiges und Entschlossenes tun wird, besonders wenn dies den Wünschen der „Special Interests“ widerspricht. Und ich muss zugeben: So scheint es wirklich zu laufen. Doch höre ich neuerdings auch andere Stimmen in diesem Lande, die Stimmen von Leuten, die nicht nur von den winzigen Schrittlchen und der Politik der „Special Interests“ genug haben, sondern sich nach neuen, anderen und mutigen Ansätzen sehnen.

Wir stehen vor einer Präsidentenwahl. Und wir befinden uns mitten in einem Prozess, einen internationalen Klimavertrag auszuhandeln, der vor dem Ende des ersten Jahres der neuen Präsidentschaft abgeschlossen sein wird. Es ist durchaus falsch zu behaupten, dass die Vereinigten Staaten darauf warten müssen, dass andere sich uns in dieser Sache anschließen. Ganz im Gegenteil müssen wir vorausgehen, denn nur so gelingt es, andere zum Folgen zu überreden, und auch weil es in unserem nationalen Interesse liegt, voranzuschreiten.

So fordere ich Sie nun auf, sich mir in dem Vorhaben anzuschließen, jeden Kandidaten, ganz gleich für welches politische Amt er kandidiert, dazu aufzurufen, sich dieser Herausforderung zu stellen, dass Amerika in 10 Jahren 100-prozentig mit CO<sub>2</sub>-frei erzeugter Elektrizität versorgt wird. Es ist Zeit für uns, die leere Rhetorik hinter uns zu lassen. Wir müssen jetzt handeln.

Dies ist ein Moment für unsere Generation. Ein Moment, in dem wir entscheiden, welchen Weg wir einschlagen wollen und wie unser allgemeines Schicksal aussehen soll. Ich fordere Sie auf – jeden Einzelnen von Ihnen –, sich mir anzuschließen und diese Zukunft zu gestalten. Ich bitte Sie, unter [wecansolveit.org](http://wecansolveit.org) in die WE-Kampagne einzutreten. Wir brauchen Sie. Und wir brauchen Sie sofort. Wir sind entschlossen, nicht nur Glühbirnen auszuwechseln, sondern Gesetze zu ändern. Und um Gesetze zu ändern, brauchen wir gute Führung.

Am 16. Juli 1969 waren die Vereinigten Staaten endlich so weit, Präsident Kennedys Aufforderung, Amerikaner auf den Mond zu schicken, zu erfüllen. Ich werde niemals vergessen, wie ich wenige Meilen von der Abschussstelle neben meinem Vater stand und darauf wartete, dass die riesige Saturn-V-Rakete die Apollo 11 in den Himmel trug. Ich war jung, 21 Jahre alt, hatte einen Monat vorher mein Staatsexamen gemacht und trat drei Wochen später in die amerikanische Armee ein.

Ich werde niemals das erhebende Gefühl dieser Minuten vergessen. Die mächtige Vibration der riesigen Rakete ließ meinen ganzen Körper erzittern. Während ich die Rakete aufsteigen sah, erst langsam und dann mit großer Geschwindigkeit, war der Krach ohrenbetäubend. Wir drehten unsere Hälsen, um der Rakete mit den Augen zu folgen, bis wir senkrecht in den Himmel schauten. Und dann, vier Tage später, sahen wir mit Hunderten von Millionen anderer Menschen in aller Welt zu, wie Neil Armstrong einen kleinen Schritt auf der

<sup>5</sup> Entspricht etwa 20 Eurocent pro Liter. Al Gore geht also, sehr grob gerechnet, davon aus, dass ein Elektroauto mit Windstrom etwa ein bis zwei Euro auf 100 Kilometer braucht.

Mondoberfläche tat und dem Lauf der Menschheitsgeschichte eine neue Wendung gab. Heute gilt es, unsere Nation anzuspornen, ein neues Ziel ins Auge zu fassen, das den Gang der Geschichte ändern wird. Unsere gesamte Zivilisation hängt davon ab, dass wir einen neuen Weg der Forschung und Entdeckung einschlagen. Unser Erfolg hängt von unserer Bereitschaft als Volk ab, diesen Weg zu gehen und in zehn Jahren das Ziel zu erreichen. Noch einmal haben wir die Gelegenheit, die Menschheit einen Riesenschritt vorwärts zu bringen.

Quelle:

[http://wecansolveit.org/pages/al\\_gore\\_a\\_generational\\_challenge\\_to\\_repower\\_america/](http://wecansolveit.org/pages/al_gore_a_generational_challenge_to_repower_america/)

[http://www.sfv.de/druckver/artikel/2008/](http://www.sfv.de/druckver/artikel/2008/A_Genera.htm)

[A\\_Genera.htm](http://www.sfv.de/druckver/artikel/2008/A_Genera.htm) (Solarenergie-Förderverein Deutschland e. V.)

Die Fußnoten wurden vom Solarenergie-Förderverein Deutschland e. V. eingefügt.

Bis zum 26.07.2008 haben sich bereits 1 430 135 Menschen der Bewegung angeschlossen.

## Die unsozialen Auswirkungen des Emissionshandels

**Franz Groll**

Der Klimawandel ist eine Folge des steigenden Ausstoßes an klimaschädlichen Gasen. Das ist vor allem CO<sub>2</sub>, das aufgrund der energetischen Nutzung von Kohle, Öl und Gas anfällt. Klimaschädliche Gase, das sind außer CO<sub>2</sub> hauptsächlich Methan und Lachgas, fallen aber auch nicht-energetisch bedingt an, vor allem in der chemischen Industrie und in der Landwirtschaft. In Deutschland entfallen 200 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-äquivalente klimaschädliche Gase pro Jahr auf den nichtenergetischen Bereich, das ist ein Fünftel des gesamten Ausstoßes an klimaschädlichen Gasen. Es machte daher Sinn, dass bei der Kyoto-Konferenz die Beschränkung des Ausstoßes an klimaschädlichen Gasen beschlossen wurde und CO<sub>2</sub>-Kontingente an die verschiedenen Länder vergeben wurden. Die damals vereinbarten Reduzierungen sind zwar viel zu gering, aber im Prinzip ist diese Methode geeignet, den Ausstoß an klimaschädlichen Gasen zu reduzieren. Prof. Schulz von der Uni Hohenheim-Stuttgart nannte sie die „Dicke Berta“ gegen den Klimawandel. Den einzelnen Ländern ist es freigestellt, wie sie ihre CO<sub>2</sub>-Ziele erreichen wollen. Die EU hat beschlossen, das CO<sub>2</sub>-Zertifikatesystem für die Energiekonzerne und für die industriellen Großverbraucher, das sind vor allem die Stahl-, Zement- und Papierfabriken, einzuführen, und es wurden für

die einzelnen Länder individuelle Reduzierungsziele festgelegt.

Die Vergabe von CO<sub>2</sub>-Kontingenten auf internationaler Ebene ermöglicht eine umfassende, weltweite Reduzierung des Ausstoßes an klimaschädlichen Gasen, das ist positiv.

Wenn dieses System aber auch als marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument auf nationaler Ebene eingeführt wird, hat es die Wirkung einer Angebotsverknappung an Energie und energieintensiven Produkten. Angebotsverknappungen führen aber immer zu erheblichen Preissteigerungen und Extraprofiten für die Unternehmen in den betroffenen Branchen.

Die Einführung des CO<sub>2</sub>-Zertifikate-Systems verteuert die Energie und die energieintensiven Produkte nicht nur durch den Erwerb der Zertifikate oder durch CO<sub>2</sub>-mindernde Investitionen, sondern zusätzlich durch die höheren Profite, die durch die Verknappung möglich werden. Diese Verteuerungen können deshalb auch dann nicht ausgeglichen werden, wenn die Einnahmen aus der Versteigerung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate in vollem Umfang für den sozialen Ausgleich verwendet würden, denn der Preis für die Zertifikate ist nur ein Teil der Ursachen für die Teuerung.

Für Deutschland hat dieses System einen weiteren Nachteil. Da Deutschland innerhalb der EU den höchsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß hat, haben wir auch die höchsten Reduzierungsziele. Das bedeutet, dass z. B. eine deutsche Zement- oder Papierfabrik mehr CO<sub>2</sub>-Zertifikate zukaufen müsste, als z. B. in Frankreich, das pro Einwohner schon heute 37 % weniger CO<sub>2</sub> ausstößt als Deutschland. Die Wahrscheinlichkeit der Abwanderung und der Arbeitsplatzverluste ist daher sehr hoch.

Das CO<sub>2</sub>-Zertifikatesystem ist aus diesen beiden Gründen abzulehnen.

Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif, denn die Maßnahmen zur Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs sowie die Nutzung erneuerbarer Energien erfordern zusätzliche Investitionen. Dies bedeutet, dass die Preise für viele Produkte ansteigen, weil sie höhere Investitionen erfordern, die in der Regel nicht zu einer Produktivitätssteigerung der Arbeit führen und die nur teilweise durch Energie- und Rohstoffeinsparungen amortisiert werden.

Ganz gleichgültig, mit welchen Konzepten die Ökologisierung unserer Wirtschaftsweise eingeleitet und umgesetzt wird, sie ist immer mit höheren Kosten und deshalb mit höheren Preisen und Reallohnverlust verbunden. Für Gutverdienende ist dies kein Problem, sie können die höheren Preise leicht „verschmerzen“, für Kapitalbesitzer ist es sogar von Vorteil, denn ihre Einkünfte werden wegen des höheren Kapitalbedarfs steigen.

Für Menschen mit geringem Einkommen führen jedoch die höheren Preise zu nicht zumutbaren Belastungen, obwohl ihr Ressourcenverbrauch wegen der geringeren Kaufkraft deutlich niedriger ist als der der Reich(er)en. Es ist daher nicht akzeptabel, wenn die bisherigen Verlierer der

Gesellschaft wegen des hohen Energieverbrauchs der Reichen noch einmal benachteiligt werden. Dies muss bei allen Maßnahmen bedacht werden. Die Antwort kann nicht darin bestehen, auf den Klimaschutz zu verzichten, denn unter den Folgen des Klimawandels werden wiederum vor allem die Menschen mit geringen Einkommen zu leiden haben, und es wird die internationalen Konflikte verstärken. Klimaschutzpolitik ist daher auch aktive Sozial- und Friedenspolitik.

Die Klimaschutzpolitik der LINKEN muss effektiv und sozial gerecht sein. Wir benötigen daher eigene Lösungsvorschläge, die diese Ziele erfüllen. Statt der Angebotsverknappung müssen Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer Nachfragereduzierung führen, denn Nachfragereduzierungen wirken preissenkend. Dazu sind ordnungspolitische und marktwirtschaftlich wirkende Maßnahmen erforderlich.

Sozial gerecht wird die Klimaschutzpolitik aber erst dann, wenn VerbraucherInnen mit geringem Verbrauch entlastet und diejenigen mit überdurchschnittlichem Verbrauch progressiv belastet werden. Und effektiv wird Klimaschutzpolitik dann, wenn bei allen Produkten und Dienstleistungen volle Transparenz über ihren Einfluss auf das Klima besteht. Dann und nur dann können alle Verantwortung übernehmen.

Wie diese Ziele erreicht werden können, habe ich in dem Aufsatz „Der gerechte, konsequente Weg zum Klimaschutz“ zusammengefasst. Der Aufsatz kann von meiner Homepage [www.FranzGroll.de](http://www.FranzGroll.de) abgerufen werden.

*Franz Groll ist Mitglied der Ökologischen Plattform Baden-Württemberg.*

## Das Ende des fossilen Zeitalters

### Erika Schulz

Am Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts begann die Nutzung der neuen Energiequelle Erdöl. So wie die Kohle das 19. Jahrhundert wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich bestimmt hatte, so sollte das Mineralöl das 20. Jahrhundert prägen. Die erste kommerzielle Bohrung erfolgte 1859 in Pennsylvania/USA..

Im Gefolge der industriellen Revolution lernte der Mensch nun Öl und Gas als neue Energien zur Produktion der Güter zu nutzen. Es entstanden große Firmen, die eine verstärkte Kapitalakkumulation hervorriefen, und als Folge wurden das Wachstum der Produktion angeregt und neue Märkte geschaffen. 1880 kontrollierte Standard Oil 90 Prozent des Ölgeschäftes der USA und der übrigen Welt. Standard Oil wurde mit seinen

europäischen Tochterfirmen zum ersten multinationalen Konzern.

Die Sättigung der eigenen Märkte führte zur Ausdehnung der Märkte in Überseeregionen und Kolonien. Später etablierte sich die Hegemonie der USA. Diese Vormachtstellung wurde durch den Dollar angetrieben (der 1946 in Bretton Woods zur Leitwährung der Welt erklärt wurde) bzw. stark begünstigt und mit einer bis dahin nicht gekannten militärischen Macht abgesichert.

„Auch der Kapitalismus selbst hat sich durch die Herausbildung von bisher unbekanntem Finanzinstrumenten weiterentwickelt, die auf Schulden und Wucher fußen, wobei Geschäftsbanken in einem beinahe virtuellen System Geld ausleihen, das sie gar nicht haben, einem System, das ganz allein auf einem unerschütterlichen Vertrauen in ein andauerndes, ewiges Wachstum beruht. All das entwickelte sich im Verlauf weniger Generationen.“<sup>1</sup> Diese Welt erleben wir gegenwärtig.

### Oil Peak – bereits Realität?!

Erdöl ist ein fossiler Rohstoff, der in geologischer Vergangenheit entstanden ist und irgendwann einmal erschöpft sein wird. Der amerikanische Geologe King Hubbert hat sich als erster Wissenschaftler mit der Frage beschäftigt, wie lange die Erdölvorräte der Welt reichen werden, und er nahm eine erste Schätzung vor. Als Erster wies er auf die Tatsache hin, dass die Ausbeutung einer jeden Ölregion dem Verlauf einer Glockenkurve folgt: Die Förderung steigt über Jahre an, erreicht ein Maximum, wenn etwa die Hälfte des Öls gefördert ist, und sinkt danach kontinuierlich ab. Sein Verdienst ist es, darauf verwiesen zu haben, dass es wesentlich wichtiger ist einzuschätzen, wann das weltweite Fördermaximum erreicht sein könnte, als nach der Reichweite des verbleibenden Öls zu fragen, da ab diesem Punkt das Angebot die Nachfrage nicht mehr vollständig befriedigen kann. Er hat 1956 vorausgesagt, dass die amerikanische Förderung 1970 das Maximum erreicht und hat Recht behalten.

1974 prognostizierte Hubbert aus seiner Kenntnis des Rückgangs der Neufunde und unter Fortschreibung bestehender Verbrauchstrends, dass das weltweite Produktionsmaximum etwa Ende des Jahrhunderts erreicht sein wird. Eine Studie im Auftrag des US-Präsidenten J. Carter „Global 2000“ bestätigte diese Einschätzung.

Das Überschreiten des weltweiten Fördermaximums markiert also den Punkt, an dem die Hälfte allen verfügbaren Öls verbraucht ist. Dieses Überschreiten bedeutet aber auch: Ab diesem Punkt kann Ölförderung nicht weiter steigen. Nur mit großem technischen und finanziellen Aufwand

<sup>1</sup> Heinberg, Richard (2003): *The Party's Over: Oil, War and the Fate of Industrial Societies.* – New Society Publishers. ISBN 0865715297, Aus dem Vorwort von Colin J. Campbell.

kann dieses Förderniveau für bestimmte Zeit gehalten werden, und der Weltmarkt reagiert mit Preissteigerung, zumal die Nachfrage steigt. Diese Situation erleben wir ebenfalls gegenwärtig.

Mit dem Thema des weltweiten Oil Peak beschäftigen sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten verschiedene Gruppierungen. Sehr realistisch tun dies Wissenschaftler und frühere Insider der Ölindustrie in der ASPO (Association for the Study of Peak Oil – Vereinigung zum Studium des Höhepunkts der Weltölproduktion). Sie und nun auch die Nichtregierungsorganisation Energy Watch Group (EWG) schätzen ein, dass der weltweite Oil Peak 2006 bereits erreicht wurde. Herr Piebalgs, Energy Commissioner der EU, meint in einem Papier vom Januar 2008, es gäbe noch für 40 Jahre Öl. Und er sagt: „Aber es geht hier nicht darum, wie viel Öl noch im Boden ist, sondern ob wir es schnell genug fördern können.“ Die Nachfrage nach Energie wird weltweit voraussichtlich bis 2030 um mehr als 50 Prozent ansteigen. Die Weltbevölkerung wird im gleichen Zeitraum schätzungsweise von 6,6 Milliarden auf 9 Milliarden anwachsen. Die Frage ist, ob die Ölförderung mit diesem Wachstum mithalten kann. Die internationale Energieagentur hält das für ungewiss.

Die Internationale Energieagentur (IEA) wurde 1970 zur Zeit der ersten Ölkrise in den USA als Gegenpol zur OPEC gegründet und vertritt die Interessen der OECD - also der Hauptverbraucherländer. Sie räumte jüngst erstmalig diese Situation ein.

In ihrer neuen Studie schätzt die EWG ein, dass der Scheitelpunkt der Weltölförderung 2006 erreicht war. Die Produktionsmenge nimmt seitdem stetig ab. Sie wird sich bis 2030 halbieren. Dies wäre das Ende der globalen Weltwirtschaft, die auf einer Transportkette von Rohstoffen, Halb- und Fertigprodukten beruht. Dem sinkenden Produktionsniveau (jährlich 3 Prozent) steht der jährlich Zuwachs des Bedarfs um 2,4 Prozent gegenüber.

Im Hirsch-Report 2005, der für das US-Energieministerium erstellt wurde, heißt es, es müssen rechtzeitig Maßnahmen zur Abwehr der weltweiten, „risikoreichen“ und „dramatischen“ wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen ergriffen werden: „Diese müssten, um Wirkung zu erzielen, mehr als ein Jahrzehnt vor der Förderspitze in Kraft gesetzt sein.“

Die EWG meint, die Folgen dieser Situation werden ab Mitte 2008 bis Anfang 2009 deutlich sichtbar werden. Auch diese Situation erleben wir gegenwärtig.

Sicher kommen Spekulation und alle Spielarten kapitalistischer Instrumente mit ins Spiel, sind aber zweitrangig. Die objektiven Gründe, die der Preisentwicklung des Rohöls zu Grunde liegen, wollte ich in meinem Beitrag darstellen. Sie werden nun selbst von den Vertretern der Industrieländer eingeräumt und brauchen m. E. nicht mehr angezweifelt werden.

Schlussbemerkung: Keine Zweifel mehr gibt es auch an der Aussage des Weltklimarates IPCC, dass die Veränderung des Weltklimas durch Menschenhand verursacht ist. Sie hat bereits begonnen. In dieser Situation verbietet es sich, von weiteren mittel- und langfristigen Planungen zur Gewinnung von Strom aus anderen fossilen Rohstoffen, insbesondere der Braunkohle, zu sprechen. Auch sie sind endlich und entziehen die finanziellen Mittel und menschlichen Potentiale, die für die schnellste Entwicklung regenerativer Energien notwendig sind.

Sie sind rückwärtsgewandt und behindern die Sicht auf die Lösung gesellschaftlich notwendiger Entwicklungen, wie sie vor uns noch nie gestanden haben.

*Buch zum Thema:*

*HÖlpreieinberg, Richard (2003): The Party's Over: Oil, War and the Fate of Industrial Societies. – New Society Publishers. ISBN 0865715297*

## **Das Erdölzeitalter geht unwiderruflich zu Ende**

**Marko Ferst**

### **Antworten auf Fragen der Webplattform Planetary Engineering Group Earth (PEGE)**

#### **1. Was schätzen Sie, wann wird zum ersten Mal ein Ölpreis von ca. 200 \$ pro Barrel erreicht?**

Das ein solcher Preis erreicht werden wird, ist unausweichlich. Das hängt aber von vielen Faktoren ab. Wie schnell wächst der Ölbedarf in China, Indien und anderen aufstrebenden bevölkerungsreichen Nationen? Eine Rolle spielt auch, wie sehr Öl zum Spekulationsobjekt an den Finanzmärkten wird. Wenn es Deutschland und anderen Industriestaaten gelänge, den Ölverbrauch deutlich zu senken in den nächsten Jahren, würde das auch ein bremsender Faktor sein. Ich kann es nur schätzen und tippe auf 2015 - 2020. Allerdings zeigte der kürzliche sprunghafte Anstieg auf 150 \$ auch: Es könnte alles viel schneller kommen.

#### **2. Welche Auswirkungen hätte ein Ölpreis von beispielsweise 200 \$ im Jahr 2010 auf unser Leben?**

Alle Produkte des täglichen Bedarfs würden sich praktisch verteuern, weil Öl für weite Industriebereiche ein entscheidender Grundbestandteil ist. Auto- und LKW-Verkehr würden mit erheblichen Kosten zu Buche schlagen und die Tatsache, dass

man seit Jahrzehnten das Auto privilegiert hat zusammen mit der gesamten Infrastruktur, wird sich bitter rächen. Die Chemieindustrie könnte mehr auf pflanzliche Stoffe setzen. Dort wo es Nahrungsmittel betreffen würde, fördert das im weltweiten Maßstab natürlich die Unterernährung. Das wird die Krise der westlichen Plutokratien erheblich verschärfen und hoffentlich auch die Fragen nach gesellschaftlichen und infrastrukturellen Alternativen fördern.

### **3. Welche Strategien für einen Ausstieg aus der Abhängigkeit vom Öl sehen Sie?**

Es wird um eine vollständige solare Energiewende gehen müssen, und es ist absehbar, dass man sich besser auf eine schnellere Veränderung orientiert. Vermutlich werden wir nicht bis 2050 Zeit haben, dieses Ziel zu erreichen, wie es im Bundestagswahlprogramm der LINKEN von 2005 steht. Zugleich müssen wir die Stoffströme, die wir durch unsere Industriegesellschaft pumpen, drastisch reduzieren. Wir brauchen eine ökologische Effizienzrevolution, bei der die Frage im Mittelpunkt steht, wie kann man soziale Bedürfnisse mit geringer Ressourcenlast befriedigen? Das Problemkind ist natürlich der Verkehrssektor. Der öffentliche Verkehr muss dem individuellen Verkehr gegenüber finanziell deutlich besser gestellt werden und erheblich ausgebaut werden. Mit der Bahnprivatisierung wird komplett in die verkehrte Richtung gesteuert, Neuseeland kauft gerade seine Bahn zurück, weil die Privatisierung ein Flop war. Es ist schwer zu begreifen, warum CDU und SPD nicht aus dem Bahnprivatisierungsdesaster in Großbritannien lernen. Wir müssen weg von der „Teurobahn“. Der öffentliche Verkehr war in der DDR schon mal Klassen besser organisiert, als dies heute in Deutschland der Fall ist, nicht in der technischen Ausstattung, aber von der Struktur her. Die LINKE fordert unmittelbar ein Tempolimit von 130. Der Kohlendioxidausstoß je PKW muss auf 120 g pro Kilometer gesenkt werden und in den Folgejahren weiter runter gehen. Wir brauchen zuerst den Weg zum 3-Liter- und dann zum 1-Liter-Auto. Langfristig ist aber auch das keine Alternative. Die Ökologische Plattform bei der LINKEN hat aktuell eine Streitschrift herausgebracht unter dem Titel „;Grünes Auto' oder ‚Solarauto'“ von Götz Brandt, wo er die Frage aufwirft, ob langfristig nicht das Elektroauto in Leichtbauweise die einzige Zukunftsoption ist, neben einem massiv ausgebauten öffentlichen Verkehr. Überall wo die Gesellschaft jedenfalls nicht bereit ist, vom Öl abzuweichen, wird das früher oder später in massive wirtschaftliche und soziale Krisenabstürze münden. Es empfiehlt sich also, rechtzeitig umzusteigen.

### **4. Welche Form der Energiegewinnung würden Sie als die zukunftsträchtigste ansehen?**

Solare Energien sind die einzig sinnvolle Alternative. Dazu muss natürlich kommen, dass wir unseren Stromverbrauch drastisch reduzieren. Nehmen wir nur mal an, wir könnten bis 2030 unseren Energieverbrauch um zwei Drittel senken. Bis dahin wäre es überhaupt kein Problem, von 14 auf 33 % die erneuerbaren Energien auszubauen. Praktisch hat heute die Windenergie die größten Potenziale, aber es kommt auf einen guten Mix an. In Norwegen oder Spanien wird der anders aussehen müssen als in Deutschland. Aber man sollte berücksichtigen, erneuerbare Energien bedeuten Eingriffe in den Naturhaushalt. Wenn in der Nordsee Windkraftanlagen installiert werden, so muss man auch fragen, was passiert mit den Schweinswalen etc., Öltanker dürfen nicht mit den Anlagen kollidieren. Die weitere Nutzung der Atomenergie verbietet sich wegen der verheerenden Auswirkung eines großen Unfalls, und wie wir sehen, ist auch der Normalbetrieb mit Risiken verbunden. Die Gelder für die Atomfusionsreaktoren sind rausgeschmissenes Geld. Sie werden auch in 30 Jahren nicht einsatzbereit sein. Kohlekraftwerke mit Kohlendioxidspeicherung stehen derzeit nicht zur Verfügung und werden teurer sein als solare Energien.

### **5. Was schätzen Sie, wie viel Barrel Öl jährlich könnten weltweit durch die von Ihnen vorgeschlagenen Strategien ab 2018 eingespart werden?**

Die LINKE wirkt zunächst mal nur in Deutschland. Man kann nur hoffen, dass Obama zukünftiger Präsident in den USA wird und damit auch ein wirksames Kyoto-Nachfolge-Abkommen in Sichtweite gelangt. Ob bis 2018 schon eine Halbierung des Ölverbrauchs in den Industriestaaten möglich ist - ich kann das bisher nicht erkennen, dass dies so schnell umsetzbar sein wird angesichts der zahlreichen Widerstände. Wünschenswert wäre es freilich. Am Ende wird aber der Preisdruck radikal die Gesellschaften umwälzen. Das ist das, was sicher ist. Auch in China werden sich diese Kräfte am Ende durchsetzen.

### **6. Wie stellen Sie sich eine künftige Mobilität ohne Öl vor?**

George Monbiot schreibt in seinem Buch „Hitze. Wie wir verhindern, dass sich die Erde weiter aufheizt und unbewohnbar wird“, dass der Verkehrsbereich der einzige ist, der im Kontext des Klimawandels mit drastischen Einbußen verbunden sein wird. Das darf man nämlich nicht nur aus der Ölperspektive sehen. Den größten Teil wird der

öffentliche Verkehr abdecken müssen, für viele Kurzstrecken eignet sich auch das Fahrrad. Die Bahn hängt nicht vom Öl ab. Straßenbahnen wird man ganz sicher dann ausbauen und nicht stilllegen. Vielleicht wird es Elektromobile geben oder auch Solarluftschiffe, insgesamt aber deutlich weniger Verkehr und eine Wirtschaftsweise, die weitgehend auf regionale Kreisläufe baut.

Homepage: [www.pege.org](http://www.pege.org)

## Billiges Versprechen

Jochen Stay

**Die Produktionskosten von Atomstrom sind zwar geringer als die von herkömmlichem Strom. Doch billig wird Atomenergie trotzdem nicht verkauft.**

Die Atomkraft wird zum Wahlkampfthema, denn die Stromkonzerne RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall drängen auf Laufzeitverlängerungen für ihre alten AKW. CDU und FDP kündigen an, im Falle eines Sieges bei der Bundestagswahl im kommenden September wieder auf die Atomenergie zu setzen, und begründen dies neuerdings mit den drastisch steigenden Energiepreisen. Jeder, der an einer Tankstelle über den teuren Sprit klagt, soll mit der Verheißung von billigem Atomstrom gelockt werden, auch wenn sich, wie der Bundesumweltminister Sigmar Gabriel immer wieder betont, Autos nicht mit Uranbrennstäben antreiben lassen.

Elektrizität aus abgeschriebenen Altreaktoren ist in der Tat billiger herzustellen als Strom aus Gas oder Kohle. Doch der Verkaufspreis für den gesamten Strom wird an der Leipziger Strombörse festgesetzt und richtet sich nach dem Preis, den die Kraftwerke mit den höchsten Produktionskosten verlangen. Somit zahlt also der Verbraucher denselben Preis für Atomstrom wie für Strom aus anderen Kraftwerken, und die AKW-Betreiber streichen die Differenz alleine ein. Das macht für jeden der 17 laufenden Meiler einen jährlichen Gewinn von 200 bis 300 Millionen Euro. Der Atomkonzern RWE hat errechnet, dass eine Verlängerung der Laufzeiten auf 50 bis 60 Jahre noch einmal zusätzlich 250 Milliarden Euro in die Kassen der vier großen Energieunternehmen bringen würde.

Abenteuerliche Konzepte machen unter den Atomikern bei CDU und CSU die Runde. So soll ein Teil der durch längere Reaktorlaufzeiten erzielten Erlöse zur Entlastung sozial schwacher Haushalte beitragen. CDU-Generalsekretär Roland Pofalla will „einen beachtlichen Teil“ der Gewinne zur Senkung der Energiepreise verwenden.

Die kurze Haltbarkeit solcher Versprechen wurde in der Diskussion um die Idee der SPD deutlich, die eine Steuer von einem Cent pro Kilowattstunde auf Kernbrennstoffe erheben will. „Eine Sondersteuer auf Atomstrom kommt nicht in Frage“, meint der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger. Diese Idee sei „reine Ideologie“, Atomenergie sei im „Energienmix“ ein unverzichtbarer Bestandteil und dürfe nicht belastet werden.

Dass die Energie aus den AKW derzeit als preiswerte Alternative dargestellt werden kann, hat einen einfachen Grund: Seit Beginn des Atomzeitalters hat der Staat nicht nur die ökonomischen Risiken der Stromerzeugung mittels Kernspaltung abgedeckt, sondern große Teile des Atomprogramms gleich selbst finanziert.

Insbesondere das schmutzige Ende der Atomwirtschaft fällt kaum denen zur Last, die jetzt daran verdienen. Der Bau von Forschungsreaktoren wurde in der Bundesrepublik bisher mit 20 Milliarden Euro subventioniert. In gescheiterte Atomprojekte wie Wackersdorf, Kalkar und Mülheim-Kärlich flossen neun Milliarden Euro öffentliche Mittel. Die Sanierung der Uranabbaugebiete in Thüringen und Sachsen hat nach der Wiedervereinigung 6,6 Milliarden Euro Steuergelder verschlungen. Der 1990 begonnene „Rückbau“ einer kleinen Pilotanlage zur Wiederaufarbeitung von Atommüll in Karlsruhe dauert voraussichtlich noch bis 2019 und kostet drei Milliarden Euro, wovon staatlicherseits 2,5 Milliarden übernommen werden. Der Abriss der DDR-Atomkraftwerke in Greifswald kostet den Staat 3,7 Milliarden Euro. Dem Finanzminister sind bisher durch die steuerfreien Gewinne der Atomwirtschaft 23 Milliarden Euro entgangen, weil die Konzerne diese Summe als Rückstellungen für die „Entsorgung“ deklarieren, aber nicht wirklich zurückgelegt, sondern damit Firmenkäufe im In- und Ausland finanziert haben.

Betrieb und Stilllegung des einsturzgefährdeten „Endlagers“ für schwachaktiven Müll in Morsleben (Sachsen-Anhalt) haben die Bundesrepublik bisher 1,2 Milliarden Euro gekostet. Die Aufwendungen für die Polizeieinsätze bei Anti-Atom-Demonstrationen und zur Durchsetzung der Castor-Transporte liegen insgesamt bei etwa drei Milliarden Euro. Der Betrieb des absaufenden „Probe-Endlagers“ Asse beläuft sich derzeit zwar auf vergleichsweise geringe 100 Millionen Euro jährlich. Müssen die 126 000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Atommüll allerdings wieder herausgeholt werden, bevor die strahlende Suppe im Grundwasser ankommt, dann werden auch hier noch etliche Milliarden fällig.

Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet bei einem Super-Gau in einem deutschen Reaktor mit einem volkswirtschaftlichen Gesamtschaden von 5 000 Milliarden Euro. Versichert sind die Atomkraftwerke nur bis zu 2,5 Milliarden Euro, also gerade mal 0,5 Promille der möglichen Schadenssumme. Den Rest des Risikos trägt der Staat.

Keine Versicherung der Welt ist bereit, diesen Schaden abzudecken. Und würde sich eine finden, wäre sie so teuer, dass Atomstrom unverkäuflich wäre. Bleibt noch zu erwähnen, dass hierzulande auf die Brennstoffe Öl, Gas und Kohle Steuern erhoben werden, der Kernbrennstoff Uran dagegen steuerbefreit ist.

Der Neubau von Atomkraftwerken, in vielen Ländern der Welt angekündigt, kommt nur sehr schleppend in Gang. Zwar äußern etliche Regierungen den Wunsch nach neuen Meilern, aber kaum ein Bauprojekt findet Finanziers aus der Wirtschaft. Nur wenn der Staat die Risiken abdeckt, wie in Russland, China oder Indien, kommt ein Neubauprogramm zustande. Auch der Vorzeigebau im finnischen Olkiluoto, wo erstmals seit vielen Jahren ein neues AKW in Europa entsteht, ist nur möglich, weil Herstellerfirmen wie Siemens und die französische Areva-Gruppe den Reaktor zu einem Festpreis von 3,2 Milliarden Euro abgeben, obwohl die Kosten inzwischen auf fast fünf Milliarden Euro angewachsen sind. Allein der bayerische Elektrokonzern wird mit diesem Projekt ein Minus von 500 Millionen Euro machen. Und selbst die Basisbaukosten des „Millionengrabs“ (FAZ) werden durch einen Exportkredit der französischen Regierung abgesichert und durch das Darlehen über 1,95 Milliarden Euro, das von einem Bankenkonsortium unter der Leitung der Bayerischen Landesbank gewährt wird, die zu 50 Prozent dem Freistaat Bayern gehört. Der Zinssatz beträgt dabei übrigens 2,6 Prozent.

Würde man die in Olkiluoto verpulverten fünf Milliarden Euro in Klimaschutzprojekte stecken, beispielsweise Energiesparmaßnahmen, dann ließe sich damit weitaus mehr, weitaus schneller und weitaus sicherer CO<sub>2</sub> einsparen als durch den strahlenden „Klimaretter“ aus dem Hause Siemens. Den wichtigsten Beitrag zur aktuellen Diskussion um den angeblich billigeren Atomstrom und die Entlastungen für Privathaushalte durch die Laufzeitverlängerung von AKW lieferte diese Woche Holger Krawinkel, der Energiefachmann des Bundesverbands der Verbraucherzentralen. Er rechnete den Anhängern des Atomstroms rund um Kanzlerin Angela Merkel vor, wie groß die Entlastung wirklich wäre, würden zwei Drittel der Reaktoren zehn Jahre länger laufen als ursprünglich geplant. Für jede auf diese Weise zusätzlich produzierte Kilowattstunde Atomstrom legte er den Preisunterschied zum fossilen Strom als zusätzlichen Gewinn an, teilte ihn zwischen Konzernen und Verbrauchern auf und kam so zu einer Ersparnis von etwa 50 Cent pro Monat für einen Durchschnittshaushalt. Aufgrund dieser niedrigen Summe zog Krawinkel das Fazit: „Schon der Austausch einer 60-Watt-Glühbirne durch eine gleich helle 11-Watt-Energiesparlampe bringt aber bereits eine Ersparnis von 60 bis 90 Cent pro Monat.“

*Quelle: jungle world, 10.07.2008*

## **Vorrang für erneuerbare Energien in der Raumordnung und Bauleitplanung: Das zweite Standbein für die Energiewende**

**Irm Pontenagel**

### **Hermann Scheer präsentiert Gesetzentwurf mit Pilotcharakter**

Bisher lag der Schwerpunkt der politischen Konzepte zur Förderung der erneuerbaren Energien vorwiegend auf den Finanzierungsmaßnahmen für die Markteinführung, wie etwa beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das den Vorrang erneuerbarer Energien im Strommarkt regelt. Doch davon nicht erfasst sind die zahllosen administrativen Widerstände, die dem Ausbau erneuerbarer Energien vielerorts entgegenstehen. Diese sind durch die Bundesgesetzgebung kaum überwindbar, weil Raumordnungsfragen letztendlich in landespolitischer Zuständigkeit liegen. Die Länder haben damit die Möglichkeit zu gezielten Verhinderungsplanungen, etwa gegenüber der Wind- und Wasserkraft.

Dies erklärt, warum es beispielsweise in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen nur einen Anteil der Windkraft von 0,5 %, 0,46 % bzw. 1,8 % in der Stromproduktion gibt.

EUROSOLAR-Präsident Hermann Scheer hat nun ein Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien erarbeitet, das vorwiegend die Raumordnung und Bauleitplanung neu ausrichtet und damit die bestehenden administrativen Hemmnisse überwindet. Dies ist das unverzichtbare zweite Standbein für die Wende zu erneuerbaren Energien. Diesen Gesetzentwurf hat Hermann Scheer für die hessische SPD-Landtagsfraktion erarbeitet, die ihn einstimmig angenommen hat. Er wird demnächst in den hessischen Landtag als Gesetzesinitiative eingebracht. Obwohl der Entwurf sich auf Hessen bezieht, hat er Pilotcharakter für alle Bundesländer.

Zum Gesetzentwurf: Von Tag zu Tag wird angesichts der sich bedrohlich zuspitzenden Klimaveränderungen und unumkehrbarer Preissteigerungen für konventionelle Energien deutlicher, dass die Energiewende entscheidende Bedeutung hat für die Sicherung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit.

Der Gesetzentwurf für den Vorrang erneuerbarer Energien zielt gleichzeitig auf die Neufassung von sechs Landesgesetzen: das Landesplanungsgesetz, das hessische Energiegesetz, die Landesbauordnung, das Gesetz für Natur- und Landschaftspflege, die Gemeindeordnung und die Haushaltsordnung. In der gesamten Flächennutzungs- und Bauleitplanung wird der Ausbau erneuerbarer Energien zum vorrangigen öffentlichen Belang gemacht. Dies rechtfertigt sich

daraus, dass insgesamt acht wesentliche öffentliche Belange durch erneuerbare Energien erfüllbar werden:

- Klimaschutz,
- Ressourcenschutz,
- Schutz der Gesundheit und der natürlichen Umwelt,
- sparsamer Einsatz von Wasser,
- industrielle Förderung der Zukunftsenergie-Techniken,
- Überwindung der Energieabhängigkeit durch Nutzung nachhaltig verfügbarer heimischer Energie,
- Förderung regionaler und kommunaler Wirtschaftsstrukturen,
- dauerhafte Sicherung der Energieversorgung.

Der Gesetzentwurf trägt maßgeblich zum Bürokratieabbau bei. Gleichzeitig stärkt er die kommunale Selbstverwaltung beim Ausbau erneuerbarer Energien in mehrfacher Hinsicht, so dass Kommunen nicht mehr willkürlich durch landespolitische Restriktionen am Ausbau erneuerbarer Energien gehindert werden können. Die Raumordnungspolitik wird dadurch zeitgemäß und kann künftig nicht mehr zur Verhinderungsplanung missbraucht werden.

Der Gesetzentwurf wird unter anderem

- künftig 1,5 Prozent der hessisches Landesfläche in den Regionalplänen als Vorranggebiete für raumbedeutsame Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien vorsehen. Alle anderen Flächen werden zu Vorbehaltsflächen, die aufgrund autonomer Entscheidungen der Kommunen ebenfalls für Standorte verfügbar gemacht werden können, soweit dem andere Fachgesetze nicht entgegenstehen. Ausschlussgebiete gibt es nicht mehr.
- Pauschale Höhenbegrenzungen von Windkraftanlagen wird es künftig nicht mehr geben. Jede Anlage obliegt einer kommunalen Einzelfallentscheidung.
- Die Vorbildfunktion der Landesbehörden bei eigenen Baumaßnahmen und im Fahrzeugpark des Landes für die Nutzung erneuerbarer Energien wird gesetzliche Auflage.
- Die Landesregierung wird gesetzlich verpflichtet, ein umfassendes Landeskataster für erneuerbare Energien zu erstellen, um das Gesamtpotenzial erneuerbarer Energien zu erfassen und damit Kommunen und Investoren optimale Planungsdaten für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Dies gilt für alle erneuerbaren Energien: Solarkraft, Windkraft, Wasserkraft, Bioenergie, geothermische Energie.
- Eine Clearingstelle zur Klärung von Standortstreitigkeiten wird eingeführt, die unter Anhörung der strittigen Positionen öffentlich entscheidet. Dies führt zur Investitionsbeschleunigung, mehr Investitionssicherheit und zur außergerichtlichen Streitbeilegung.

- Eine Anschluss- und Benutzungspflicht durch Kommunen für die Versorgung mit umweltfreundlicher Energie wird erleichtert im Zusammenhang mit der Nah- und Fernwärmeversorgung. Dies ermöglicht Preissenkungen in der Wärmeversorgung und die Einführung gekoppelter Tarifangebote (Strom, Wärme) durch Stadtwerke.
- Durch die Änderung der hessischen Bauordnung werden kommunale Satzungen wie die „Marburger Solarsatzung“ landesgesetzlich abgesichert.
- In der Landeshaushaltsordnung wird die langfristige Energiebilanz (vermiedene Brennstoffkosten durch erneuerbare Energien und durch rationelle Energieverwendung) zur Entscheidungsgrundlage für öffentliche energetische Neuinvestitionen gemacht.

Mit diesem Gesetzentwurf wird energiepolitisches Neuland betreten.

Quelle:

EUROSOLAR e. V. ([www.eurosolar.de](http://www.eurosolar.de))

## Energetische Sanierung von Altbauten

### Joschi Baumann

Das „Integrierte Klima- und Energieprogramm 2007“ der Bundesregierung scheiterte unlängst bei der Verabschiedung im Bundestag gleich in mehreren wesentlichen Punkten; eine der wichtigsten Maßnahmen, die weiterhin nicht durchgesetzt werden kann, ist die energetische Sanierung von Altbauten.

Das Ziel, insgesamt 219,4 Mio. Tonnen Treibhausgase bis 2020 einzusparen, kann unmöglich erreicht werden, weder im Verkehr die 33,6 Mio. Tonnen, noch in der Gebäudesanierung die geplanten 31 Mio. Tonnen („Der Spiegel“, 2.6.2008). Dabei werden in Deutschland fast 40 % des Gesamtenergieverbrauchs für Gebäudeheizung verwendet. (In der Bilanz des Energieverbrauchs privater Haushalte macht Raumwärme sogar 75,8 % aus.) Dies bedeutet, dass es hier ein enormes Einsparungspotenzial gibt. Hier konkrete und wirksame Schritte einzuleiten, würde die dringend notwendige CO<sub>2</sub>-Reduktion um einen wichtigen Schritt voranbringen. Der überwiegende Teil des Gebäudebestands in Deutschland besteht jedoch aus sog. Altbauten (vor 1979 gebaut). Die während der letzten drei Jahrzehnte immer wieder verschärften Wärmeschutzmaßnahmen erreichen im Grunde genommen nur seit einigen Jahren einen wirklichen Energieeinsparungseffekt – dies jedoch nur bei Neubauten.

Die Energie-Einspar-Verordnung (EnEV) gilt – wie gesagt - nur bei der Errichtung von Neubauten. Die Forderungen für wärmeschutztechnische Maßnahmen und modernste Anlagentechnik wurden in diesem Gesetz mit den Jahren immer wieder verschärft. So unlängst also noch einmal.

Für den Altbaubestand gilt die Verordnung nicht bzw. nur in der Forderung von geringfügigen Maßnahmen. Diese Maßnahmen wirken dementsprechend nur in begrenztem Umfang. Auch das Integrierte Klima- und Energieprogramm 2007 beinhaltet die energetische Sanierung eines Altbaus nur für den Fall einer Gesamtsanierung des Gebäudes. Den Besitzern von Gebäuden steht im Grunde genommen weiterhin offen, ob sie ihren Gebäudebestand energetisch sanieren wollen oder nicht. Obwohl die einzelnen Bundesländer bzw. die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zahlreiche Förderprogramme ins Leben gerufen haben, die traurige Tatsache ist die, dass sich auf dem Gebiet der energetischen Gebäudesanierung kaum etwas bewegt.

Zitat aus einem Artikel der Stuttgarter Nachrichten (Febr. 2008): „Das Geschäft mit Wärmetechnik ist in 2007 in Deutschland sogar um 30 % zurückgegangen.“

Franz Fehrenbach, Chef des Bosch-Konzerns: „Es ist ein Skandal, dass es so lange keine klaren Aussagen der Politik über Förderprogramme gibt!“ Dabei wäre es nicht nur für die CO<sub>2</sub>-Reduktion von enormer Wichtigkeit, dass der Altbaubestand energetisch saniert wird, sondern für die Besitzer und Mieter dieser Gebäude würden sich nach einer Sanierung die laufenden Heizkosten dramatisch reduzieren.

Weil mit Fördermitteln offensichtlich kein befriedigendes Ergebnis erreicht werden konnte und weil das Integrierte Klima- und Energieprogramm 2007 auch versagt hat, ergibt sich die Frage, wie der Gesetzgeber das Ziel erreichen kann, die energetische Sanierung des Altbaubestandes wirksam zu beschleunigen. Die EU sieht die Wärmedämmproblematik auch. Vorgesehen ist hier auch nur (siehe Europa-politische Vorausschau 2008, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit), die energetische Sanierung eines Altbaus dann zur Pflicht zu machen, wenn das Gebäude sowieso saniert werden soll. Wir müssen also „hier und jetzt“ die notwendigen Maßnahmen ergreifen. Als erster Schritt muss die Erstellung eines Energiepasses für alle Gebäude – also auch für den Altbaubestand - gesetzlich zur Pflicht gemacht werden. Gleichzeitig soll die Einhaltung der in der EnEV geforderten Werte auch für Altbauten – selbstverständlich mit den unvermeidbaren Ausnahmeregelungen (wegen Denkmalschutz oder wegen baulicher Gegebenheiten bereichsweise Verzicht bzw. Reduzierung der Dämmung) zur Pflicht gemacht werden. Die schon jetzt vorhandenen Fördermittel müssen in eine andere Form gebracht werden. In manchen Modellen der Fördermaßnahmen (z. B. KfW) wird jetzt schon das

sog. Energie-Contracting erwähnt. Ganz einfach ausgedrückt geht es hier darum, dass die für die energetische Sanierung erforderlichen Mittel vorfinanziert werden und durch die jährlichen Einsparungen (in einem gut absehbaren Zeitrahmen – oft schon nach ca. 10 - 15 Jahren) zurückgezahlt werden. Erstaunlicherweise wird diese Möglichkeit bis heute kaum von jemandem wahrgenommen bzw. genutzt. Würde jedoch von der Bundesregierung ein Fonds aufgelegt werden, könnte für die Bereitstellung dieser Verträge (Contracting) eine wirkungsvolle Grundlage geschaffen werden.

Dafür gibt es ein vorbildliches Beispiel: Vor rund 20 Jahren wurde das Protokoll zur Rettung der Ozonschicht in Montreal unterzeichnet. Die Weltgemeinschaft ist heute jedoch nicht in der Lage, einen zweiten „Multilateralen Fonds“ für die Vermeidung der Klimakatastrophe ins Leben zu rufen.

Deswegen muss Deutschland – schon um die Glaubwürdigkeit in der Sache der vorgesehenen CO<sub>2</sub>-Reduktion zu wahren – im Alleingang einen entsprechenden Fonds auflegen.

Die Kosten für die Wärmedämmung von Altbauten sind leider heute schon sehr hoch. Dabei spielt das Dämmmaterial keine große Rolle – dessen Preis macht nur einen Bruchteil der Gesamtkosten aus. Es ist anzunehmen, dass im Fall einer verstärkten Förderung die Firmen – im Sinne der allerheiligsten Marktwirtschaft - es kaum billiger als heute machen würden. Deswegen ist es notwendig, im Zuge eines bundesweiten Förderungsprogramms nach Wegen zu suchen, wie die Kosten gesenkt werden können. Denkbar wäre z. B.:

- die Einschaltung von unabhängigen Instituten, die nach preiswerten - jedoch qualitativ hochwertigen Methoden suchen,
- die Preisvorteile von gebündelten Sanierungsmaßnahmen zu nutzen – z. B. im innerstädtischen Bereich ganze Häuserzeilen bzw. Gebäudeblocks gleichzeitig zu sanieren.

Damit die zur Verfügung gestellten Fördermittel effektiv genutzt werden, muss die Vergabe der Darlehen strengsten Auflagen unterworfen werden:

- Ausschluss von „Mitnahmeeffekten“,
- Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse der Besitzer/Bauherren,
- Einrichtung einer amtlichen Stelle, die die Firmenangebote überprüft usw.

Eine sich langsam bewegende Modernisierung und die damit verbundenen Wärmedämmmaßnahmen sind heute schon vorhanden. Diese Langsamkeit der Gebäudesanierungen ist vollkommen unbefriedigend, wenn man bedenkt, was für dramatische Änderungen in dem Erdklima bereits jetzt schon vorhanden sind und mit welcher rasenden Geschwindigkeit die letzten Reserven der fossilen Energieträger verbraucht werden. Die ersten Folgen bekommen die armen Bevölkerungsschichten zuerst zum Spüren. Schon heute können viele Haushalte ihre gestiegenen Energiekosten kaum noch bezahlen.

Wenn die vorgeschlagene Vorgehensweise zur Verwirklichung kommt, muss die Stellung der Mieter gestärkt werden – es darf auf keinen Fall passieren, dass die Mieter für die oft hundert Jahre lang versäumten Gebäudesanierungen die Zeche zahlen. Die Maßnahmen für Energieeinsparung dürfen nicht von den jetzt schon verarmten Bevölkerungsschichten getragen werden. Das Modell für Mietwohnungen darf nur so aussehen: Werden die Maßnahmen für die Energieeinsparung durchgeführt, darf die Kaltmiete nur um den Differenzbetrag erhöht werden, der bei den reduzierten Energiekosten entsteht.

*Joschi Baumann arbeitet in der Ökologische Plattform in Baden-Württemberg mit.*

## **Bürgerhaus Ortsgemeinde Neunkirchen: Energiekostensenkung trotz angespannter Haushaltslage**

**Richard Pestemer**

Im Abschnitt VII „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ der rheinland-pfälzischen Landverfassung heißt es in Artikel 69, Absatz 3: „Auf den sparsamen Gebrauch und die Wiederverwendung von Rohstoffen sowie auf die sparsame Verwendung von Energie ist hinzuwirken.“

Ein Satz wie in Stein gemeißelt! Vollkommen einsichtig, und trotzdem kann er angesichts der angespannten Haushaltslage von kleinen Ortsgemeinden, die diese Verpflichtung ernst nehmen für ihr kommunal-politisches Handeln, fast entmutigend wirken. Die Realität in unserer kleinen Hunsrück-Ortsgemeinde (145 EW) ist: Der Haushalt 2007 weist einen Fehlbedarf von 56 800 Euro auf. Da muss jeder Euro für die kommunale Daseinsvorsorge und für die notwendigsten Erhaltungsmaßnahmen mehr als dreimal hin- und hergedreht werden, bevor er ausgegeben werden kann angesichts des Diktats der leeren Kasse.

Unser Bürgerhaus ist nach der Schließung der alten Dorfkneipe der zentrale Versammlungsort der Dorfvereine, das Begegnungszentrum für Familienfeste, Seniorentreffs, der alljährlichen Disco sowie Kunstausstellung. Aber die Energiekosten zum Unterhalt des Bürgerhauses laufen uns angesichts der weltweit ansteigenden Heizölpreise davon und erschweren somit den Erhalt dieser für die Dorfgemeinschaft unverzichtbare Begegnungsstätte von Jung und Alt.

Nach Expertenangaben ([www.energiesparen-im-haushalt.de](http://www.energiesparen-im-haushalt.de)) sollen allein von 2004 bis 2006 die Ausgaben für Heizung und Kraftstoff um das

Zehnfache der Verbraucherpreise angestiegen sein. Leichtes Heizöl für sich wurde 75 % teurer. Bei einem durchschnittliche Jahresbedarf für unser Bürgerhaus einschließlich der einliegenden Mieterwohnung von einem Jahresdurchschnittsverbrauch von 3 500 l Heizöl gibt es da ein erhebliches Einsparpotential.

Innerhalb der intensiven Diskussion in unserem siebenköpfigen Ortsgemeinderat stellte sich schnell heraus, dass die beste Energieeinsparmassnahme die Senkung des Energieverbrauchs vor dem Ersatz der Heizölheizung durch eine alternative Brennstoffversorgung – seien es Holzpellets oder Rapsöl usw. – sei. Wir stellten schließlich fest, dass die Sparrendämmung des Dachstuhls unseres Bürgerhauses ein gangbarer Weg ist. Unwiderstehlichen Charme übte zudem angesichts der Heizölpreisentwicklung und angesichts des Diktats der leeren Gemeindekasse die Überlegung aus, dass sich die Investitionen für die Dämmmaßnahmen voraussichtlich im Laufe von fünf bis acht Jahren – je nach Heizölentwicklung und Kosten für das zu verwendende Dämmmaterial – über die Energieeinsparungen refinanzieren.

Der Ortsgemeinderat will nach der Durchführung dieser Maßnahme (abgewickelt bis Ende November) die nächsten Jahre genau Buch führen, ob tatsächlich die angestrebte Heizöleinsparung von über 15 bis zu 20 % eintreten wird. Erst danach erscheint es sinnvoll zu sein, den Ersatz der bestehenden Heizölanlage durch ein kleindimensioniertes Kraft-Wärme-Kopplungssystem – kombinierte Strom und Wärmeproduktion - anzupacken, um noch effektiver die Energiekosten für das Bürgerhaus senken zu können: Und dies ohne weitere mittel- und langfristige Neuverschuldung.

Wie so oft in aussichtslos erscheinenden Situationen hilft das Glück dem Tüchtigen. Im Rahmen der „RWE-Kampagne vor Ort“ wurde ein Partner für ein förderungswürdiges Energieeinsparprojekt gesucht und mit der Ortsgemeinde Neunkirchen gefunden. Der Ortsgemeinderat gab sich einen „Öko-Ruck“ und sagte sich angesichts der angebotenen Kleinförderung von 2000 Euro durch RWE aus Imagegründen, wenn schon Energieeinsparung, dann richtig. Also keine Verwendung von Dämmmaterialien hergestellt aus Öl, sondern konsequente Verwendung von NAWAROS-Materialien (NaWaRoS – nachwachsende Rohstoffe). Der Ortsgemeinderat war richtiggehend „high“ wegen dieser Förderung und entschied sich für den Einsatz von Thermo-Hanf. Denn der Ausschuss für Wohnmedizin und Bauhygiene der Gesellschaft für Hygiene und Umweltmedizin verlieh dem Dämmstoff Thermo-Hanf 2005 das Zertifikat „wohnmedizinisch“ empfohlen. Die Zeitschrift „Öko-Test“ hat im seinem Jahrbuch 2007 Thermo-Hanf auf der Grundlage von Tests des Fraunhoferinstituts für Bauphysik als „sehr gut“ deklariert und die Stiftung Warentest hat den Dämmstoff Thermo-Hanf als besten Dämmstoff aus nachwachsenden

Rohstoffen für die Zwischensparrendämmung mit gut (1,9) bewertet.

Hanf, ein altbekannter nachwachsender Rohstoff aus Deutschland, wird von einem innovativen Ökobetrieb in Nördlingen ([www.thermo-hanf.de](http://www.thermo-hanf.de)) hergestellt und hat Vertriebspartner in ganz Deutschland, so auch in Niederstadtfeld/Eifel. Der Wärmedurchgangskoeffizient von Thermo-Hanf gleicht mit 0,440 W/m<sup>2</sup>K dem von mineralischer Dämmung. Der Wärmedurchgangskoeffizient (auch Wärmedämmwert, U-Wert genannt) unseres Dachaufbaus, mit aus technischen Gründen lediglich 140 mm Dämmstärke, beträgt 0,301 W/m<sup>2</sup>K. Der sommerliche Hitzeschutz ist hingegen höher, so liegt beispielsweise die sogenannte Phasenverschiebung bei einer relativ niedrigen Dämmstärke bereits bei 6,4 Stunden. Das bedeutet, dass die Außentemperatur – in Sommer von beispielsweise 30 ° erst nach 6,4 Stunden – also wenn es sich draußen wieder erheblich abkühlt – in den Gebäudeinnenraum einwirkt. Verarbeitet haben freiwillige Helfer/innen in Eigenleistung ca. 49 Kubikmeter Thermo-Hanf. Geliefert wurden die auf Maß vorgefertigten Thermo-Hanf-Platten (Dicke 140 mm), der anders als Glaswolle vollkommen juckfrei verarbeitet werden können.

Einschließlich der Kosten für Zusatzmaterialien wie Dichtungsplanen, Dichtungsmaterialien Klebebändern und Konterlatten und der Verpflegungskosten für die freiwilligen HelferInnen beliefen sich die Gesamtausgaben auf 6 600 Euro minus 2000 Euro RWE-Förderung = 4.600 Euro. Bei dem aktuellen Heizölpreis – Abnahme 3500 l – und einer veranschlagten Energieeinsparung von bis zu 20 % - hat sich diese Maßnahme vermutlich in 11 bis 12 Jahren komplett refinanziert. Aber immer vorausgesetzt, dass der Heizölpreis für die nächsten 12 Jahre auf diesem Niveau beharrt. Davon ist mit größter Wahrscheinlichkeit nicht auszugehen, sodass schon innerhalb der nächsten 10 Jahre eine komplette Refinanzierung wahrscheinlich wird. Bedenkt man die CO<sub>2</sub>-Einsparung von bis zu 2030 kg (pro Liter Heizöl = ca. 2,9 kg CO<sub>2</sub>) pro Jahr, senkt dies ebenfalls die deutschlandweite klimaschädliche Schadstoffbilanz. Und viele kleine Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz zusammen ergeben eine beachtliche Senkung der CO<sub>2</sub>-Schadstoffbilanz.

Die Umsetzung des Verfassungsgebots zur nachhaltigen Nutzung von Ressourcen ist für kleine Ortsgemeinden nicht einfach, aber sie ist machbar.

## NATUR- UND ARTENSCHUTZ

### 20 000 Kilometer Wanderkorridore. Ein Rettungsnetz für die Wildkatze

Thomas Mölich, Mark Hörstermann

#### Ein Projekt des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)

Die einst flächendeckenden Wälder unserer Heimat sind heute durch Landwirtschaft, Siedlungen und Straßen voneinander getrennt. Für strikte Waldbewohner wie die bedrohte Wildkatze sind sie verstreut wie Inseln im Meer. Die verbliebenden Lebensräume sind zu klein, um das Überleben der Wildkatze zu sichern. Grüne Korridore können ihnen neue Gebiete erschließen und den Austausch zwischen bisher isolierten Regionen ermöglichen. Die Wälder Deutschlands miteinander zu verbinden und ein Netzwerk zu knüpfen zwischen den letzten Lebensräumen der Wildkatze und anderer Waldbewohner, insgesamt 20 000 km aus Büschen und Bäumen. Das ist das ehrgeizige Ziel des BUND-Projekts „Ein Rettungsnetz für die Wildkatze“, dem wohl größten Naturschutzprojekt Mitteleuropas.

#### Wildkatzen – ihr Aussehen und ihre Lebensweise

Wildkatzen leben zurückgezogen, versteckt, meist schlafen sie tagsüber und jagen nachts. Kaum jemand bekommt sie zu Gesicht. Aber sie sind da. In unseren Wäldern gibt es sie noch: die Europäischen Wildkatzen. Nein, Wildkatzen sind keine davongelaufenen Hauskatzen. Es handelt sich um eine eigene Art, ihr wissenschaftlicher Name: *Felis silvestris*. Sie wirken kräftiger und sind viel wilder als unsere Stubentiger. Und sie durchstreifen schon die Wälder Europas, lange bevor die Römer die ersten Hauskatzen mit über die Alpen brachten.

Wildkatzen sehen einer wildfarbenen Hauskatze ähnlich, haben aber einen buschigeren Schwanz mit dunklen Ringen und stumpfem, schwarzen Ende. Die Fellzeichnung ist nicht kontrastreich, sondern verwaschen. Besonders im Winterfell wirken sie gedrungen und kräftiger als Hauskatzen. Sie ernähren sich in Mitteleuropa vor allem von Mäusen, seltener und je nach Angebot vom Kaninchen, Eidechsen, Fröschen, Insekten und Kleinvögeln.

Als reine Waldbewohner werden Wildkatzen auch oft Waldkatzen genannt. Auf der Suche nach Beute streifen sie bevorzugt an den inneren und äußeren Grenzlinien des Waldes umher. Kleine helle Lich-

tungen, im Wald verborgene Wiesen und ruhige, heckenreiche Säume am Waldrand sind die Lieblingsplätze der Wildkatzen. Je vielfältiger der Wald an inneren Strukturen, desto tiefer dringen sie in ihn ein. Und umgekehrt: Wo Gebüsche und Hecken ihnen Deckung bieten, wagen sich Wildkatzen aus dem Wald heraus.

### Bedrohung und Schutz

Es ist nicht lange her, da lebten Wildkatzen fast überall in Europa. Heute sind sie an vielen Orten ihrer ursprünglichen Heimat verschwunden oder wie in Deutschland vom Aussterben bedroht. Die einst flächendeckend verbreiteten Wälder nehmen heute nur noch ca. 30 % der Landesfläche in Deutschland ein. Zudem besteht diese Fläche oft aus wirtschaftlich genutztem und strukturarmem Forst. Ursprüngliche Buchenmischwälder sind selten geworden.

Die Besiedlung neuer Lebensräume ist der Wildkatze unmöglich, weil sie keine Pflanzengesellschaften in ausgeräumte Landschaften setzt. Immer intensivere Nutzung der Landschaft durch Verkehr, Siedlungsgebiete und Landwirtschaft haben Waldarten wie die Wildkatze auf wenige Restlebensräume zurückgedrängt. Diese Rückzugsgebiete sind in sich zerstückelt und

tischen Austausch zwischen Populationen ermöglicht, haben Wildkatze und andere Waldbewohner auf Dauer keine Überlebenschance. Wildkatzenforscher schätzen, dass nur noch 3 000 – 5 000 dieser kleinen Tiger durch die heimischen Wälder streifen.

Um das Überleben der Wildkatze zu sichern, bedarf es eines Netzes von Korridoren, welches die Waldlebensräume wieder verbindet. In den Spuren der Wildkatze können dann auch viele andere Tiere in der vom Menschen geprägten Landschaft wieder ihren Platz finden. Das Schicksal der Wildkatze steht damit stellvertretend für das Schicksal vieler bedrohter Arten. Daher wird die Wildkatze im Naturschutz als „Zielart“ bezeichnet.

### Das „Rettungsnetz für die Wildkatze“ - Ein Pilotprojekt in Thüringen ...

Um das Überleben der kleinen Tiger in unserer Landschaft zu sichern, arbeitet der BUND seit Juli 2004 am „Rettungsnetz für die Wildkatze“. Die Vision: die deutschlandweite Vernetzung von Wildkatzenwäldern.

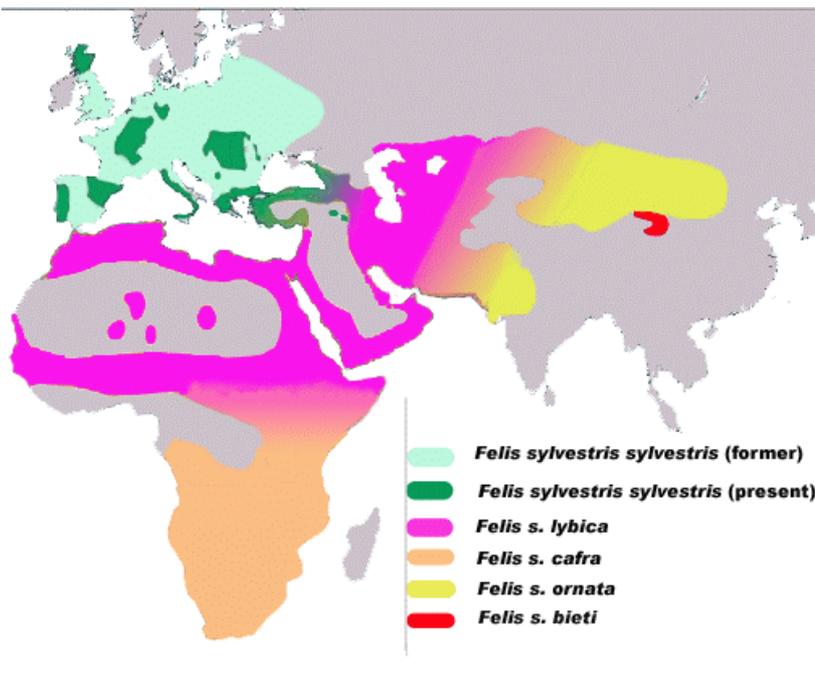
Begonnen wurde zunächst mit einem Pilotprojekt in Thüringen. Der Nationalpark Hainich – einer der ursprünglichsten Wälder Deutschlands – soll mit dem 20 Kilometer entfernten Naturpark Thüringer Wald verbunden werden. Beide Wälder sind ideale Lebensräume – doch zurzeit leben nur im Hainich Wildkatzen in größerer Zahl. Der Thüringer Wald ist für sie unerreichbar. Noch!

Nach intensiver Vorbereitung wurden im Herbst 2007 die ersten 20 000 Bäume und Büsche für einen Grünen Korridor – eine Verbindung der beiden Wälder – gepflanzt. Bis es soweit war, haben Mitarbeiter und Ehrenamtliche des BUND über mehrere Jahre die Wildkatzen des Hainichs erforscht, den idealen Verlauf des Korridors bestimmt, mit Landbesitzern und Behörden verhandelt und Finanzierungsmodelle entwickelt.

Dabei zeigte sich neben der Vernetzung der Wälder die zweite Bedeutung des Wortes Rettungsnetz: Nur wenn Politik, Behörden, Verbände, Landeigentümer und andere Beteiligte zusammenarbeiten, ist die Rettung der Wildkatze möglich. Dem BUND in Thüringen ist es gelungen, diesen Dialog anzustoßen und zu leiten. Ein Beispiel, das Schule macht.

### ...und darüber hinaus - Der Wildkatzenwegeplan

Mit der Verbindung des Hainichs mit dem Thüringer Wald wird ein wichtiger erster Schritt gemacht. Um das Überleben der Wildkatze dauerhaft zu sichern, ist wesentlich mehr nötig. Der BUND hat daher



voneinander getrennt. Auch andere Tiere des Waldes wie Dachse, Baummarder und überraschenderweise sogar viele Vogel- und Fledermausarten sind auf Deckung angewiesen und meiden die Überquerung freier Felder und besiedelter Gebiete.

Je kleiner die Population einer Art, desto größer die Gefahr, dass diese durch Inzucht oder Krankheit ausgelöscht wird. Ohne die Vernetzung ihrer Lebensräume, die die Ausbreitung und den gene-

2007 einen Wildkatzenwegeplan vorgestellt. Er zeigt, wie die bisherigen Lebensräume der Wildkatze untereinander und mit Wäldern verbunden werden können, die als Lebensraum geeignet sind – deutschlandweit und über die Landesgrenzen hinaus.

Zählt man bestehende Wälder und zu schaffende Korridore zusammen, soll allein national ein Netzwerk aus Wald, Bäumen und Büschen von über 20 000 Kilometern entstehen. Das größte Naturschutzprojekt Mitteleuropas. Eine Aufgabe, die viele Jahre dauern und viel Arbeit und Geld kosten wird.

Dieses Ziel ist leichter erreichbar, wenn es gelingt, lokale Naturschutzplanungen einzubinden. In Einzelfällen können dies auch gesetzlich vorgeschriebene „Ausgleichsmaßnahmen“ sein. So kommt in Thüringen die für die Verlegung der Autobahn A4 bei Eisenach zuständige Straßenbaugesellschaft für einen großen Teil der Korridorplantagen auf.

Der Wildkatzenwegeplan gibt Verantwortlichen in Ländern und Kommunen die Möglichkeit, ihre Planungen in eine sinnvolle und abgestimmte Strategie zu integrieren. Neben den Vorbereitungen wird es wichtige Aufgabe des BUND bleiben, die Behörden an diese Möglichkeiten zu „erinnern“, die Prozesse zu begleiten und fachlich zu führen. In vielen Fällen werden zudem eigene Pflanzungen und Flächenkäufe nötig sein, um Korridore zu ermöglichen.

**Quelle:**

[www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/artenschutz/20080100\\_wildkatze\\_broschuere\\_webversion.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/artenschutz/20080100_wildkatze_broschuere_webversion.pdf)

**Kontakt:**

Mark Hörstermann, Kommunikation Naturschutzprojekte des BUND, Tel. : 030 275864-75, Mail: [mark.hoerstermann@bund.net](mailto:mark.hoerstermann@bund.net)

Nicola Uhde, Mitarbeiterin Kommunikation Naturschutzprojekte, Tel.: 030 275864-75, Mail: [nicola.uhde@bund.net](mailto:nicola.uhde@bund.net)

Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND)  
Friends of the Earth Germany, Bundesgeschäftsstelle, Am Kölnischen Park 1, 10179 Berlin, Tel.: 030 275864-0, Fax: 030 275864-40

**Informationen:**

Das Rettungsnetz für die Wildkatze:

[www.bund.net/wildkatze](http://www.bund.net/wildkatze)

Die Erde braucht Freunde: [www.bund.net](http://www.bund.net)

## Nationalpark Siebengebirge

### Wolfgang Huste

#### Zusammenfassung der aktuellen Diskussion

Der geplante Nationalpark Siebengebirge soll die einzigartige vulkanische Landschaft bewahren und Tier- und Pflanzenwelt schützen. Er soll aber auch Impulse für einen naturnahen Tourismus setzen. In Deutschland gibt es 14 Nationalparks, die 2,6 Prozent der Gesamtfläche des Bundesgebiets einnehmen. Diese geringe Zahl macht deutlich, dass es schon ein besonderes Gebiet sein muss, das eine solche Auszeichnung erhält.

Eine der Kernaufgaben von Nationalparks ist es, das Naturerbe zu bewahren und Natur sich selbst zu überlassen. Die Interessen der Menschen müssen daher dem Naturschutzziel des Nationalparks untergeordnet werden. Nationalparks sind unverzichtbare Schutzräume für den Artenreichtum und für die Biodiversifikation (= biologische Vielfalt). Nationalparks dienen jedoch keineswegs nur dem Schutz von Pflanzen und Tieren, sondern gleichzeitig auch der Erholung der Menschen, schaffen einmalige Naturerlebnisse und ermöglichen Umweltbildung und Forschung. In begrenzten Maßen erfolgen regulierende Eingriffe in die Natur, wenn dies nach wissenschaftlicher Forschung und Überwachung nötig ist, um besondere Kulturlandschaften zu erhalten, die Artenvielfalt zu maximieren oder seltener Arten zu begünstigen. Damit unterscheidet sich ein Nationalpark von einem Wildgebiet.

Fachlich untersucht und begründet eignet sich das Siebengebirge als Nationalpark neben seiner überdurchschnittlichen biologischen Vielfalt auf engem Raum zugleich als einzigartiger Demonstrationsort der durch den Vulkanismus geprägten Erdgeschichte. Mit seinen Bau- und Bodendenkmälern ist das Siebengebirge ein unverwechselbarer Ort rheinischer Kulturgeschichte.

1836 kaufte der preußische Staat aus Schutzgründen den Drachenfelsgipfel, wodurch das Siebengebirge das erste in Deutschland durch den Staat gesicherte Naturschutzgebiet wurde.

Demnach wird gefordert, das bereits als Naturschutzgebiet geschützte Siebengebirge in einen Nationalpark umzuwandeln. Nationalparks stellen die höchste Schutzkategorie für Naturparks dar. Dies wäre der 15. Nationalpark Deutschlands; er würde demnach die Schutzklasse des Siebengebirges noch einmal anheben.

Der Verschönerungsverein für das Siebengebirge - er existiert seit rund 150 Jahren und hat aktuell 1 625 Mitglieder, die ehrenamtlich im Umwelt- und Naturschutzbereich arbeiten - hat sich mit großer Mehrheit für einen Nationalpark ausgesprochen - ebenso die Naturschutzorganisationen BUND,

NABU und die Stadträte von Bad Honnef und Königswinter. Der sogenannte „BürgerNationalpark“ ist so geplant, dass die zukünftige Verwaltung nicht beim Land, sondern bei einem Zweckverband liegt. Die Bürger sollen sowohl im Vorfeld als auch im laufenden Betrieb in die Verwaltungsprozesse einbezogen werden. Dies ist ein Novum - denn ansonsten ist es üblich, dass die Landes- und Kreisbehörden diese Planung durchführen und administrativ „verordnen“ - diesmal sollen also ganz bewusst die BürgerInnen in die Vorplanungen mit einbezogen werden. Der Umweltminister von NRW, Eckhard Uhlenberg, kommentierte bereits: „Wir sind zu der Auffassung gekommen, dass sich das Siebengebirge sehr gut dazu eignet.“

### **Pro-Argumente**

Der Nationalpark sorgt dafür, dass Flora und Fauna deutlicher als zuvor geschützt werden; zumindest in der Schutzzone 1 gibt es dann keine weiteren menschliche Eingriffe. Die BürgerInnen sollen in die Wegeplanung mit einbezogen werden. Es sollen einige alte Wegestrecken geschlossen werden, dafür plant man aber neue. Es ist ein Novum in der Planung von Nationalparks, dass hier nicht nur irgendwelche Behörden über die Gestaltung des Nationalparks administrativ bestimmen, sondern dass die BürgerInnen in die Gesamtplanung mit einbezogen werden. Deshalb spricht man hier auch von einem „BürgerNationalpark“. Mit einer Realisierung des NP gehen viele Vorteile einher. So würde er einen touristischer Mehrwert für die Gemeinden in der Umgebung und dadurch mehr Dauerarbeitsplätze schaffen.

Das zusätzliche Verkaufsaufkommen muss zwangsläufig zu grundlegenden Lösungsansätzen für das bereits bestehende Verkehrsproblem führen. Das Land NRW würde die Kosten in Höhe von ungefähr drei Millionen Euro (andere sprechen hier von bis zu fünf Millionen) jährlich übernehmen und auch die geplanten Infozentren zu 80 % finanzieren.

Der Verlust der Einnahmen aus der forstwirtschaftlichen Nutzung soll durch die Verpachtung der Waldflächen an das Land kompensiert werden. So hat sich die Stadt Bad Honnef schon jetzt verpflichtet, die privaten Waldflächen zu einem marktgerechten Preis anzupachten und den Forstbesitzern eine entsprechende Pacht zu zahlen. Das Problem der geringen Fläche könnte durch eine Ausweitung des Gebietes auf Rheinland-Pfalz behoben, zumindest aber deutlich gemildert werden. Die Landesregierung in Mainz steht diesem Anliegen zur Zeit recht skeptisch gegenüber. Verschiedene Organisationen und Einzelpersonen bemühen sich, schon bestehende Kontakte auf das Landesgebiet Rheinland-Pfalz auszudehnen und zu intensivieren. Insbesondere die Städte Unkeln, Linz und Bad Hönningen möchte man im besten Sinne mit „ins Boot“ holen,

um die Fläche des geplanten Nationalparks deutlich zu erhöhen. (Sie könnte sich dadurch fast verdoppeln.) Der Naturschutzgedanke sollte nicht vor Landesgrenzen halt machen.

### **Contra-Argumente**

Die bereits existierende Zerschneidung des Naturschutzgebiets (durch Autobahn und ICE-Strecke) macht die angestrebte „Verurwaldung“ recht schwierig. Mit 4 700 Hektar wäre er der kleinste Nationalpark Deutschlands.

Mit 4 700 Hektar erfüllt das Siebengebirge aufgrund seiner geringen Größe nicht die formalen Kriterien eines Nationalparks. Auch ist es durch seine geografische Lage und seine intensive touristische Nutzung (es werden rund 1 Million Besucher pro Jahr erwartet) dazu nicht geeignet. Sollte es dabei bleiben, dass die drei Millionen vom Land eine Höchstsumme darstellen, so könnten Mehrkosten doch bei den Kommunen hängen bleiben. (Die könnten durch Folgekosten entstehen.) Es muss also schon im Vorfeld sichergestellt werden, dass höhere Kosten nicht zu Lasten der Bürger gehen. Die Folgekosten für die beteiligten Kommunen sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt oder werden von den verantwortlichen Politikern eventuell der Bevölkerung nicht mitgeteilt. Die Stadt Bad Honnef kann sich finanziell an dem Park eigentlich gar nicht beteiligen, da sie so gut wie pleite ist. (Die Stadt steht unter kommunaler Aufsicht.) Die beteiligten Kommunen sollen für den Unterhalt des Nationalparks 3 Millionen Euro jährlich vom Land NRW über einen Zeitraum von 20 Jahren erhalten. Es gibt Stimmen, die sagen, dass man dieses Geld für bessere/andere Dinge ausgeben sollte, zum Beispiel zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Abschaffung von Ein-Euro-Jobs usw.

Es existieren allgemeine Sorgen gegenüber einer eingeschränkten Nutzung für die Öffentlichkeit auf Grund des Wegerückbaus. Die Mitglieder der Bürgerinitiative „Freies Siebengebirge“ vertreten ihre partikulären Eigeninteressen. So fürchten die Jäger um ihr Jagdrecht (außerhalb der Schutzzone 1 wird eine eingeschränkte Jagd erlaubt sein - nur keine Trophäenjagd, ebenso eine gelenkte Waldbewirtschaftung), und die Grundstücksbesitzer befürchten, dass sie hier und da zukünftig nicht mehr bauen dürfen und dadurch Profiteinbußen erleiden. Jogger und Mountainbiker befürchten Einschränkungen bei der Ausübung ihres Sports. Grundstücksspekulanten fürchten um ihre Profite, wenn dieses oder jenes Grundstück nicht mehr bebaut werden darf.

### **Einige weitere Aspekte, die teilweise kontrovers diskutiert werden**

Entweder nicht in den möglichen neuen Nationalpark gestalterisch einzugreifen oder den

bestehenden Naturschutzpark und die Kulturlandschaft Siebengebirge - übrigens der zweitälteste in Deutschland (nach der Lüneburger Heide) - mit seiner aktuellen Artenvielfalt „wie gehabt“ zu erhalten (was wiederum ebenfalls mit Eingriffen in die Landschaft und Natur einhergeht). Die Forderung nach einer Bürgerbefragung würde dem breiten öffentlichen Interesse an dem Thema und dem selbstgestellten Anspruch an einen „Bürger-nationalpark“ gerecht werden, wird aber von den regionalen Kommunen nicht in Betracht gezogen, da hier - so Wally Feiden, SPD-Bürgermeisterin in Bad Honnef - nur der von den Bürgern gewählte Rat - stellvertretend für die Honnefer Bürger - legitimiert ist, hierüber entsprechend zu entscheiden. Die Form der „direkten, plebiszitären Demokratie“ wird demnach nicht akzeptiert. Problematisch ist auch der Widerspruch zwischen einer touristischen Nutzung und der Einhaltung der sehr strengen Auflagen für einen Nationalpark.

### **Kommentare zu den einzelnen „Contra-Argumenten“**

Der Nationalpark Siebengebirge ist zu klein geplant. Wir leben nicht in Alaska, Amerika oder Afrika, wo naturgemäß große Naturflächen vorhanden sind und demnach auch entsprechend große Nationalparks. Deutschland ist ein kleines, sehr dicht besiedeltes Gebiet; insbesondere NRW ist ein Land mit einer sehr extremen Wohn- und Verkehrsdichte. Das bedeutet natürlich, dass wir hier in anderen Größenordnungen planen müssen. Auf die Fläche des geplanten Nationalparks kommen allein 22 Prozent aller Farn- und Blütenpflanzen vor, die in der Bundesrepublik bekannt sind.

Die Verkehrsdichte nimmt zu, wenn der Nationalpark realisiert wird. In Bad Honnef und Umgebung könnte folgende Option die Parkraumproblematik entschärfen: Die Geschäftsleitung der Firma Birkenstock ist bereit, kostenfrei ihre riesigen Parkflächen der Stadt zu überlassen. Diese bestehenden Parkflächen werden zur Zeit nur zu einem sehr geringen Teil ausgelastet. Ein weiterer Vorteil: Der Parkplatz liegt in einem mittelständischen Industriegebiet mit einer sehr geringen Wohnbebauung. Zusätzlich steht der Firma noch ein großes Wiesengrundstück zur Verfügung, das bei Bedarf - ohne einen größeren Aufwand - ebenfalls zu einer Parkfläche umgewidmet werden kann. Somit könnten rund 1 500 Parkplätze kostengünstig und umweltschonend in das Projekt „Nationalpark Siebengebirge“ eingebracht werden.

Wir, DIE LINKE Rhein-Sieg, fordern ein schlüssiges Verkehrskonzept, das nicht noch mehr Verkehr in Form von zusätzlichen Touristen in das Siebengebirge lockt, sondern den Verkehr reduziert. Wir favorisieren einen Shuttle-Bus-Verkehr, der die Touristen in das Siebengebirge bringen könnte. Im Gegenzug sollten alle Waldparkplätze

verschwinden. Auch der Neubau eines großen Parkplatzes neben der Klosterlandschaft Heisterbach (mitten im neuen Nationalpark!) würde diesen Nationalpark „ad absurdum“ führen.

Ich bin der Ansicht, dass die Angst vor einem „Verkehrskollaps“ durch die Realisierung des Nationalparks weitestgehend unbegründet ist. Das Beispiel des Nationalparks Eifel zeigt, dass nur in den ersten Monaten der Eröffnung das Verkehrsaufkommen signifikant höher als über dem vorherigen Durchschnitt liegt. Schon nach relativ kurzer Zeit pendelte sich das Verkehrsaufkommen wieder auf ein normales Maß ein. Es ist übertrieben anzunehmen, dass ein Nationalpark ein „touristisches Highlight“ darstellt und daher - auf Dauer gesehen - mehr Verkehr mit sich bringt. Das Verkehrsaufkommen im Bereich des Siebengebirges ist schon heute - aus anderen Gründen - recht stark.

Sollte man das Geld nicht für andere, wichtigere Dinge ausgeben? Eine Aufrechnung von zum Beispiel Arbeitsplätzen kontra Naturschutz sollten wir nicht mitmachen. Es ist ja keineswegs gesichert, dass man mit den eingesparten Geldern auch Dauerarbeitsplätze schafft. Außerdem ist die Erhaltung der Natur eine sehr wichtige, zentrale Zielsetzung unserer Partei. So sollten wir zum Beispiel auch nicht die Politikfelder „Gesundheit“, „Kultur“ und „Arbeit“ gegeneinander ausspielen. Naturschutz ist kein „Luxus“, sondern die Grundlage unseres Seins. Insbesondere, wenn man weiß, dass täglich (!) rund 300 Tier- und Pflanzenarten aussterben! Wer den Artenschutz (und den Klimaschutz) ernst nimmt, darf sich hier nicht auf das Gleis der bürgerlichen Parteien bewegen, die Arbeitsplätze gegen den Naturschutz ausspielen.

Innerhalb eines Nationalparks kann Mensch sich nicht mehr frei bewegen. Schon heute ist es im Naturpark Siebengebirge nicht erlaubt, die Wege zu verlassen, um zum Beispiel quer durch den Wald zu joggen oder dort Pilze oder Beeren zu sammeln. (In den anderen Naturparks bestehen diese Verbote selbstverständlich auch.)

Laut Aussagen der verantwortlichen Kommunalpolitiker in Bad Honnef und Königswinter soll es für alle Interessengruppen (Jäger, Jogger, Wanderer ...) nur geringe Einschränkungen und das noch mit sehr langen Übergangszeiten geben. Wenn man schon einen Nationalpark befürwortet, muss man den Betroffenen auch sagen, dass das nur mit Verzicht oder Einschränkung auch so mancher lieb gewonnenen Gewohnheit oder von Hobbys geht.

Wie schon betont: Innerhalb eines Nationalparks stehen nicht die Interessen der Menschen im Mittelpunkt, sondern die der Natur! Der Mensch muss sich also hier deutlich zurücknehmen.

Wie ist es um das Wegenetz im Nationalpark bestellt? Einige wenige bestehende Wege werden wegfallen, es sollen aber mehr neue Wegenetze dazukommen. Das vorhandene Kartenmaterial, das Aufschluss über die bestehenden Wege geben soll,

ist stark veraltet. Zurzeit werden die bestehenden als auch die geplanten Wege neu vermessen. Können wir BürgerInnen auf die Planung des Nationalparks Siebengebirge Einfluss nehmen - und wenn ja: wie? Als Basisdemokraten sollten wir weiter an unserer Forderung eines Bürgerentscheids in den einzelnen Kommunen festhalten und auch auf Kreisebene diese fordern. Immer wieder betonen die verantwortlichen Politiker, dass für sie die Meinung der betroffenen Bürger wichtig ist (inklusive NRW-Umweltminister Uhlenberg). Doch fragen wollen sie die Bürger nicht, sondern wie üblich in ihrem kleinen Kreis (im Stadtrat) entscheiden. Ein Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zum Beispiel gegen einzelne Bauprojekte oder auch die Rahmenvereinbarung sind rechtlich möglich, auch wenn dies einige Politiker bestreiten.

### **Fazit**

Auch wenn ich viele Vorbehalte und Bedenken zum Nationalpark Siebengebirge habe, bin ich grundsätzlich nicht gegen dieses Projekt. Ziel sollte es für uns als DIE LINKE jedoch sein, dass wir im Interesse der Bürger die von mir oben erarbeiteten Forderungen als Bedingungen in unsere Positionierung zu diesem Thema einbringen. Die Verantwortlichen sollten demnach alle Informationen den BürgerInnen zur Verfügung stellen, damit wir uns eine eigene Meinung zum Thema „Nationalpark Siebengebirge“ bilden können.

*Informationen:  
[www.rhein-sieg-kreis.de](http://www.rhein-sieg-kreis.de)*

## **LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT**

### **Böden leiden unter Biogas**

**Andrea Beste**

Die Nutzung von Bioenergie hat in den letzten Jahren vor dem Hintergrund weltweit wachsender Energienachfrage erheblich an Bedeutung gewonnen. Aber nicht jede Form der Produktion und Nutzung von Energiepflanzen ist effektiv und umweltverträglich. Die aktuell vorherrschende Praxis des Energiepflanzenanbaus (Grünlandumbruch, Anbau von Mais, Weizen und Raps) senkt den ohnehin niedrigen Humusgehalt unserer Böden noch weiter.

### **Einseitige Fruchtfolgen führen zu Humusabbau ...**

Bei der Betrachtung der Umweltverträglichkeit des Energiepflanzenanbaus spielt es eine erhebliche Rolle, WELCHE Pflanzen angebaut werden und wie intensiv der Anbau ist. Schon 1999 wurden in einer Untersuchung des Wuppertal-Instituts eine Reihe von Kulturen nach einem eigens entwickelten und an ökosystemaren Zusammenhängen orientierten Kriterienraster analysiert, um die Möglichkeiten und Flächenpotentiale des Energiepflanzenanbaus im Rahmen einer nachhaltigen Landwirtschaft zu klären. Dabei stellte sich heraus, dass z. B. Öllein aufgrund seiner guten Einflüsse auf den Standort und die Fruchtfolge positiv zu bewerten ist. Sonnenblumen weisen ebenfalls fördernde Einflüsse auf den Standort auf, haben allerdings auch hohe Ansprüche. Getreide wird aufgrund des ohnehin hohen Fruchtfolgeanteils und daraus resultierender Resistenzprobleme bei Gräserherbiziden nur als eingeschränkt empfehlenswert beurteilt. Raps und vor allem Mais sind nicht empfehlenswert, da ihre Ansprüche hoch sind, die Auswirkungen auf den Standort mittel bis negativ und eine hohe Anfälligkeit hinzukommt, der chemisch-synthetisch begegnet werden muss, was die Ökobilanz der Energieerzeugung deutlich senkt. Diese Ergebnisse wurden durch aktuelle Studien bestätigt.[1]

### **... dies verstärkt Folgen des Klimawandels**

Die Verengung der Fruchtfolgen und der Ersatz von Zwischenfrüchten mit hohem Humusreproduktionspotential durch humuszehrende Energiepflanzen führen zu einem für die Herausforderungen des Klimawandels absolut kontraproduktiven weiteren Humusabbau. Humusschwund und der damit zusammenhängende Rückgang der biologischen Aktivität verstärken Verdichtung und Erosion und verringern die Infiltrations- und Speicherkapazität für Wasser.[2] Dies verstärkt die Folgen des Klimawandels - Extremregenfälle, Hochwassergefahr und Dürre - wesentlich. Um diesen Folgen aktiv zu begegnen, müssten unsere landwirtschaftlich genutzten Böden durch ein angepasstes Humusanreicherungsmanagement fit gemacht werden, um die Erntesicherheit zu erhöhen. Da Humus ein wichtiger CO<sub>2</sub>-Speicher ist, hätte eine solche Maßnahme gleichzeitig eine direkt klimaschützende Wirkung.

### **Auch Biogasgülle fördert den Humusabbau**

Völlig unverständlich ist, dass die Wirkung der fermentierten Gülle auf den Humushaushalt, die Bodengesundheit und die Tiergesundheit in der Forschung völlig vernachlässigt wird. Biogasgülle hat eine noch geringere Humusreproduk-

tionsleistung als herkömmliche Gülle. Durch die Gärung wird der Kohlenstoffgehalt reduziert und der Gehalt an nicht organisch gebundenem Stickstoff erhöht. Ausschließlich mit Gülle kann daher kein Humusersatz geleistet werden. (Dies ist im Prinzip auf Dauer auch bei nicht vergorener Gülle fraglich.) Für eine ausreichende C-Zufuhr sind die N-Frachten viel zu hoch. Da vergorene Gülle noch mehr schnell verfügbaren Stickstoff enthält und noch weniger verfügbaren Kohlenstoff als unvergorene Gülle, trägt sie darüber hinaus in noch geringerem Maße zu einer Ernährung der Bodenmikroorganismen bei.[3] GUTSER/EBERTSEDER kommen daher in ihren Studien zu dem Schluss, dass eine reine Düngung mit Fermentationsrückständen für eine Energiepflanzenfruchtfolge nicht ausreicht. Ein optimaler N-Einsatz führt zu Humusabbau. Bisher werden diese Tatsachen in Wissenschaft und Praxis kaum thematisiert. Im Gegenteil, es wird häufig behauptet, vergorene Gülle habe „verbesserte“ Düngeeigenschaften. Für den ökologischen Landbau ist der in einigen Publikationen befürwortete Einsatz von vergorener Gülle daher äußerst kritisch zu sehen, weil er dem bodenfruchtbarkeitsfördernden Prinzip des ökologischen Landbaus völlig widerspricht.

### **Forschung zur Qualität der Gärreste vernachlässigt**

Über weitere mögliche negative oder auch positive Wirkungen von Gärresten auf den Boden ist erst wenig bekannt. Beispielsweise sind die Einflüsse von Schwermetall- und Antibiotikaeinträgen aus Futtermitteln, des Kupfereintrags aus der Klauenpflege oder der Ferkelaufzucht sowie von Desinfektionsmitteln auf die Mikroorganismen (Biogasprozess und Boden) kaum bekannt. Auch das Problem krankheitserregender Clostridien in den Gärresten (*Clostridium botulinum*) wird nicht ernst genug genommen. Ergebnisse von optimal laufenden Biogasprozessen in Forschungsversuchen mit definierten Gärsubstraten sollen einerseits beruhigen, die Realität sieht aber häufig anders aus. Für den sensiblen mikrobiologischen Prozess sind meist zu wenig Erfahrung und/oder qualifizierte Beratung vorhanden. Oft werden die Biogasanlagen auch zu groß konzipiert und sollen dann mit nicht geeignetem Gärsubstrat z. B. aus der Lebensmittelproduktion oder mit Schlachthofabfällen ausgelastet werden. Die Tiergesundheit in den Ställen hat ebenfalls einen großen Einfluss auf die hygienische Qualität der Gärreste. Auch bei der empfohlenen Erhitzung auf 70 °C bleiben Clostridien als Sporen lebensfähig und infizieren so die Futterflächen, was sich im Kreislauf potenziert. Praxiserfahrungen zeigen, dass sich die Stabilität des mikrobiologischen Gärprozesses und die Qualität der Gülle bei einer Behandlung mit effektiven Mikroorganismen verbessern können. Auch positive Auswirkungen auf die Tiergesundheit

waren zu beobachten. Hierfür werden bisher zu wenig öffentliche Forschungsmittel zur Verfügung gestellt.

Die Frage des umweltgerechten Anbaus von Biomasse zur Energieerzeugung ist leider in den letzten Jahren viel zu wenig thematisiert und zu wenig erforscht worden. Politische Vergünstigungen (z. B. das EEG, Energie-Einspeise-Gesetz) schafften mit dem Ziel einer ökologischen Energieerzeugung Rahmenbedingungen, die mangels Definition über eine umweltverträgliche Art und Weise der Energieerzeugung auch ungewollte Entwicklungen induziert haben. Die verspätete Wahrnehmung der Nachhaltigkeitsfrage wird letztlich in der Landwirtschaft - auf den Böden - ausgetragen. Die landwirtschaftliche Beratung gibt bisher mangels Daten und Informationen zu diesen Fragen nur eingeschränkt Hilfestellung. Weiterbildungsworkshops zu einem nachhaltigen Humusmanagement - gerade auch beim Biomasseanbau - sind rar.

### **Flächenkonkurrenz zu nachhaltigeren Formen der Bodennutzung**

Abgesehen von der Umweltverträglichkeit ist die Flächenkonkurrenz der unterschiedlichen Bodennutzungen (Energiepflanzenanbau versus nachhaltiger Nahrungs- und Futtermittelanbau, Gewerbe-, Verkehrs- und Siedlungsflächen, Naturschutzflächen etc.) weiterhin ungeklärt. Aufgrund des Energiepflanzenanbaus steigen die Pachtpreise und lassen vorhandene nachhaltige Formen der Bodennutzung (z. B. den ökologischen Landbau, Weidehaltung) finanziell ins Hintertreffen geraten. Eine klare Definition einer nachhaltigen guten fachlichen Praxis des Energiepflanzenanbaus ist dringend geboten. Allerdings ist dann auch der gesellschaftliche Nutzen gesunder Boden- und Landschaftsfunktionen (wie beim nachhaltigen Anbau von Nahrungsmitteln) dem Landwirt, der entsprechend handelt, finanziell anzurechnen.

[1] BESTE, A.; MONDERKAMP, F. (2005): Energie - sinnvoll eingespart - effizient genutzt - nachhaltig produziert. Ein Energiecheck für landwirtschaftliche Betriebe. Büro für Bodenschutz und Ökologische Agrarkultur, Mainz

2 BESTE, A. (2005): Landwirtschaftlicher Bodenschutz in der Praxis. Grundlagen, Analyse, Management. Erhaltung der Bodenfunktionen für Produktion, Gewässerschutz und Hochwasserermeidung. Verlag Dr. Köster, Berlin

3 GUTSER, R.; EBERTSEDER, TH. (2006): Die Nährstoffe in Wirtschafts- und Sekundärrohstoffdüngern - ein unterschätztes Potential im Stoffkreislauf landwirtschaftlicher Betriebe. In KTBL (Hg.): Verwertung von Wirtschafts- und Sekundärrohstoffdüngern in der Landwirtschaft. Nutzen und Risiken. = KTBL 444

Quelle:

Bauernstimme 6-2007

[http://www.gesunde-erde.net/pdf-](http://www.gesunde-erde.net/pdf-dateien/bauernstimme_beste_0607.pdf)

[dateien/bauernstimme\\_beste\\_0607.pdf](http://www.gesunde-erde.net/pdf-dateien/bauernstimme_beste_0607.pdf)

Kontakt:

Büro für Bodenschutz & Ökologische Agrarkultur,

Mail: [a.beste@t-online.de](mailto:a.beste@t-online.de), Web:

[www.gesunde-erde.net](http://www.gesunde-erde.net)

## **Ziel der GRÜNEN: Wir müssen den Klimawandel bremsen**

**Götz Brandt**

**Bericht über eine Kongress der bündnisgrünen Bundestagsfraktion am 5.7.2008 in Berlin „Wald ist grün – Waldpolitik im Zeichen des Klimawandels“**

### **Hochkarätige Referenten**

Die politische Richtung wurde von der Fraktionsvorsitzenden Renate Künast, der agrar- und umweltpolitischen Sprecherin der Fraktion Cornelia Behm und der ehemaligen Staatssekretärin im BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) Uschi Eid vorgegeben. Als Redner traten auf: Prof. Succow, Prof. Hussendorfer (Vorsitzender der FSC (Forest Stewardship-Council, Abt. Deutschland), Graf Hatzfeld (ehemaliger Vorsitzender der FSC), Dr. Knabe (Gründungsmitglied der GRÜNEN), Georg Schirmbeck (Präsident des Deutschen Forstwirtschaftsrates), Corinna Hölzel (Greenpeace), Prinz zu Salm-Salm (Präsident der AG Deutscher Waldbesitzerverbände), Dr. Luers (Gesamtverband Deutscher Holzhandel) und Wissenschaftler der FH und der Landesforstanstalt in Eberswalde.

### **Einschätzung des Waldzustandes**

Bei der Einschätzung des Zustandes und der Tendenzen bei den Waldbeständen und ihrer Bewirtschaftung gab es Übereinstimmung. Der Urwaldbestand geht schnell und bedrohlich zurück. Es sind nur noch 20 % des vorindustriellen Urwaldbestandes vorhanden. Allein in den letzten 30 Jahren gingen 50 % der Tropenwaldflächen verloren. Jährlich verschwindet Tropenwald in der Fläche von Griechenland. Die Reduzierung des Tropenwaldes durch Abholzung verursacht 25 % der Erderwärmung. Kahlschlag, Brandrodung und illegaler Holzraub gehen ungebremst weiter. Auch die EU importiert Tropenholz zu 20 % aus illegalen Quellen. Versuche, diese Entwicklung zu stoppen, hatten bisher keinen Erfolg, vor allem, weil die Regierungen in den Ländern mit Tropenwald

korrupt sind und keine örtlichen Machtorgane haben, die Gesetze durchsetzen könnten. Dem deutschen Wald geht es durch Schadstoffeintrag in den Waldboden immer schlechter, viele Bäume sind erheblich geschwächt. Der Waldboden wird überdies durch Maschineneinsatz geschädigt. Schnell wachsende industriell verwertbare Holzplantagen werden einem Plenterwald (*sich stetig verjüngender Dauerwald mit vielfältigen, kleinstflächig vermischten Bäumen; Bewirtschaftung durch Fällen einzelner Bäume – d. Red.*) vorgezogen. Der Wald kann sich dem Klimawandel mit zunehmenden heißen und trockenen Sommern nicht schnell genug anpassen. Auch nehmen die Wetterextreme mit Starkregen und Stürmen zu, die Waldschäden anrichten.

### **Wie kann diese Entwicklung gestoppt werden?**

Über eine global abgestimmte, einheitliche walddpolitische Initiative muss ein „Urwaldschutzgesetz“ mit verbindlichen Verhaltensnormen vereinbart werden (Künast). Nur zertifiziertes Holz aus nachhaltigem Anbau darf importiert werden. Die Holzimporte müssen gesenkt werden. Renate Künast schlug auch vor, einen Emissionshandel für Waldressourcen einzuführen. Wer Natur verbraucht, muss dafür zahlen. Der Kraftfuttermittelimport und der Import von Kraftstoffen aus Pflanzenermasse müssen gesenkt werden, damit weniger Urwaldflächen zu Ackerflächen umgewidmet werden. Da die Industrieländer für die Urwaldzerstörung verantwortlich sind, müssen sie auch finanzielle Mittel bereitstellen, um eine nachhaltige Bewirtschaftung der Urwälder sicherzustellen.

In Deutschland muss der Waldumbau zu Laub- und Mischwäldern forciert werden. Während vor 1 000 Jahren noch 90 % Buchen in den Wäldern standen, sind es heute nur noch 13 %. Nach wie vor herrscht der Holzproduktionswald (Nutzwald) mit Kiefern und Fichten vor. Naturwald (Schutzwald) ist nicht Ziel der Forstwirtschaft. Nur eine Novelle des Waldgesetzes kann eine friedliche Koexistenz dieser gegensätzlichen Bewirtschaftungsziele herbeiführen. Voraussetzung für ein neues Waldgesetz ist eine Novelle des Bundesjagdgesetzes. Letzteres wird durch die starke Jägerlobby blockiert, der Jagdtrophäen wichtiger sind als der Aufbau von Naturwald. „Eine Waldwende ist ohne eine Jagdwende nicht möglich.“ (Dr. Knabe). In ein neues Waldgesetz müsste aufgenommen werden, dass der Staatswald zu 80 % als Naturwald unbewirtschaftet liegen bleibt. Bei den übrigen Forstflächen müssten mindestens 10 % als Schutzfläche ausgewiesen werden, und der Rest kann integriert bewirtschaftet werden. Totalreservate sind notwendig, damit Forstfachleute beobachten können, was die Natur macht. Prinz zu Salm-Salm meinte aber, dass man den 2 Millionen Waldbauern in Deutschland lieber Ratschläge geben und keine Vorschriften erlassen sollte. Bei

der Überarbeitung des Umweltgesetzbuches will die Kanzlerin nicht einmal „die gute fachliche Praxis der Waldbewirtschaftung“ aufnehmen, was eine Mindestforderung wäre (Künast). Eigentlich müssten Regeln für eine biologische Forstbewirtschaftung aufgenommen werden.

### **Wie kann der deutsche Wald umgebaut werden?**

Allen Forstfachleuten ist klar, dass wir in Zukunft den Wald umbauen müssen. Ein Drittel Nadelwald und zwei Drittel Laubwald sind das Ziel. Die Waldgesellschaften müssen mit trockenresistenten Baumarten ergänzt werden. Zwar ist die Buche in südlichen europäischen Lagen ebenso wie in Nordeuropa heimisch und kann Sommertrockenheit trotzen, aber es gibt noch zu wenig Forschungsarbeit zu einheimischen trockenresistenten Baumarten. Da liegt es nahe, aus dem Kaukasus trockenresistente Baumarten einzuführen. In Deutschland gibt es etwa 50 Gehölzarten in der Forstwirtschaft, im Kaukasus jedoch etwa 130. Da ist die Auswahl größer. Aber niemand kann heute die Frage beantworten, welche Baumarten wir 2100 in unseren Wäldern haben werden. Forstwissenschaftler Dr. Kätzel meinte, dass „Baumimport ein Experiment am lebenden Patienten sei“ und der Forschungsvorlauf fehlt.

### **Die Suche nach den Schuldigen**

Dr. Knabe meinte, dass unsere konsumbetonte Lebensweise Schuld an der gegenwärtigen Misere sei. Wir müssten ein neues Lebensmodell entwerfen, das mit weniger Verbrauch auskommt. Die Verschwendung der Ressourcen muss aufhören. Nur eine Reduzierung der Ansprüche ermöglicht ein Überleben der Menschheit.

Auch Prof. Succow meint, dass ein grundsätzlich anderes Verhalten der Menschen notwendig ist. Der Naturverbrauch muss erheblich gedrosselt werden. Es geht dabei um ein rasches Handeln, wenn wir noch eine Zukunft haben wollen. Als Ursache sieht er das Wirtschaftswachstum, das die Natur kurzfristig zerstört. „Ein irreversibel geschädigtes Ökosystem kann auch ein deutscher Ingenieur nicht mehr reparieren.“

Renate Künast ist zwar der Meinung, dass die Industriestaaten für die gegenwärtige Situation verantwortlich sind, aber sie erwartet nur vom Staat und nicht von der Industrie Aktivitäten zur Änderung der Situation.

Fazit: Für die GRÜNEN ist an der misslichen Waldsituation nicht das kapitalistische Marktsystem schuld, sondern das Konsumentenverhalten. Aber solange die globale kapitalistische Ausbeutergesellschaft der Industriestaaten nicht als einzig verantwortlicher Auslöser und Verstärker der Naturzerstörung erkannt wird, werden auch keine wirksamen Gegenmaßnahmen organisiert werden

können. Die GRÜNEN sind inzwischen von einer kapitalkritischen zu einer kapitalfreundliche Partei geworden und werden deshalb den Urwald und den deutschen Wald nicht retten können.

## **VERKEHR**

### **Autobahn im Moselgebiet überflüssig**

#### **Karl-Georg Schroll**

Auch in Rheinland-Pfalz wird auf Kosten der Kultur, der Existenz- und Lebensgrundlagen der Bevölkerung der ökologische Raubbau weiterbetrieben. Politische Konzepte orientieren sich ausschließlich auf die einseitige „Stärkung“ des Wirtschaftsstandortes in Rheinland-Pfalz.

Davon betroffen ist eine der besten Weinlagen Deutschlands und Europas.

Auf einem Abschnitt von gut 20 km ist zwischen Ürzig und Bernkastel der Neubau einer Bundesstraße (B 50n) geplant und mit dem Hochmoselübergang bei Rachtig-Zeltingen bereits das Anschlussstück an die A 60 zu den Häfen Belgiens und der Niederlande planfestgestellt. Die B 50neu soll auf der Hangkante in Richtung Bernkastel geführt werden, um die 40-Tonner-LKW-Transporte zum Flughafen Hahn/Hunsrück zu sichern.

Die bezeichnete Hanglage ist seit Menschengedenken instabil. Wasserführende Schichten, gespeist durch artesischen Druck aus dem vulkanischen Untergrund der Eifel, die die Hänge quasi aufweichen, sind in den letzten Jahrhunderten dem Gesetz der Schwerkraft gefolgt und abgerissen, d. h. die Hänge rutschten nach unten in Richtung Mosel. Der Ort Graach, nahe bei Bernkastel, ist besonders davon bedroht. Die dort lebenden Winzer sind zum Teil schon aus ihren Häusern ausgezogen, weil die Mauern ihrer Häuser erhebliche Risse aufweisen. Wie sehr diese „Naturwüchsigkeit“ der Hänge Leib, Leben und Existenzen bedroht, belegt die vom Geologischen Institut der Landesregierung RLP herausgegebene „Hanginstabilitätskarte“ eindrucksvoll. Der unabhängige Geologe Richard Ladwein, der ein besonderes Verfahren (Ladwein-Karte) zur Erkenntnis und Erklärung geomorphologischer Dynamiken entwickelt hat, belegt die Oberflächenanordnungen, die zur Gefährdung der Hänge führen.

Wenn jetzt exogene Faktoren hinzukommen, dann ist zu befürchten, dass diese Hänge zunehmend ins Rutschen kommen, sozusagen „außerplanmäßig“. Exogene Faktoren beginnen bereits in der Anfangsphase des Bau der B 50neu: Von Trab-

Trarbach muss eine Rampe aufgeschüttet werden, um von dieser Seite an die gegenüberliegende Hangkante, wo der Verlauf der B 50neu geplant ist, zu gelangen (Luftlinie ca. 6 km). Während der Bauphase muss der Kamm abgefräst werden, wodurch nicht nur Erschütterungen freigesetzt werden würden, sondern auch ökotoxisches Gefahrgut, denn Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts sind Blei-, Arsen-, Silberstollen in die Hänge getrieben worden, deren Reste dann freigesetzt werden würden. In bestimmten Abschnitten sind auch Auswürfe von Pechblende feststellbar.

Der über die B 50neu verlaufende Schwerverkehr stellt einen zweiten exogenen Faktor dar. Die beständigen Erschütterungen würden die Instabilität weiter fördern und zu größeren Beeinträchtigungen für die Existenz der Winzer und des Tourismusziels „Mittelmosel“ führen. Ein dritter exogener Faktor, der noch nicht ganz oben im Bewusstsein angekommen ist, sind „Klimaturbulenzen“. Führende Klimawissenschaftler sagen uns für Mitteleuropa erhebliche Sturzregenzeiten voraus, d. h. dass in kürzester Zeit ungeheure Mengen an Wasser vom Himmel herabstürzen. Es konnte neulich auf Rügen beobachtet werden, welchen Einfluss sintflutartige Regenfälle auf eine Hangkante hatten. In Bernkastel selber ist letzte Woche ein Hang abgegangen. Er hatte nur ein Auto begraben. Woanders brechen Straßen weg und Menschen kommen zu Tode. Die klimatischen Veränderungen (Trockenheit, plötzliche Wassermassen) sind möglicherweise die größte Gefahr, auch dann für eine eventuell vorhandene B 50neu.

In einer Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE wurde dieser Problembereich thematisiert. Die Antwort fiel lapidar aus: Keine Gefahr, der Hochmoselübergang wird weitergebaut (es sei denn es fehlt das Geld), die B 50neu soll über die Hänge geführt werden. Das braucht der Wirtschaftsstandort RLP. Den Bundestags-Abgeordneten der CDU, Herr Bleser, hat's gefreut. Er meinte, in einer Presseerklärung Entwarnung geben zu können.

Die „natürliche“ Sach- bzw. Hanglage ist bereits eine gravierende Bedrohung für Mensch und Umwelt. Wenn dann noch die anthropogenen Einflüsse sowie die klimatischen Einwirkungen zunehmen, ist ein Desaster vorhersehbar. Hier gilt es, zunächst die explizit vorhandene Gefahr der anthropogenen Einflüsse abzuwehren, denn sie verstärken in erheblichem Maße die immer bestehende Gefahr einer Erdbewegung der Weinhänge. Möglicherweise ist dann die Natur ein wenig „in den Griff“ zu bekommen, aber mit einer B 50neu auf der Hangkante wird dies überhaupt nicht gelingen. Die B 50neu muss verhindert werden, dann wird es auch keinen Eingriff ins Moseltal mit einem Hochmoselübergang geben. Der wäre dann ja überflüssig.

*Karl-Georg Schroll ist Sprecher LAG Verkehr für RLP und Vorstandsmitglied KV Trier*

## **Chance vertan - USA bestehen auf Agrospritziel**

**Redaktion „Schattenblick“**

### **US-Umweltschutzbehörde lehnt Antrag auf Halbierung der stufenweisen Erhöhung des Agrospritanteils ab**

Nichts scheint die US-Regierung von ihrer Absicht, den Anteil an Agrosprit bei der Treibstoffproduktion in den nächsten Jahren weiter zu erhöhen, abbringen zu können. Anfang August hat die US-Umweltschutzbehörde EPA (Environment Protection Agency) einen Antrag des Bundesstaats Texas auf Reduzierung der geplanten Agrospritquote abgelehnt.[1] Damit wurde eine Chance vertan, eine Entwicklung zu stoppen, die zur Verarmung zahlloser Menschen und Verelendung der Lebensverhältnisse innerhalb und außerhalb der USA beiträgt.

Rund ein Drittel der Maisernte der Vereinigten Staaten wurde in diesem Jahr zu Ethanol verarbeitet, das dem Treibstoff beigemischt wurde. Der Agrospritboom vor allem in den USA, aber auch in der Europäischen Union, trug nach Ansicht der Weltbank bis zu 75 Prozent zum Anstieg der weltweiten Lebensmittelpreise seit dem Jahr 2002 bei. Nach Einschätzung von UN-Organisationen wurden durch diese Entwicklung mindestens 100 Mio. Menschen zusätzlich zu den bislang vermutlich 854 Mio. Erdenbewohnern dem Hunger ausgesetzt.

Abgesehen von der Verarmungsfolge aufgrund der Entscheidungen in der US-Regierung (und in der EU) verschlechtert der Agrospritboom die Lebensverhältnisse insbesondere der ärmeren Menschen. Denn die Verbrennung von Ethanol aus Mais in Fahrzeugen ist umweltschädlicher als die Verbrennung von fossilen Treibstoffen. Zum einen erhöht sich der Wasserverbrauch, zum anderen die Menge an Kohlendioxidemissionen. Vereinfacht gesagt: Die Verfeuerung von Mais über den Umweg der Ethanolproduktion heizt den Klimawandel an. Die Folgen des Klimawandels bekommen jedoch an erster Stelle die ärmeren Länder und innerhalb dieser - ebenso wie innerhalb der wohlhabenden Staaten - die einkommensschwächeren Menschen zu spüren. Deshalb treibt der Agrospritboom nicht nur die Verarmung, sondern auch generell die Verelendung der Lebensverhältnisse vieler Menschen, die Überschwemmungen, Dürren, dem steigenden Meeresspiegel, kräftigeren Wirbelstürmen ausgesetzt sind, an.

Als der Bundesstaat Texas am 25. April 2008 die EPA aufforderte, die Agrospritquote zu halbieren, da in Folge dieser Politik der Maispreis in den letzten drei Jahren um 300 Prozent gestiegen war, ging es ihm nicht um die Verarmung der Hunderte

von Millionen Menschen auf der Welt, die von durchschnittlich einem Dollar pro Tag lebten und aufgrund der höheren Lebensmittelpreise gezwungen wurden, aufs Essen zu verzichten oder Lehm zu essen (Haiti), sondern um die wirtschaftlichen Verluste der Rinderzüchter.

In Texas werden enormen Mengen Rinder produziert. Die erhalten Mais zu fressen, und die hohen Futterkosten gehen den Ranchern ins Geld. Die Fleischerzeuger geben den Preisanstieg an die Verbraucher weiter, was sich in einer vergleichsweise hohen Inflationsrate von 6,8 Prozent in der ersten Jahreshälfte 2008 niedergeschlagen hat. Hauptantrieb dieser Entwicklung ist somit die Ethanolgewinnung aus Mais.

Nach dem im Dezember 2007 vom US-Kongress abgesetzten Renewable Fuel Standard (RFS – Erneuerbarer-Treibstoff-Standard) müssen die Raffinerien in diesem Jahr 9 Mrd. Gallonen (34 Mrd. Liter) Agrosprit in die nationale Treibstoffversorgung einspeisen. Der Wert soll im nächsten Jahr auf 11,1 Mrd. Gallonen (42 Mrd. Liter) und in den folgenden Jahren laufend weiter erhöht werden, bis er im Jahr 2022 bei 36 Mrd. Gallonen (136 Mrd. Liter) angekommen ist. Die Umweltschutzbehörde besitzt die rechtliche Handhabe, die Einführung einer Agrospritquote zu verzögern, falls ansonsten der Wirtschaft oder der Umwelt eines Bundesstaates, einer Region oder der Vereinigten Staaten „schwerer Schaden“ zugefügt würde. Das sah EPA-Administrator Stephen L. Johnson als nicht gegeben an. Am 7. August 2008 erteilte er dem Antrag aus Texas eine Absage.

Auch wenn mit diesem Beschluss eine Chance vertan wurde, dem Hunger und Armut fördernden Agrospritboom einen Riegel vorzuschieben, kann die Verantwortung letztlich nicht allein der EPA zugelasst werden, der rechtlich die Hände gebunden sind. Die Regierung von US-Präsident George W. Bush insgesamt hatte mit der Erhöhung des Agrospritanteils eine strategische Entscheidung getroffen. Es ging dabei nicht zuletzt um die Aufrechterhaltung der militärischen Schlagkraft, denn Treibstoff ist selbstverständlich auch für das US-Verteidigungsministerium ein Kostenfaktor, der bei allen Operationen bedacht werden muss. Immerhin verbraucht das US-Militär daheim und in Übersee eine tägliche Treibstoffmenge, die der Schwedens entspricht.

Die von immer mehr Experten angekündigte rapide Verknappung von Erdöl als Folge des weltweiten Überschreitens der maximalen Förderung (Peak Oil) in den nächsten Jahren wird von Strategen als Gefahr auch für den Militärapparat der USA angesehen. Mit der umfangreichen Subventionierung der Agrospritherstellung (Ethanol und Biodiesel) durch die USA wird die vor einigen Jahren von Umweltschützern aufgebrachte Idee der Treibstoffautarkie mittels Agrosprit endgültig zu Grabe getragen. Verkürzt könnte man sagen, dass 100 Mio. Menschen weltweit nicht zuletzt deshalb in Armut geworfen wurden, damit die USA ihre

Kriege führen und ihren globalhegemonialen Herrschaftsanspruch durchsetzen können.

[1] <http://www.epa.gov/otaq/renewablefuels/420f08029.htm>, 15. August 2008

Quelle:  
*Elektronische Zeitschrift Schattenblick im MA-Verlag, [www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umre-095.html](http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umre-095.html) (RESSOURCEN/095 (SB))*

## GRUNDPOSITIONEN

### Eine Begrenzungsordnung einrichten

Rudolf Bahro

#### Die Mitverschwörung an dem allgemeinen Monopoly beenden

In meiner *Alternative* hatte ich an Rudolf Herrnstadts Buch über die Entdeckung der Klassen erinnert. Mir kam es damals beinahe so vor, als hätte er es, als Vermächtnis seines (nach dem 17. Juni) 1953 gebrochenen Lebens, nur deshalb geschrieben, um die Erinnerung an jenen ebenso großen wie kurzen Augenblick der Französischen Revolution wachzurufen, da das Volk von Paris eine gewisse Evidenz für die Selbstlosigkeit seiner jakobinischen Führung hatte – und deshalb zu jeder Stunde zu jedem politischen Einsatz bereit war.

Natürlich beruhte auch das und gerade das auf Interessenvertretung; auch handelt es sich durchaus nicht darum, aus der Kenntnis der übrigen Geschichte desselben Jahres '93 die ganz anderen politisch-psychologischen Momente zu verdrängen, die den Jakobinismus auch zum – freilich wiederum unobjektiv gespiegelten – Schreckgespenst gemacht haben. Was Herrnstadt zu beschreiben hatte, war dennoch eine jener Sternstunden der Geschichte, in denen von dem eigentlich unausrottbaren Phänomen der Klientel und der Klientelen der „Ismus“ abfällt. Da war kein Klientelismus mehr, weil sich Volk und Führung vor allem in einem wesentlich *allgemeinen* Interesse trafen.

Und das Aufschlussreichste: Indem wir nun außerdem wissen, wie hochgradig individualistisch die meisten Köpfe der Bergpartei waren, ist völlig klar, dass der eigentliche Akzent in der ganzen, gleichwohl nur als Einheit verständlichen Bewegung jenes Augenblicks beim *Volk* von Paris (und natürlich auch Frankreich) gelegen haben muss. Insofern erscheint mir immer noch als die einzig erlaubte nostalgische Anwendung hier bei

uns, nach dem freilich nur soviel kürzer stabilen *Augenblick* von '89 zu fragen, in dem „Wir sind das Volk!“ noch nicht umgeschlagen war in das – unabhängig von der objektiven Bedeutung des Wiedervereinigungsthemas – einfach seelisch ausflüchtige „Wir sind *ein* Volk!“

Und: Kein demütigenderer Beweis für das 40- oder 45-jährige Versagen unseres Sowjet- bzw. SED-Sozialismus als diese allzu rasche Kapitulation des DDR-Volkes vor der D-Mark, die ja in dem Partei-verhältnis zu der Strauß-Milliarde vorweggenommen war und die bis in die wiederum so verständliche Leninsche Anbetung des Taylorismus wie der deutschen und Zürcher kapitalistischen Kultur zurückreicht.

Aus dem alten, „hölzernen“ Russland das neue zu machen, mit Sergej Jessenin gewissermaßen, dann also nicht einfach ein „eisernes“ an seine Stelle setzen zu wollen, *das* hatte sich Lenin, *das* hatte sich der Bolschewismus *nicht* vorgenommen. Er ist eben, belehrt durch die Notwendigkeit der Maschinengewehre, der Tanks, der Flugzeuge, der Atom- und Wasserstoffbomben – *auch*, nicht nur, natürlich – an seinem eigenen Modernismus in den unterschwellig stets als Maßstab angesehenen Westen abgestürzt. Auch hat er – dies die Lehre bis in unser '89 hinein – das Volk, die sowjetischen Völker ... letztlich in der Richtung dieser Abhängigkeit erzogen.

Selbst und gerade der Sputnik war eben ein temporärer Sieg auf dem Boden der westlichen „Werte“, die zudem um diese Zeit längst nicht mehr primär aufklärerische waren, wie es Russland 100 Jahre früher, zu Zeiten Tschernyschewskis, noch *scheinen* konnte, sondern technologische, in ihrem eigenen Kontext unvermeidlich siegreich nach dem vor jetzt schon 150 Jahren von Marx so genannten „Gesetz der gefühllosen baren Zahlung“, inzwischen eben über Schecks und Chips ...

Die Stunde von 1793, wie sie Herrstadt beschrieb, hatte nun mal – offenbar ein unausgleichbarer Unterschied – *innerhalb* eines der laut Hegel/Marx „fortgeschrittenen“ Völker gespielt, deren mit so was denn doch überfordertes Proletariat auch die menschheits-allgemeine Emanzipation verbürgen sollte. Dies für Marx noch selbstverständlich nach englisch-französisch-deutsch-amerikanischem Muster rund um die ganze Welt – die nun durch dieses selbe metropolitane „Proletariat“, das in der Rolle der „zweiten industriellen Klasse“, des egoistischen Copiloten der „Bourgeoisie“ (dieser „ersten industriellen Klasse“), festsitzt, beinahe noch heftiger verwüstet wird als durch die Superreichen selbst, einfach weil das nördliche weiße Volk die weitaus größere Zahl der „Agenten“ stellt.

Genau darin ist heute der sozialökonomische Zusammenhang der weltweiten ökologischen Krise mit Händen zu greifen. Inzwischen ist auch jeder dem Wolfsburger gegenüber soviel ärmere Arbeiter von VW do Brasil ein Agent derselben Weltzerstörungsmaschine, von den darüber gesetzten

Weißkitteln und von all den „drittweltstädtischen“ Beamtenscharen, die gleich uns die entsprechenden Autos „brauchen“, zu schweigen.

Ist zu sehen, hier noch einmal, auf welchen verhängnisvollen Weg die Russische Revolution gesteuert und gezwungen war und auf welchen verhängnisvollen theoretischen Kurs zuvor schon sich unsere Väter Marx und Engels eingelassen hatten?! Und warum die russische „Entwicklung“ jetzt, den Rest von Autonomie verloren, noch einmal überschnappt, aber völlig in der Logik ihres bisherigen Weges? Man muss bereit sein, die Sache bis in die Leninsche Verehrung für den fürchterlichen Zaren Peter zurückzuverfolgen. ... Es wäre so wichtig, dem auf den Grund zu gehen, denn näher können wir uns selbst nicht kommen, und ohne diese Selbstbegegnung wird sich nie wieder jemand kommunistisch nennen dürfen ...

*Heute* müsste, wer überhaupt erst einmal kommunistisch denkt, sogar leichter als manche(r) Andere sehen, dass dieses „Entwicklungs“-Konzept in seiner bloßen gedankenlosen Fortschreibung der Untergang der Menschheit ist, dass damit spätestens seit der Renaissance die Evolution der Gattung Mensch schief geht, weil es kein immanentes Maß enthält. Denn seine tatsächliche psychologische Perspektive ist, dass wir alle absolutistische Sonnenkönige werden – wo wir DienerInnen des universellen Zusammenhangs sein sollten.

Das kapitalistische Monopoly ist nur das Non-plus-ultra-Verfahren der Machtakkumulation dafür, bei dem halt manche Spieler verlieren. Wollen wir – bei diesen Spielregeln illusorisch – alle gewinnen machen oder endlich erreichen, dass das verdammte Spiel abgebrochen wird?! Dann aber stimmt an der Strategie der PDS [heute LINKEN] – was da auch immer angeboten wird – *absolut nichts*.

Von der Ökologischen „Plattform“ will ich nicht reden, weil sie einstweilen – selbst auch noch etwas grobschlächtig – vielleicht noch nicht mehr als ein Trojanisches Pferd für euch ist, während die Kommunistische „Plattform“ – unabsichtlich/unbewusst bis absichtlich/bewusst – den Bodensatz der sowjetischen Modernisierungs-Katastrophe, der abhängigen Industrialisierung hütet.

Aber die PDS als solche agiert ..., nun mit jenem französischen Beispiel verglichen – als die Klientelpartei schlechthin und im schlimmsten Sinne als die Partei des allgemeinsten Nationalinteresses – ich meine dessen objektiv imperialen Charakter. Indem sie sich nicht darauf beschränkt, ihre eher erbärmlichen eigenen unmittelbaren Interessen und die Interessen der Vereinigungs-Zukurzgekommenen im Osten zu promovieren, sondern sich – ganz logisch – um das nationale Optimum für diese ihre Anliegen sorgt, kommt ihre Option nämlich dem nationalen Optimum überhaupt recht nahe.

So funktioniert es jetzt generell mit den Interessen der metropolitane Underdogs; sie sind meist „noch schlimmer“. Im gegebenen Sonderfall bedarf

es bestimmt keiner besonderen Bosheit dazu, weil es die quasi automatische Quintessenz „normaler“ Interessenvertretung für die „unterentwickelten“ Ostprovinzen ist. Das ist das Über-sozialdemokratische an dem Verein. Die klügeren Strategen im Lande wissen auch längst, dass man ihm eigentlich dankbar sein müsste. ...

Es hat sich keine andere als die (west-)europäische Zivilisation erlaubt, aus Anlass des tatsächlichen Scheiterns von Kaisertum und Papsttum die beiden Integrationsebenen des gesellschaftlichen Prozesses abzuschaffen bzw. de facto außer Kraft zu setzen, für die diese beiden Instanzen einstmals standen und ohne die kein größeres menschliches Gemeinwesen kultiviert existieren kann. Und jetzt wird die Welt, die Menschheit an diesem unserem hausgemachten Manko zugrunde gehen, es sei denn, uns fällt etwas anderes dazu ein als die Schürung der alten Ängste, aus denen wir uns schrittweise in aufgeklärten Absolutismus, bürgerliche Kriegsrepublik und Faschismus bis Golfkriegs-imperialismus hinein“gerettet“ haben. ...

Ja nicht zugeben, dass da etwas zu Ende, dass da mehr als der russische Kommunismus gescheitert ist, nämlich das ganze abendländische „Projekt der Moderne“, dem die Kupierung der höchsten gesellschaftlichen Instanzen wesenseigen ist?! Denn es hat eben selbst in den reichsten Ländern nicht vollbracht – und verrät im Weltmaßstab schon gar keine Aussicht, dies nachzuholen -, was es versprochen hatte, nämlich im aufgeklärten Citoyen das Königliche und das Meisterliche herauszubringen, indem es die entfremdeten Höfe und die entfremdete Klerisei (*Stand der Kleriker – d. Red.*) überwand. ...

Worum es geht, das ist eine allerdings umwälzende, eine fundamentale Ergänzung der de facto herrschenden, im Grundgesetz nicht einmal wirklich widerspiegelten Realverfassung der Gesellschaft. Eine Begrenzungsordnung, nicht weniger und nicht mehr, muss bei dieser Ergänzung herauskommen, schon soweit wir unseren vernünftigen Egoismus walten lassen – so dass ich die Veränderung sogar für letztlich „machbar“, für „politisch durchsetzbar“ halte.

Das Volk ist in seiner Mehrheit hüben wie drüben nicht so blöd, das jetzige Spiel seiner Politiker und sein eigenes jetziges Spiel mit den Politikern nicht zu durchschauen. Hier könnte schon mittelfristig die richtige Kandidatur, könnten die richtigen, überparteilich, d. h. problemangelegten Kandidaturen in zwei oder drei Anläufen neu die Weichen stellen. ... Es gibt ja bisher gar keinen institutionellen Rahmen für eine ökologische Wende. Wer den nicht schaffen will, sollte wenigstens aufhören, die Resignation zu verallgemeinern, die nur bei der jetzigen Unangemessenheit der Verfassung an die unabweisbare Herausforderung begründet ist.

Quelle:

*Auszüge eines Essays über Kommunismus, Ökologie und linke Parteistategien aus „Denker, Reformator, Homo politicus“, Rudolf Bahro, Edition Ost 2007*

## **Von der Illusion einer „neuen Art des Wirtschaftswachstums“ – Die Linke und ihre programmatischen Irrwege**

### **Götz Brandt**

Sie alle kennen die Prophezeiung der Apokalypse, den Weltuntergang. Es geht um den Sieg des Bösen über das Gute und nicht um einen Kometeneinschlag, auf den immer wieder Sekten warten. Offensichtlich haben die großen Denker der Vorzeit in den Anlagen des Menschen Potenziale erkannt, die zur Selbstvernichtung führen. Also die Möglichkeit, dass die Menschheit so träge, so verblendet, so massenhaft verdimmt werden kann, dass sie sich ihr eigenes Grab schaufelt.

Die Erfindung der Industrialisierung in Verbindung mit dem Wachstumskapitalismus in Europa lässt die uralte Prophezeiung in unmittelbare Nähe rücken. Welche Möglichkeiten zur Ausrottung der Menschheit zeichnen sich heute ab?

1. Der menschengemachte Klimawandel bewirkt die Unbewohnbarkeit großer Landstriche. Nicht nur durch Anstieg des Meeresspiegels. Auch übermäßige Hitze im Sommer wird Europa bereits südlich der Alpen, Spanien, Südfrankreich und den Balkan unbewohnbar machen. Landwirtschaftliche Kulturen werden dort verdorren. Afrika muss als Siedlungsgebiet aufgegeben werden. Das haben Fachwissenschaftler der Bundeskanzlerin persönlich vorgetragen. Die Regierung verkündet aber nur Klimaziele, die bisher nicht erreicht wurden. Der Klimagasausstoß nimmt weltweit jährlich um 3,1 % zu und nicht ab, auch in Deutschland nicht. In den Jahren von 2000 bis 2006 stieg er weltweit um 20 %. Wir gehen also einer Hitzezeit entgegen.
2. Übervölkerung der Erde und damit Hungertod vieler Menschen.  
Die UNO schätzt ein, dass wir in einigen Jahrzehnten von jetzt 6 Mrd. auf 10 bis 12 Mrd. Weltbevölkerung kommen werden. Erst dann wird die Bevölkerungszunahme schwächer. Die Erde hat nicht so viel Anbaufläche, um eine solche Bevölkerungsanzahl zu ernähren, auch bei gerechter Verteilung der erzeugten Lebensmittel nicht. Durch die Klimaerwärmung wird die Nahrung nur noch für etwa 2 Mrd. Menschen reichen. Die bereits jetzt hungernden und unterernährten 2 Mrd. Menschen

werden zuerst sterben, vor allem, weil Nahrungsmittel als Benzinersatz verwendet werden und Dürren sowie der hohe Erdölpreis die Nahrungsmittel nicht allein über Spekulation verteuern. In den vergangenen 3 Jahren stiegen die Nahrungsgüterpreise um 83 % und die Weizenpreise um 181 %.

3. Umweltverschmutzung und damit Gifttod von Mensch und Tier sowie Artensterben.

Die Industrie und Landwirtschaft erzeugen als Produktionsabfall und in ihren Erzeugnissen so viel Giftstoffe, dass die Natur diese nicht mehr aufnehmen und unschädlich machen kann. Es kommt zum schleichenden unmerklichen Absterben der Ökosysteme, zusätzlich zur Vernichtung der Wälder durch Holzraubbau. Auch die Menschen sind unmittelbar betroffen, zum Beispiel durch Allergien und Unfruchtbarkeit.

4. Rohstoffkriege und damit Strahlentod.

Nicht nur durch die Uranmantelgeschosse, die auch in Deutschland hergestellt werden, wurden ganze Landstriche auf dem Balkan und im Irak verseucht, sondern die USA halten sich bei der Beherrschung der Rohstoffquellen den Einsatz von Atombomben, z. B. gegen den Iran, vor. Das gehört zu ihrer Verteidigungsdoktrin. Der strahlende Staub wird über die ganze Erde verteilt.

5. Rohstoffmangel und damit Kollaps des Industriesystems.

Dass in 50 Jahren die Energierohstoffe Erdöl, Erdgas und Uran zur Neige gehen, ist seit 30 Jahren bekannt. Das betrifft aber noch viele weitere wichtige Rohstoffe der industriellen Produktion. Der Erzgehalt der Ressourcen nimmt ab, die Abraummassen nehmen zu. Die Preise für Rohstoffe stiegen in den letzten Jahren schnell. In 50 Jahren werden wir zur einer „Eisenzeit“ zurückkehren, denn Eisenerz und Steinkohle wird es noch etwa 100 Jahre lang geben. Produziert die Industrie nicht mehr ausreichend oder zu teure Produkte, dann entsteht ein Versorgungschaos.

Jede einzelne Katastrophe würde genügen, dass die Menschheit dezimiert oder ausgelöscht wird.

Es besteht die Wahrscheinlichkeit, dass alle aufgezählten Horrorszenarien in 50 Jahren gleichzeitig eintreffen.

Wissenschaftler verlangen deshalb nicht nur die Senkung des Kohlendioxid ausstoßes bis 2050 um 80 % , sondern auch die Dematerialisierung der Wirtschaft um 90 %, damit die Menschheit überleben kann und den nächsten Generationen noch Ressourcen zum Überleben verbleiben.

Das sind die Fakten, die von der Wissenschaft zusammengetragen wurden und die in 20 oder erst 40 Jahren unser Leben bestimmen werden.

Bei diesen Erkenntnissen und mit diesen Aussichten heute noch Wirtschaftswachstum zu verlangen, kommt der Forderung nach Selbstmord gleich.

Dass der Kapitalismus ohne Wirtschaftswachstum nicht mehr funktioniert, hatte schon Engels erkannt: „Die kapitalistische Produktion kann nicht stabil werden, sie muss wachsen und sich ausdehnen oder sie muss sterben.“ Deshalb wird von den Kapitalisten und der Bundesregierung so nachdrücklich Wirtschaftswachstum gepredigt und organisiert, egal wo das endet. Die zukünftigen Gefahren liegen in einer weit entfernten Wahlperiode, und die Politiker ignorieren die Gefahren. Orkane und Überschwemmungen als Vorboten der Klimakatastrophe werden zur Profilierung genutzt, Deichgraf Platzek und der Retter der Überschwemmungsoffer Milbradt sind uns allen bekannt. Die Unternehmer denken höchstens ein Jahr weit bis zur nächsten Gewinnausschüttung oder Gewinnwarnung. Von den regierenden Eliten ist also kein Umdenken und Gegensteuern zu erwarten.

Sie müssen sich das so vorstellen: Der Tsunami läuft auf uns zu. Wir wissen dass er kommt. Wir wissen, wann er kommt. Wirtschaft und Regierung verstärken ihn durch Wirtschaftswachstum. Dadurch organisieren wir den Aufprall so hart wie möglich.

### **Wie hat sich bisher und gegenwärtig DIE LINKE zum Wirtschaftswachstum geäußert?**

Von den DDR-Ökonomen wurde Wirtschaftswachstum weder hinterfragt noch angezweifelt. Das „Ökonomische Grundgesetz des Sozialismus“ lautete: „Sicherung der höchsten Wohlfahrt und der freien allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft auf dem Wege des ununterbrochenen Wachstums und der Vervollkommnung der gesellschaftlichen Produktion“. Das deckte sich völlig mit den Ansichten der Ökonomen des Kapitals.

Nur Professor Harich war in den 70er Jahren anderer Meinung. Er forderte ein wachstumsloses ökologisches Gleichgewicht. Er hatte keinen Einfluss und Hausarrest.

Die Ökonomen der PDS und LINKSPARTEI haben die Traditionslinie der DDR-Ökonomie nahtlos fortgesetzt. Das schlug sich im noch gültigen Parteiprogramm von 2003 nieder. Dort ist die Rede vom notwendigen wirtschaftlichen Wachstum, das für die Überwindung der globalen Armut unverzichtbar ist. Von den Unternehmern wird nur soziale Verantwortung gefordert und keine ökologische Verantwortung. Nach wie vor ist die in der LINKSPARTEI vorherrschende Meinung, dass man nur bei Wirtschaftswachstum gesellschaftliche Probleme lösen könne, indem auch für die Armen etwas vom gestiegenen Bruttosozialprodukt abfallen würde. Vor allem durch Besteuerung der Maximalprofite der Konzerne gesellschaftliche Probleme zu lösen, diese Idee trauen sich nur wenige Genossen zu äußern. Wenn man mitregieren will, dann muss man sich eben

anpassen und kann nicht gegen die Kapitalmacht angehen.

Zwar wird im Parteiprogramm auch darauf hingewiesen, dass wir die Sackgasse eines sozial und ökologisch zerstörerischen Wachstums verlassen müssen, aber gleichzeitig wird ein Wachstum im Rahmen nachhaltiger Entwicklung gefordert. Wie die neue Art des wirtschaftlichen Wachstums aussehen soll, wird nicht gesagt. Der vorgeschlagene Weg, dass der wissenschaftlich-technische Fortschritt und eine alternative Produktions- und Lebensweise das ermöglichen sollen, ist im Kapitalismus nicht gangbar. Im Grunde gibt es mit diesem Parteiprogramm kein grundsätzlich anderes Wirtschaftsziel als es die Unternehmer und die Regierung haben.

Da es immer noch Übereinstimmung gibt, dass die LINKE kapitalismuskritisch ist und den Systemwechsel anstrebt, müsste im zukünftigen Parteiprogramm der Linken zum Wirtschaftswachstum folgender Standpunkt vertreten werden, wie es der Standpunkt der Ökologischen Plattform bei der LINKEN ist:

- Wirtschaftliches Wachstum kann bei zunehmendem Raubbau an Rohstoffen, der damit einhergehenden Umweltzerstörung und dem absehbaren Rohstoffmangel durch Erschöpfung der Lagerstätten und auch im Hinblick auf die massenhafte Produktion von überflüssigen und überschüssigen Waren und auch aus Rücksicht auf den Bedarf zukünftiger Generationen nicht mehr zugestimmt werden.
- Schrittweise muss der Verbrauch an Rohstoffen und Energie um 80 % gesenkt werden, vor allem in den Industrieländern. Es ist ungerecht, wenn 20 % der Weltbevölkerung in den Industrieländern 80 % der Weltressourcen verbrauchen.
- Sicherlich ist ein verändertes Konsumverhalten ein privater Weg zur Verbesserung der Ressourcenproduktivität. Das wird aber durch die Werbung und die vorgegebenen Lebensziele vielen sehr schwer gemacht.
- Technische Effizienzerhöhungen an vorhandenen Technologien haben im Schnitt der Jahre immer nur 0,5 % Material- und Energieeinsparungen gebracht. Je mehr Patentanmeldungen, je mehr Ressourcenverbrauch war die industrielle Wirklichkeit.
- Notwendig ist also, nicht die vorhandenen Technologien zu verbessern, sondern völlig neue Prozesse, Anlagen und Produkte für neu definierte Bedürfnisbündel zu erfinden. Diese Aufgabe stellen kapitalistische Unternehmer ihren Ingenieuren nicht. Das würde den Umsatz und den Gewinn erheblich senken. Auch deshalb ist ein Systemwechsel notwendig.
- Ein Schrumpfen des Materialverbrauchs muss nicht mit einem Sinken des notwendigen Wohlstandes einhergehen. Allein durch die Umstellung der Produktion auf langlebige und

reparaturfähige Güter und den Verzicht auf Rüstungsproduktion könnte bereits die Hälfte des Materials eingespart werden.

- Wachstum auf den Gebieten der Kultur, des Bildungswesens, des Gesundheitswesens und der Sozialarbeit findet unsere Zustimmung, wenn damit nur ein geringer Materialverbrauch verbunden ist. Auch ein Wirtschaftswachstum von Industriezweigen, die an der Wende hin zu erneuerbaren Energien arbeiten, kann unter Bedingungen zugestimmt werden.

Unseren Standpunkt haben wir auch in einer **Broschüre mit dem Titel „Nachhaltiges Wirtschaftswachstum???“** breiter als es hier getan werden kann, zur Diskussion gestellt.

*Vortrag auf dem Workshop „Zur Archäologie des Wachstumsmythos im Lichte der modernen Nachhaltigkeitsdebatte“, gemeinsame Veranstaltung des Gesprächskreises Nachhaltigkeit RSL und RLS Sachsen-Anhalt, Magdeburg, 12. Juni 2008*

## „Nur rot-grün ist die Zukunft!“

**Michael Müller**

Die Fakten sind eindeutig: Die Party auf Kosten der Zukunft ist vorbei. Das vergötterte Wachstum zieht die Menschheit ökologisch in den Abgrund und reißt neue soziale Gräben auf. Erderwärmung, Rohstoffknappheit oder Energiekrise - eine Verlängerung des bisherigen Naturverbrauchs mündet in einer Klimakatastrophe, in der Ressourcenkriege Realität werden. Die Zeit billiger Energie und Rohstoffe ist vorbei, es drohen verschärfte Verteilungskonflikte und neuer Beschäftigungsabbau. In vielen Gesellschaften werden sich die sozialen Gräben vertiefen.

Diese Gefahren sind bekannt. Sie werden fast täglich in Politik und Medien beschrieben. Wirklich durchdrungen sind die Herausforderungen jedoch bisher nicht. Nachdem Klimaschutz 2007 Thema des Jahres war, droht er mit der heraufziehenden Rezession wieder nach hinten geschoben, gereicht zu werden. Dabei ist gerade die ökologische Modernisierung der Schlüssel für eine gute Zukunft. Nicht weniger als eine grundlegende Neuorientierung ist notwendig, denn die Ökonomie wird auf die gleiche Weise erschüttert wie die Umwelt zerstört: durch Auszehrung. Die ungezügelte Expansion der Kapitalverwertung schnürt beiden die Luft ab.

Solange diese Zusammenhänge zu wenig verstanden werden, wächst der Widerspruch zwischen unserem hohen Faktenwissen über die Gefahren und dem alltäglichen Umgang damit. Wir leben in einer Zeit der Zuspitzung: Das 21. Jahr-

hundert wird entweder ein Jahrhundert der Verteilungskonflikte und Gewalt, oder es wird ein Jahrhundert der Nachhaltigkeit. Die Alternative heißt Anpassung an die Globalisierung oder sozialökologischer Umbau unter einem nachhaltigen Vorzeichen. Nur eine nachhaltige Entwicklung kann zu einer drastischen Reduktion des Ressourcenverbrauchs und mehr Beschäftigung führen. Die Ökonomie muss sich daran messen lassen, ob sie ökologische und soziale Ziele verwirklicht.

Sind wir noch zu retten? Die Zeit für eine Neuordnung wird knapp. Spätestens in 30 Jahren wird die Kohlenstoffkonzentration in der unteren Atmosphäre 450 ppm erreichen, dann ist eine Erwärmung um 2 Grad Celsius nicht mehr zu verhindern. Für das gebeutelte Afrika bedeutet das eine Halbierung der schon heute viel zu geringen Ernteerträge. Doch trotz Weltklimarat und Stern-Report wird der Klimaschutz noch immer als Kostenbelastung hingestellt. Statt mit Effizienztechnologien, Einsparen und erneuerbaren Energien zu reagieren, will die Wirtschaftspartei FDP die Mehrwertsteuer für Energie senken. Bloß nicht an den Ursachen ansetzen. Um die Vergangenheit zu verlängern, schüren auch RWE und E.ON Angst und warnen vor einer angeblichen „Stromlücke“. Ihnen geht es um ihre Interessen: nicht um Kosten, sondern um hohe Gewinne.

Mit der Globalisierung ist die Ökonomie gieriger, härter und anonymer geworden. Unter dem Kommando der Kapitalmärkte ist unsere Zeit eine Zeit der gnadenlosen Beschleunigung. Der Schnelle frisst den Langsamen. Nichts Langfristiges, sondern kurzfristige Profitmaximierung um jeden Preis - so lautet das Credo des modernen Kapitalismus. Ineffiziente, aber abgeschriebene Anlagen oder lange eingeführte Technologien sichern den Betreibern hohe Gewinne.

Statt die ökologischen Märkte zu erschließen, sollen die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert werden, fossile Kraftwerke eine Kohlenstoffabscheidung bekommen oder Beimischungen von Biokraftstoff miserable Emissionswerte der Autos verschönen. Gelöst wird kein Problem. Im Gegenteil. Immer schneller öffnet sich die Naturschranke, die nicht überschritten werden darf. Die Wirklichkeit einer zusammenwachsenden, aber zerbrechlichen und endlichen Welt holt uns ein. Die alte Wachstumsstrategie ist am Ende. Game over! Doch mit der Globalisierung ist die Ökonomie noch kurzfristiger, härter und anonymer geworden. Das Jahrhundert der Ökologie, das mit aller Macht heraufzieht, braucht eine neue Unternehmens- und Wirtschaftsverfassung. Weniger denn je reichen Teilkorrekturen aus, nur eine Radikalkur hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft kann zu einer drastischen Reduktion des Ressourcenverbrauchs führen.

Doch selbst Umweltverbände reden häufig so, als sei der ökologische Umbau keine „Systemfrage“, sondern ausschließlich eine „Win-win-Strategie“. Die soziale Bewegung hatte ein Verständnis von

Gesellschaft, die Ökologiebewegung hat das bisher nicht. Sicher wird es bei einem ökologischen Umbau auch Gewinner und neue Allianzen geben. Vor allem aber führt der Umbau zu erheblichen Verteilungskonflikten.

Um eine wirksame Gegenmacht aufzubauen, ist eine Durchdringung der Problemdeutung der Ursachen ebenso notwendig wie die klare Perspektive für eine gute Zukunft. Beides fehlt. Orientierungswissen hat dramatisch abgenommen. Die Zusammenhänge sind komplexer geworden, sektorale Betrachtungen reichen aber nicht aus. Hinzu kommt: Unter dem Kommando der Kapitalmärkte leben wir auch kulturell in einer Art „permanenter Gegenwart“, in der sich soziale Routinen auflösen und das Orientierung gebende Band mit den Erfahrungen der Vergangenheit zerreißt.

Soziale Kategorien brechen weg, werden ins Gegenteil verkehrt. Reform heißt jetzt Anpassung an ökonomische wirtschaftliche Zwänge, Flexibilität wird zur Bindungslosigkeit, Modernität bedeutet ökonomisches Einheitsdenken. Nicht nur die Wirtschaft gerät in eine Krise, auch die Demokratie befindet sich in einer prekären Situation.

Ohne Zweifel hat die Linke ein Stück Mitschuld an der geistigen Austrocknung, denn auch sie hat die Wachstumsfrage weitgehend verdrängt und nur wenige neue Impulse für das Jahrhundert der Ökologie gegeben. Dabei geht es um ihr Thema: um die soziale Zivilisierung des Kapitalismus.

2008 wird zur Bewährungsprobe. Entweder setzt die Politik erneut auf die gescheiterten Konzepte einer kurzatmigen Angebotssteuerung aus Steuer-senkungen und Sozialabbau. Oder sie rückt die ökologische Modernisierung ins Zentrum und macht sie zum Hebel und Motor für Umbau, Beschäftigung und qualitatives Wachstum. Das ist der Weg der Nachhaltigkeit, die nun iden Kern der Reformpolitik bilden muss. Sie hebt Wachstum auf eine neue Ebene, denn Nachhaltigkeit ist vor allem Zeitpolitik, die mit der heutigen Kurzfristigkeit bricht. Die Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich daran messen lassen, ob sie auch künftig noch verträglich wären.

Nachhaltigkeit ist nicht vereinbar mit der heutigen Machtkonzentration, denn sie setzt auf Vielfalt und Dezentralität. Sie ist nicht vereinbar mit dem plumpen Ökonomismus, denn sie geht von dem Ziel einer sozialökologischen Gesellschaft aus. Sie ist nicht vereinbar mit dem Diktat der kurzen Frist, denn sie übernimmt Zukunftsverantwortung. Kurz: Richtig verstanden ist Nachhaltigkeit eine antikapitalistische grundlegende Strukturreform. Von daher müssen SPD und Bündnisgrüne, die beiden Parteien, die in besonderer Weise mit dieser Idee verbunden sind, ihre unbestimmte Weichheit beenden. Nachhaltigkeit darf nicht länger ein beliebiges Plastikwort sein, sondern braucht klare soziale und ökologische Konturen.

Die Zukunft der Parteienlandschaft wird heute vor allem arithmetisch betrachtet. Doch es geht nicht nur um Bündnisse, entscheidend ist die Frage, ob

die Parteien wieder eine überzeugende Gestaltungsoption aufzeigen, für die es sich lohnt zu streiten. Schwarz-Grün mag wegen des kulturellen Spannungsbogens für einige Kommentatoren interessant sein, aber mit Nachhaltigkeit hat das noch lange nichts zu tun. Trittsins angekündigter Verzicht auf eine klare Koalitionsaussage hat viel mit Taktik, aber wenig mit Orientierung zu tun.

Auch die SPD hat sich in den letzten Monaten in Taktik gefangen, statt deutlicher eine inhaltliche Perspektive deutlich aufzuzeigen. Worum es geht? Unser Land muss nachhaltig werden, deshalb braucht es einen rot-grünen Motor. Die Idee der Nachhaltigkeit kommt aus der sozialdemokratischen Programmatik. Die Ideengeber waren Olof Palme, Willy Brandt und Gro Harlem Brundtland. Die Idee der Nachhaltigkeit ist die Idee von und für Rot-Grün. Nur sie eröffnet unserem Land eine gute und sichere Zukunft.

*Michael Müller ist parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium*

Quelle:

[http://www.wir-klimaretter.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=705&Itemid=275](http://www.wir-klimaretter.de/index.php?option=com_content&task=view&id=705&Itemid=275)  
(27.03.2008)

## **Welt und Seele – die Seele der Welt**

**Diana Voigt**

### **Ökopsychologie**

Wie der Name schon andeutet, besteht die Lehre der Ökopsychologie aus zwei zentralen Komponenten: Der Natur bzw. unserer umgebenden Welt einerseits und unserer individuellen Psyche/Seele und unseren Emotionen andererseits.

Diese beiden Komponenten sind untrennbar miteinander verbunden, denn beide – unsere Seele, die innere Natur und die Umwelt, die äußere Natur – kommen im Grunde aus derselben Quelle bzw. werden vom gleichen „Spirit“ durchzogen und sind nur unterschiedliche Ausformungen derselben „Schöpfung“, derselben evolutionären Kreation.

Die großen seelischen und spirituellen Fragen der Menschheit – „wer sind wir, wie können wir wachsen, warum leiden wir und wie können wir heilen und glücklich sein“ sind in der Ökopsychologie untrennbar verbunden mit unserer Beziehung zur umgebenden Welt. Ebenso sind die großen Umweltthemen und –probleme zutiefst begründet in der menschlichen Psyche, unseren Bildern von uns selbst, der Natur und unserem Verhalten darin.

## **Innen wie außen – außen wie innen**

Wie in dem alten alchemistischen Prinzip „innen wie außen – außen wie innen“ sieht die Ökopsychologie den beschädigten und gefährdeten Zustand unseres Planeten als Zeichen und Resultat eines gestörten seelischen Zustands der Menschen. Ebenso wie umgekehrt die Krise unserer Außenwelt (soziale Not, Verlust von Arten und Lebensräumen) natürlich tiefe psychische Auswirkungen auf uns hat und sich in seelischen Störungen, Ängsten, Depressionen oder simpel in massiver Verdrängung und zerstörerischem Verhalten zeigen kann.

Erst die Trennung von innerer und äußerer Natur fügt in der Sicht der Ökopsychologie beiden Teilen großen Schaden zu. Trotzdem ist diese Abspaltung in den letzten 2000 Jahren und vor allem in den vergangenen 350 Jahren seit der Aufklärung massiv betrieben worden.

Der Mensch sei die Krone der Schöpfung und das einzige von Geist durchdrungene Wesen. Die Natur hingegen und alles Materielle ist eine Anhäufung toter Teilchen, eine gigantische Maschine, in die ordnend und manipulierend eingegriffen werden muss. Die nichtmenschlichen Wesen und die Natur sowie das Fremde, Wilde („die Wilden“), sind nicht von Geist durchdrungen, daher unlebendig, tote Materie, ohne eigene Empfindungsfähigkeit, eigene Werte und Rechtsstatus. So entstand eine Ideologie, die auf Macht, Beherrschung und Unterwerfung fußt.

Dem Kapitalismus kam und kommt diese Ideologie zupass, weil sie Tür und Tor öffnet(e) für ein schrankenloses Sich-Aneignen und Ausbeuten. Die Natur wurde zu einem reinen Warenlager, einer toten selbstverständlich vorhandenen Ressource, aus der wir uns ohne Grenzen bedienen können.

Vor den Resultaten dieser Weltsicht stehen wir heute.

Sie führte zur Vergewaltigung, Kontrolle und Zerstörung von Lebendigkeit und Vielfalt, sowohl auf der menschlichen wie auf der nichtmenschlichen Ebene. Da Lebendigkeit unteilbar ist und gleichermaßen alle natürlichen Lebensformen durchzieht, sind wir Menschen, aber auch Tiere, Pflanzen, Landschaften, die Elemente – also alle großen natürlichen Systeme (Wetter, Wasserkreisläufe, Nährstoffkreisläufe, die Welt der Mikroorganismen ...) von einem einseitigen, unverbundenen Umgang mit der Welt betroffen.

Auf seelischer Ebene kann dadurch große Betroffenheit, sogar Traumatisierung entstehen. In der Außenwelt entsteht Naturzerstörung planetarischen Ausmaßes. Wir sind gewissermaßen von beschädigten und verletzten Naturen umgeben – bzw. sind es selber.

„Both – epidemic human psychopathology and the ecological crisis, can ... be fruitfully understood in terms of a general violation of the life process under capitalist social relations. „ (Andy Fisher, Radical Ecopsychology)

## Die Aufgaben der Ökopsychologie

Aus diesen beiden Feldern der Krise entstehen die beiden großen Aufgabengebiete der Ökopsychologie: ein kritisch-politisches und ein heilend-therapeutisches.

- Das kritische geht an die Wurzeln der historischen, politischen, sozialen Arrangements, die diese Beschädigung und Gefährdung der menschlichen und nicht-menschlichen Natur zulassen, begünstigen, betreiben.
- Das heilend-therapeutische geht an die Wurzeln unseres Menschseins und Eingebundenseins in die natürliche Welt, an die Wiederverbindung, die Unterstützung, Förderung und Heilung von allem, was Lebendigkeit ist.

Wie alle Psychologien beschäftigt sich auch die Ökopsychologie mit der Frage, was unsere eigentliche Natur, unser eigenstes Potential ist und wie es aussehen könnte, wenn es ganz, ungestört und völlig lebendig ist. Die Antwort darauf ist ohne Verbindung zur umgebenden Natur und deren Ganz- und Heilwerden unmöglich.

Dabei wären wir aus der Sicht der Ökopsychologie für diesen Heilungsprozess gut gerüstet: Wir verfügen eigentlich über einen gesunden, lebendigen (auch wilden), liebenden Kern (Theodore Roszak nennt es das „Ökologische Unbewusste“) und ein erweitertes (höheres) Selbst, das weit über Ego-Interessen hinausgeht; beide sind zutiefst verbunden mit anderen – auch nichtmenschlichen – Wesen und Erscheinungsformen des Lebens. Außerdem haben wir eine elaborierte Sinnesausstattung (sehen – hören – tasten – riechen – schmecken), die uns – wenn voll gelebt – wahrnehmen lässt, was ist.

Mit diesen Potentialen, die eine liebende Verbindung, ein natürliches Gerechtigkeitsgefühl und daraus die Fähigkeit, sich einzufühlen und einzusetzen, ermöglichen, könnten wir die drängenden Probleme der (persönlichen) Umwelt transformieren und lösen.

## Überwindung der Trennung

Die zentrale Aufgabe der Ökopsychologie ist daher, die abgespaltenen Teile wieder zusammenzubringen, d. h. die innere menschlichen Natur wieder mit der umgebenden äußeren Natur zu verbinden und diesen lebendigen und liebenden Kern in uns wieder zu entdecken. Heilung wird gesehen als Psychologie der Beziehung, des In-Beziehungs-Seins, des Verbundenseins mit meiner inneren und äußeren Natur.

Das zu bewerkstelligen, sich wieder zu verbinden, die Spaltung und Trennung zu überwinden (der englische Ausdruck für diese Arbeit ist auch: „The Work that Reconnects“, ist Bewusstseinsarbeit, die als Basis mit unseren Sinnen und ihrer Wahrnehmungsfähigkeit arbeitet und hilft, sie so

sehr zu verfeinern, dass Achtsamkeit, Sensitivität, Einfühlungsvermögen, Respekt und Liebe für unsere eigene und die umgebenden Natur gleichermaßen entstehen können. Ausgehend von dieser Basis entsteht eine veränderte, unhierarchische Weltsicht, eine emotionale Erweiterung (Compassion, Engagement über das Ich und die menschliche Welt hinaus), die uns ins Handeln bringt für eine nachhaltige Welt und ein gutes Leben für uns und alle Wesen.

Die Ökopsychologie greift für ihre Arbeit dabei auf viele Wissensbereiche und Traditionen zurück: die Ökologie, die Soziologie, die Systemtheorien, die Naturphilosophie, politische Ansätze, psychologisch-therapeutische Techniken, tiefenökologische Ansätze sowie spirituelle und schamanische Traditionen.

Erst in der Kombination und den Synergien dieser Richtungen kann die Ökopsychologie ihre volle Wirksamkeit zur Heilung des Individuums und des Planeten entfalten und zur Schaffung einer zukunftsfähigen Welt beitragen.

## Tipps zum Weiterlesen:

Fisher, Andy: Radical Ecopsychologie. Psychologie in the Service of Life. SUNY Press, 2002

Roszak, Theodore: Ökopsychologie. Der entwurzelte Mensch und der Ruf der Erde. Kreuz Verlag, 1995

Roszak, Theodore, Mary E, Gomes, Allen D. Kanner (Eds.): Ecopsychologie: Restoring the Earth, Healing the Mind. Sierra Books, 1995

*Quelle: Lieger, Nicole; Schuster, Klaus; Voigt, Diana (Zusammenstellung, 2007): Tiefenökologie. – Sustainable Austria Nr. 41 (Dez. 2007): 12 14. - In: sol. Menschen für Solidarität . Ökologie . Lebensstil 130 (Dez. 2007)*

## UMWELTNACHRICHTEN

### Klimaschutz wird am Kabinetttisch der großen Koalition klein geredet

#### Hans-Kurt Hill

„Auch der zweite Teil des Energie- und Klimapakets der Bundesregierung ist ernüchternd. Umweltminister Gabriel rechnet mit Wunschzahlen. Der Klimagasausstoß in Deutschland wird bis 2020 nicht um 36 Prozent, sondern nur um 25 Prozent sinken. Das Minderungsziel von 40 Prozent rückt damit in weite Ferne. Wenn sich die SPD gegenüber dem Koalitionspartner nicht durchsetzen kann, sollte sie es auch sagen und die

Menschen nicht an der Nase herumführen“, so Hans-Kurt Hill zum Klimapaket der Koalition.

Der energiepolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE weiter: „Im Verkehrsbereich lässt die Bundesregierung den Klimaschutz ganz fahren. Eine CO<sub>2</sub>-bemessene Kfz-Steuer wird nicht kommen. Damit bleiben Autos die Klimasünder Nummer eins und das auf Kosten der Autofahrerinnen und Autofahrer, die weiter Spritschlucker kaufen müssen. Auch Mieterinnen und Mieter werden weiterhin keine Energie-sanierung bei den Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümern durchsetzen können. Hinzu kommt, dass Versäumnisse bei der energie-bezogenen Sanierung ausdrücklich nicht geahndet werden. Die Bundesregierung lässt die Verbraucherinnen und Verbraucher auch hier mit den Heizkosten weiter allein.“

DIE LINKE setzt deshalb auf klare Vorgaben: Autohersteller müssen zu Verbrauchssenkung gedrängt werden. Neuwagen, die mehr als fünf Liter Sprit auf 100 Kilometern schlucken, sind nicht mehr zeitgemäß. Um die Heizkosten in Wohngebäuden wirksam zu senken, müssen Mieterinnen und Mieter das Recht haben, machbare Energie-sanierungen einzufordern.“

Pressemitteilung 18.06.2008

Quelle:

[www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1255069288](http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1255069288)

## UN-Naturschutzkonferenz mit magerer Bilanz

Lutz Heilmann

„Das war nicht der notwendige Durchbruch für einen weltweiten Naturschutz. Entgegen der Jubelarien vom Umweltminister Gabriel gibt es heute nicht viel zu feiern, denn bei den zentralen Fragen gibt es keine verbindlichen Vereinbarungen“, so Lutz Heilmann zum Abschluss der UN-Naturschutzkonferenz. Der naturschutzpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE erklärt weiter:

„Der Schutz vor Biopiraterie, der illegalen Aneignung genetischer Ressourcen durch westliche Konzerne, ist auf 2010 vertagt. Hinsichtlich der bereits 2004 von der CBD (*Convention on Biological Diversity = Biodiversitäts-Konvention, offiziell: Übereinkommen über die biologische Vielfalt – d. Red.*) an ihre ABS-Arbeitsgruppen (*Access & Benefit Sharing = Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechter Vorteilsausgleich – d. Red.*) erteilten Mandate, ein internationales ABS-Regime auszuarbeiten und zu verhandeln ist jetzt, vier Jahre später, nichts

passiert. Die Verzögerungstaktik der Industriestaaten ist ein Trauerspiel für den Schutz der Artenvielfalt. Vor allem die wichtigste Frage der Verbindlichkeit der Vereinbarungen ist nicht geklärt. Das gleiche gilt für das Problem Agrosprit, das ebenfalls vertagt wurde. In zwei Jahren werden erhebliche Regenwaldgebiete dem Anbau von Palmöl und anderen Rohstoffen zum Opfer fallen. Da kommt auf den Umweltminister, der bis zur nächsten Konferenz 2010 den Vorsitz hat, noch sehr viel Arbeit zu.

Beim dringend nötigen Schutz der letzten intakten Urwälder und anderer wertvoller Naturräume ist auch nichts passiert. Statt auf die Verpflichtung der Staaten zu drängen, endlich Schutzgebietsnetze einzurichten, unterläuft die Bundesregierung dies mit ihrer rein freiwilligen LifeWeb-Initiative. Selbst deren Erfolg steht auf wackligen Beinen, da die Gelder fehlen. Die zugesagten deutschen Millionen reichen bei weitem nicht zur Rettung der Artenvielfalt aus. Sie liegen deutlich unter den von Umweltverbänden geforderten zwei Milliarden pro Jahr. Insgesamt bräuchte man jährlich 30 Milliarden Euro, um die letzten unberührten Gebiete vor Kettensägen und Brandrodung zu retten.“

Pressemitteilung 30.05.2008

Quelle:

[www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1254789106](http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1254789106)

## „Preis-Schock“ bei neuen Atommeilern

ZEO<sub>2</sub> - [www.zeozwei.de](http://www.zeozwei.de) - Magazin für Umwelt, Politik und Neue Wirtschaft

Die US-amerikanische Atomindustrie muss Kostenexplosionen verdauen. Die nächste Generation von Atomkraftwerken würde - falls sie gebaut wird - Investoren und Betreiber teuer zu stehen kommen. Das Wall Street Journal spricht von einem regelrechten „Preis-Schock“. Kostenschätzungen der bisher nur auf dem Reißbrett existierenden Atommeiler hätten sich „verdoppelt bis vervierfacht“ schreibt das Blatt in einem im Mai erschienenen Report. Danach würden sich die Investitionen für einen Atommeiler der neuen Generation je nach Standort und beauftragtem Unternehmen auf bis zu 12 Milliarden Dollar belaufen. „Die Eskalation bei den Preisen ist ernüchternd, weil Industrie und Aufsichtsbehörden hart gearbeitet haben, um die Neuentwicklungen wirtschaftlicher zu machen“, heißt es weiter. Den jetzt bekannt gewordenen Zahlen waren monatelange Verhandlungen vorausgegangen. Die Kosten hätten selbst die schlimmsten Erwartungen übertroffen, zitiert das Blatt Jim Hempstead, einen Spezialisten für Großprojekte und Direktor bei

Moody's Investors. Besonders schlecht schneidet der US-Konzern General Electric ab. Dessen Reaktordesign für einen möglichen Standort im Südosten Floridas könnte 12 Milliarden Dollar kosten, während die Konkurrenz von Toshiba mit „nur“ 6 bis 9 Milliarden auskommen will. In den USA ist seit den 70er Jahren kein Atomkraftwerk mehr in Auftrag gegeben worden.

Quelle:

[www.zeozwei.de/energie/preis-schock-bei-neuen-atommeilern\\_19-07-2008\\_94](http://www.zeozwei.de/energie/preis-schock-bei-neuen-atommeilern_19-07-2008_94) (ZEO2, 25. September 2008)

## 100-Punkte-Programm weitgehend ohne Umweltaussagen

**Marko Ferst**

Der Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei der LINKEN verabschiedete einen Brief an Oskar Lafontaine zum 100-Punkte-Programm. In den aufgeführten Aussagen der Fraktion DIE LINKE sind von Aktienoptionen für Managergehälter bis Zumutbarkeitskriterien für Hartz-IV-Empfänger alle konkreten Aufgaben der Fraktion auf den Gebieten der Sozial- und Friedenspolitik, der Gesundheits- und Rentenpolitik usw. fast lückenlos enthalten.

Auf dem Gebiet der Umweltpolitik ist das nicht der Fall. Die drei enthaltenen Aufgaben sind zudem noch unvollständig oder unkonkret. Eine Forderung des „Umstiegs“ auf öffentliche Verkehrsmittel genügt nicht. Öffentliche Verkehrsmittel müssen vorrangig ausgebaut werden und nicht Autobahnen. Ein Tempolimit von 130 km/h löst die Probleme des Schadgasausstoßes der Autos bei Weitem nicht. Die Autokonzerne müssen zum Bau von Elektroautos verpflichtet werden, wie es die Automobilkonzerne in Japan planen.

Die Forderung, den Schadgasausstoß bis 2020 um 40 % zu senken, hat ohne Nennung der notwendigen Maßnahmen, die das garantieren, keine politische Wirkung. Wir haben den Eindruck, dass die Fraktion ökologische und landwirtschaftliche Forderungen den GRÜNEN überlassen will. Dabei sind doch zahlreiche GRÜNE zur LINKEN gewechselt, weil die GRÜNEN bereits zum Establishment gehören und zum zahnlosen Tiger verkommen sind. Die Möglichkeit, bei den GRÜNEN Mitglieder und Wählerstimmen zu gewinnen, wurde mit dem 100-Punkte-Programm vertan. Der vollständige Brief des Sprecherrates ist auf unserer Webseite [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de) (Dokumente/Erklärungen) nachzulesen.

## Vattenfall brüskiert Demonstranten

**Gesine Franke**

Jänschwalde, 13.09.2008. Bereits als ich in meinem Sommerurlaub den Neiße-Oder-Radweg befuhr, sah ich die fünf Kühltürme von Jänschwalde und die daraus ohne Unterlass austretenden hellgrauen Rauchschwaden. Da hoffte ich auf eine nicht zu übersehende Demonstration. - Als wir am 13.09.2008 bei sonnigem Wetter in Peitz-Ost aus der Regionalbahn stiegen und Richtung Kühltürme marschierten, war das Erste, was uns außer den Kühltürmen ins Auge fiel, ein Riesentransparent, aufgehängt an zwei Kränen, mit der Aufschrift „Kohle fördern CO<sub>2</sub> stoppen – wir arbeiten dran Vattenfall“. Da hat die PR-Abteilung von Vattenfall gut gearbeitet. Aber wir Demonstranten dachten: Nun erst recht! Nach einem Empfang durch die Greenpeace-Trommelgruppe traten ans Mikrofon: Sven Giegold (Attac), der Gubener Pfarrer Mathias Berndt, Franziska Keller (Landesvorsitzende Bündnis90/Die Grünen, Carolin Steinmetzer-Mann (umweltpolitische Sprecherin der Brandenburger Landtagsfraktion DIE LINKE), Nurzat Abdyrosulova aus Kirgistan und noch zwei weitere Zeugen aus Ländern, die heute schon vom Klimawandel betroffen sind. Carolin Steinmetzer-Mann schlug in ihrer Rede den Bogen von der Problematik: der Abbaggerung von urbanen Lebensräumen bis zur Braunkohleverstromung und der damit verbundenen übermäßigen CO<sub>2</sub>-Emission, aber auch zur Arbeitsplatzproblematik. Leider erwähnte nur eine Rednerin das Risiko mit der Einlagerung des flüssigen CO<sub>2</sub> und dass bisher der Großteil der Forschung zu diesem Thema durch Steuermittel finanziert wurde.

Thematisiert wurde auch, dass bereit 26 000 Brandenburger die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“ unterschrieben haben. Die Intentionen dieser Initiative wurden aber von der Landesregierung abgelehnt, so dass jetzt eine höhere Hürde zu nehmen ist. In Brandenburg startet am 10. Oktober ein Volksbegehren gegen neue Braunkohletagebaue. Für einen Erfolg müssen binnen vier Monaten 80 000 Wahlberechtigte bei den Meldestellen unterschreiben.

*Diashow von der Demo:*

<http://www.flickr.com/photos/friekoop/sets/72157607266549428/show/>

*Solidaritätsbekundungen:*

[http://www.bund.net/bundnet/themen\\_und\\_projekte/klima\\_energie/erneuerbares\\_brandenburg/pass\\_beantragen](http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/klima_energie/erneuerbares_brandenburg/pass_beantragen)

## Was macht eigentlich die Ökologische Plattform Thüringen?

Helmut Bessner, Johanna Scheringer-Wright

Die Landesarbeitsgemeinschaft „Ökologische Plattform Thüringen“ hatte sich am 28. November 2007 mit dem Ziel, ein Netzwerk für Umweltbewegte und Umweltaktivisten zu sein und die Partei DIE LINKE bei der Weiterentwicklung ihres ökologischen Profils zu unterstützen, gegründet. Man verständigte sich über die Eckpunkte der zukünftigen Tätigkeit, beschloss die Satzung der Arbeitsgemeinschaft und betraute vier Mitglieder mit den Aufgaben eines vorläufigen Vorstandes. Im Januar wurde die Plattform vom Landesvorstand anerkannt.

In diesem Jahr sind wir bisher dreimal mit jeweils 10 bis 15 aktiven Teilnehmern zu Arbeitsberatungen zusammengekommen. Es wurden der dreiköpfige Sprecherrat, ein Delegierter zum Landesparteitag und ein Mitglied des Landesausschusses gewählt. Die meiste Zeit nahm selbstverständlich die Diskussion inhaltlicher Fragen ein. So entstand auch der Antrag unserer Ökologischen Plattform Thüringen an den 1. Bundesparteitag in Cottbus „Umweltverschmutzung durch die Kaliindustrie beenden“.

Angesichts des Wahljahrs 2009 nahmen die Entwürfe des Landeswahlprogramms und des Rahmen-Kommunalwahlprogramms bzw. die Teile Landwirtschaft und ländlicher Raum, Energie, Tierschutz und Umweltpolitik, zu denen es durchaus einige Fragen und Änderungsanträge gab, breiten Raum ein. Biomasse für die energetische Nutzung war eines der intensiv diskutierten Themen.

Die Plattform stellt gerade eine Liste von Fachleuten (auch externen) zusammen, z. B. für Forstwesen, Wasserwirtschaft, ökologisches Bauen oder auch Wohnungswirtschaft, auf deren Rat wir bei komplizierten Fragen zurückgreifen wollen.

Nach der Sommerpause wollen wir uns auf Einladung des Bürgermeisters und Gründungsmitglieds Manfred Hellman in Viernau (ca. 2 000 Einwohner) über die Entwicklung der ersten ostdeutschen Solargemeinde seit 2001 informieren. Vielleicht erleben wir dann einen weiteren großen Schritt, die Errichtung eines 1,8-MW-Solarparkes.

## BÜCHERECKE

### Konsequente Umgestaltung der Abfallwirtschaft zu einer energieeffizienten Ressourcen- und Wertstoffwirtschaft

Manfred Wolf

Der Autor Thomas Scherzberg hat der Broschüre zu diesem Thema im Rahmen der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ die folgende Sentenz von Albert Einstein vorangestellt: „Man kann Probleme nicht mit den Denkweisen lösen, mit denen sie entstanden sind.“ Nun hat Einstein dabei sicher nicht explizit an die Abfallwirtschaft gedacht. Aber wie es bei großen Denkern so ist, sind ihre Äußerungen oftmals universal anwendbar. So auch hier.

In seinen sehr detaillierten und auf den gesellschaftlichen Grund der Problematik vorstoßenden Darlegungen vermittelt der Autor gerade auch diese Überzeugung, dass eine neue Denkweise aller Mitglieder und Teile einer Gesellschaft, ja eine neue Lebensweise, was die Umgestaltung gesellschaftlicher Grundlagen einschließt, erforderlich ist, um die im Titel genannte Zielstellung zu erreichen. Zugegeben: Der Einwand wäre berechtigt, dass eine neue Denkweise auch für die anderen Bereiche ökologischer Politik wie Klimaschutz, Reinhaltung von Boden und Gewässern u. a. unerlässlich ist. Thomas Scherzberg versteht es aber, sein Thema so exemplarisch darzulegen, dass er diesen Einwand dem Leser geradezu durchgehend selbst nahe bringt und ihn dadurch als Einspruch auflöst. Er begnügt sich also nicht mit einer nur formalen Darlegung der Instrumente, Ergebnisse, Aufgaben und Probleme der Abfallpolitik, sondern verweist auch auf die im Rahmen der bestehenden Marktwirtschaft nahezu unlösbaren Schwierigkeiten, Abfallwirtschaft in eine nachhaltige Wertstoffwirtschaft umzugestalten. Betriebswirtschaftliches Verhalten steht diesem Ziel auf Schritt und Tritt entgegen. Deshalb sei es eine Illusion, auf freiwillige Initiativen der Wirtschaft oder auch auf zielbewusstes Verhalten des Einzelnen zu setzen. Der aufgeklärte, nichtkorrumpierbare Staat muss umgehend die Rahmenbedingungen für die Entwicklung in die richtige Richtung schaffen. Sie müssen betriebswirtschaftlichem Denken die Grenzen weisen und allen ohne Ausnahme die erforderlichen Anreize geben.

Am Ende der Lektüre wissen wir, dass wir es mit einer Aufgabe zu tun haben, die sich keineswegs nur mit der Verwertung und Verbringung dessen, was nicht mehr gebraucht wird, befasst, sondern die den gesamten Produktionskreislauf, angefangen von der Forschung und Konstruktion über die

Produktion und Logistik bis zum Gebrauch, die anschließende Wertstoffverwertung und schließliche Entsorgung der Abfälle umfasst. Dabei kommt den Aufgaben am Anfang dieses Prozesses besondere Bedeutung zu. Hier muss die richtige Produktstrategie für den gesamten Produktkreislauf entwickelt werden. Das Ziel kann anlässlich der Ressourcen- und ökologischen Lage unserer Erde nur darin bestehen, mit immer weniger Ressourcen und Energie die für die Gesellschaft **notwendigen** Produkte zu erzeugen.

Jedem, der die Arbeit gelesen hat, muss sich am Ende die Feder sträuben, noch über „Abfall“-Wirtschaft zu schreiben, wenn eigentlich die ganze Breite der Wertstoffwirtschaft gemeint ist.

Die Broschüre bietet für alle, die mit der Materie enger befasst sind, als auch für interessierte Laien eine Fülle von Informationen und Zusammenhänge, eine gute und nützliche Übersicht zum Stand der Dinge in Deutschland und der dazugehörigen gesetzlichen Grundlagen sowie über grundsätzliche Zielstellungen ökologischer Wertstoffpolitik. Linken Umweltpolitikern kann sie außerdem noch deshalb hilfreich sein, da sie in einem Sonderabschnitt Schlussfolgerungen des Autors, eines gleichfalls gestandenen Umweltpolitikers, für linke Politik enthält. Die Arbeit zeichnet sich durch übersichtliche, lockere Strukturierung aus und enthält zusätzlich zum Innehalten und Nachdenken eingestreute, besonders hervorgehobene Thesen (insgesamt 30).

Die Broschüre ist wie alle in dieser Reihe bei der Ökologischen Plattform für eine Spende von 2 € abrufbar.

## Buchempfehlungen

### Zusammenstellung Marko Ferst

**Alan Weismann**

**Die Welt ohne uns. Reise über eine unbevölkerte Erde**

Welche Spuren hinterlassen wir auf der Erde? Alan Weisman beschreibt, wie die Welt ohne uns der Auflösung anheimfällt, wie unsere Rohrleitungen zu einem Gebirge reinsten Eisens korrodieren, warum einige Bauwerke und Kirchen womöglich als letzte Überreste von Menschenhand stehen bleiben, wie Ratten und Schaben ohne uns zu kämpfen haben und dass Plastik und Radiowellen unsere langlebigsten Geschenke an den Planeten sein werden. Schon ein Jahr nach unserem Verschwinden werden Millionen Vögel mehr leben, weil die Warnlichter unserer Flughäfen erloschen sind. In 20 Jahren werden die großen Avenues in Manhattan zu Flüssen geworden sein. Unsere Häuser halten 50, vielleicht 100 Jahre. Großstädte

in der Nähe von Flussdeltas wie Hamburg werden in 300 Jahren fortgewaschen. Und nach 500 Jahren wächst Urwald über unsere Stadtviertel. Alan Weisman ist vielfach ausgezeichnete Journalist, berichtet u. a. für „The Atlantic Monthly“, „New York Times Magazine“, „Discover/National Public Radio“ und ist Professor für Journalismus und Lateinamerikastudien an der Universität von Arizona. Im Kern beschäftigt sich das Buch zu zwei Dritteln mit ökologischen Themen. Piper, 2007, 380 S., 19,90 €

**Bernd Meyer**

**Wie muss die Wirtschaft umgebaut werden? Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung**

Der internationale Wettbewerb um knapper werdende Ressourcen verschärft sich zusehends. Die Rohstoffentnahme aus der Natur wird beschleunigt, die Schadstoffemissionen, insbesondere die Klimagase, steigen unverändert an. Kurz: Die Natur nimmt immer größeren Schaden, worunter natürlich auch die menschliche Existenz leidet und leiden wird. Dieser Band zeigt wirtschaftspolitische Lösungsansätze auf und diskutiert Handlungsalternativen sowohl im internationalen Rahmen als auch bezogen auf Europa und Deutschland. Bernd Meyer ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Osnabrück.

Fischer Taschenbuch, 2008, 240 S., 9,95 €

**Tilman Heuser, Werner Reh**

**BUND-Schwarzbuch zum Fernstraßenbau in Deutschland. Integrierte Verkehrsplanung für eine zukunftsfähige Mobilität**

Die Broschüre beschäftigt sich mit der Verkehrssituation in Deutschland, warum Straßen und Autobahnen noch immer Vorfahrt bekommen. Erläutert wird, warum Umgehungsstraßen keine Lösung sind. Plädiert wird für eine Änderung der Mobilitätspolitik, mehr öffentlichen Verkehr etc. Einzelne Negativbeispiele werden besprochen, Probleme, die auch in der LINKEN immer wieder Stein des Anstoßes werden.

BUND, 2004, 46 S., Spende

Bestellung: [http://www.bund.net/bundnet/publikationen/publikationen\\_bestellen/](http://www.bund.net/bundnet/publikationen/publikationen_bestellen/)

**Peter Henicke, Manfred Fishedick**

**Erneuerbare Energien. Mit Energieeffizienz zur Energiewende**

Angesichts des Klimawandels und der Begrenztheit der fossilen Ressourcen steht fest: Den erneuerbaren Energien aus Wasser, Sonne und Wind gehört die Zukunft. Aber wann beginnt die Energiezukunft, und wie und vom wem wird sie gestaltet? Zwei führende Experten beschreiben die

dringend notwendige Energieumdeutung aus einer Perspektive, die das gesamte Energiesystem in den Blick nimmt. Peter Henricke ist Präsident des Wuppertalinstituts und Manfred Fischdick Vizepräsident.

C. H. Beck, 2007, 144 S., 7,90 €

### **Regenwaldreport 2/2008**

Der aktuelle Regenwaldreport berichtet über Biodiesel, der zum Hungerdiesel wird. Besonders beklemmend ist, dass für Margarine auf deutschen Frühstückstischen Regenwald gerodet wird und Palmölplantagen angepflanzt werden. Weiter berichtet das Blatt über Orang-Utans und die geplante Ölförderung in Nationalparks, problematischen Elfenbeinhandel und aktuelle Projekte.

Rettet den Regenwald e. V., Friedhofsgasse 28, 22337 Hamburg, [www.regenwald.org](http://www.regenwald.org)

### **Konzentration im Energiesektor. Studie zur ökonomischen Entwicklung im Energiesektor und Handlungsvorschläge gegen die Machkonzentration im Energiemarkt**

Die Broschüre beschäftigt sich mit der Geschichte der Energieversorgung in Deutschland und den Auswirkungen der Liberalisierung des Strommarktes auf den Konzentrationsprozess im Energiesektor. Welche Folgen zeitigte dies? Die Verflechtung von Politik und Energiewirtschaft wird ebenso angesprochen wie die Probleme der Einpreisung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Aufgezeigt werden Ansätze, wie eine Rekommunalisierung der Energiewirtschaft aussehen könnte und auf welche praktischen Schwierigkeiten sie stößt. Die Studie wurde von der Bundestagsfraktion der LINKEN herausgegeben.

2008, 54 S.

Bestellung: [Bernd.Brouns@linksfraktion.de](mailto:Bernd.Brouns@linksfraktion.de)

*Wer eigene Buchvorschläge veröffentlichen möchte, kann Autor, Titel und Klappentext an die Redaktion schicken.*

## **kurvekriegen**

### **Thomas Laessing**

also haben wir die kurve  
doch noch gekriegt

frachter segeln im wind &  
die erde ist wieder dicht

flieger gleiten solar in der  
neuen ruhe haben wir

letztendlich die bomben  
alle zerlegt bekommen & auch

die religion ist jenseits der konfessionen  
wahrhaft zurückgeführt zur ersten zelle

alle bäuche sind satt  
& niemand tritt mehr

mit schweren stiefeln nach der  
allfarbigen haut der liebe

läuft unser ball in blau & grün  
frisch geschmiert wieder rund

& die schirme in den sphären  
halten uns den brand von der haut

bis die letzten löcher zugewachsen  
& die schwarzesten schlotte gestopft

wenn wir das nächste mal  
bloß nicht wieder

so lange warten

*Quelle:*

*Thomas Laessing (2008): quodlibet. Gedichte*

## Inhaltsverzeichnis

KLIMA UND ENERGIE	1
Eine Generationen-Herausforderung: Neue Energie für Amerika <i>Al Gore</i>	1
Die unsozialen Auswirkungen des Emissionshandels <i>Franz Groll</i>	5
Das Ende des fossilen Zeitalters <i>Erika Schulz</i>	6
Das Erdölzeitalter geht unwiderruflich zu Ende <i>Marko Ferst</i>	7
Billiges Versprechen <i>Jochen Stay</i>	9
Vorrang für erneuerbare Energien in der Raumordnung und Bauleitplanung: Das zweite Standbein für die Energiewende <i>Irm Pontenagel</i>	10
Energetische Sanierung von Altbauen <i>Joschi Baumann</i>	11
Bürgerhaushalt Ortsgemeinde Neunkirchen: Energiekostensenkung trotz angespannter Haushaltslage <i>Richard Pestemer</i>	13
NATUR- UND ARTENSCHUTZ	14
20 000 Kilometer Wanderkorridore. Ein Rettungsnetz für die Wildkatze <i>Thomas Mölich, Mark Hörstermann</i>	14
Nationalpark Siebengebirge <i>Wolfgang Huste</i>	16
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT	19
Böden leiden unter Biogas <i>Andrea Beste</i>	19
Ziel der GRÜNEN: Wir müssen den Klimawandel bremsen <i>Götz Brandt</i>	21
VERKEHR	22
Autobahn im Moselgebiet überflüssig <i>Karl-Georg Schroll</i>	22
Chance vertan – USA bestehen auf Agrospritziel <i>Redaktion „Schattenblick“</i>	23
GRUNDPOSITIONEN	24
Eine Begrenzungsordnung einrichten <i>Rudolf Bahro</i>	24
Von der Illusion einer „neuen Art des Wirtschaftswachstums“. Die Linke und ihre programmatischen Irrwege <i>Götz Brandt</i>	26
„Nur rot-grün ist die Zukunft!“ <i>Michael Müller</i>	28
Welt und Seele – die Seele der Welt <i>Diana Voigt</i>	30

UMWELTNACHRICHTEN	31
Klimaschutz wird am Kabinetttisch der großen Koalition klein geredet <i>Hans-Kurt Hill</i>	31
UN-Naturschutzkonferenz mit magerer Bilanz <i>Lutz Heilmann</i>	32
„Preis-Schock“ bei neuen Atommeilern <i>ZEO<sub>2</sub> – www.zeozwei.de - Magazin für Umwelt, Politik und Neue Wirtschaft</i>	32
100-Punkte-Programm weitgehend ohne Umweltaussagen <i>Marko Ferst</i>	33
Vattenfall brüskiert Demonstranten <i>Gesine Franke</i>	33
Was macht eigentlich die Ökologische Plattform Thüringen? <i>Helmut Bessner, Johanna Scheringer-Wright</i>	34
BÜCHERECKE	34
Wege aus der Klimafalle <i>Manfred Wolf</i>	34
Buchempfehlungen <i>Zusammenstellung Marko Ferst</i>	35
kurvekriegen <i>Gedicht von Thomas Laessing</i>	36

## Impressum

### Kontakt:

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
oekoplattform@pds-online.de  
www.oekologische-plattform.de

### Herausgeber:

Sprecherrat der Ökologischen Plattform  
Textzusammenstellung: Marko Ferst  
Layout: Detlef Franek

Redaktionsschluss: 20.09.2008

Beiträge und Leserbriefe bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden. Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform wider.

### Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF:

Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000,  
C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform

## Kontaktadressen

### Bundesebene

#### Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de),

[oekoplatzform@pds-online.de](mailto:oekoplatzform@pds-online.de),

Manfred Wolf, Tel. 030/2411127,

[manfredwolfberlin@gmx.de](mailto:manfredwolfberlin@gmx.de)

Petra Beck, [pcbe@gmx.net](mailto:pcbe@gmx.net)

Marko Ferst, [marko@ferst.de](mailto:marko@ferst.de)

Götz Brandt, [Prof.Goetz.Brandt@t-online.de](mailto:Prof.Goetz.Brandt@t-online.de)

#### BAG Umwelt,Energie,Verkehr

Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Lennestr. 1, 19053 Schwerin, [w.methling@dielinke.landtag-mv.de](mailto:w.methling@dielinke.landtag-mv.de)

#### Bundestag

Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Tel.030/22772485, Fax 030/222776485

[eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de](mailto:eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de)

Lutz Heilmann, MdB, Tel.030/22770788, Fax 030/22776788,

[lutz.heilmann.ma01@bundestag.de](mailto:lutz.heilmann.ma01@bundestag.de)

Hans-Kurt Hill, MdB, energiepolitischer Sprecher der LINKEN, Tel. 030/22772478,

Fax 030/22776476, [hans-kurt.hill@bundestag.de](mailto:hans-kurt.hill@bundestag.de)

#### E-Mail für kurzfristige Informationen

Umweltverteiler der LINKEN, Ökologische Plattform und BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Aufnahme über [info@oekologische-plattform.de](mailto:info@oekologische-plattform.de)

#### Baden-Württemberg

LAG Ökologische Plattform, Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern,

[Mail@WolfgangKaemmerer.de](mailto:Mail@WolfgangKaemmerer.de)

#### Berlin

LAG Umwelt, Marion Platta, MdA, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Niederkirchnerstr. 5,

10111 Berlin, Tel. 030/23252550, Fax 030/23252515,

[platta@linksfraktion-berlin.de](mailto:platta@linksfraktion-berlin.de)

#### Brandenburg

LAG Umwelt Brandenburg

Peter Engert (Sprecher der AG Umwelt der LINKEN Brandenburg), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstentalde, Tel. 03361/344351

Christian Rehmer (Sprecher der AG Umwelt der LINKEN Brandenburg, AG Umwelt bei der LINKEN Barnim), Tel. 03334/387628, [Christian.Rehmer@web.de](mailto:Christian.Rehmer@web.de), [www.dielinke-eberswalde.de](http://www.dielinke-eberswalde.de)

Carolin Steinmetzer, MdL, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,

[csteinmetzer@aol.com](mailto:csteinmetzer@aol.com)

#### Hamburg

LAG Umwelt

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg,

[g.siegler@web.de](mailto:g.siegler@web.de)

#### Hessen

Ökologische Plattform Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel.

06421/163873, [Hajo.Zeller@web.de](mailto:Hajo.Zeller@web.de)

#### Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schwebs, MdL, umwelt-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin der LINKEN, Lennestr.1, 19053 Schwerin, Tel.038203/63519, [b.schwebs@dielinke.landtag-mv.de](mailto:b.schwebs@dielinke.landtag-mv.de)

#### Niedersachsen

Ökologische Plattform, Heinz Preuß, Spittastr. 32, 31787 Hameln, Tel. 05151/409481,

[Hpborusso@aol.com](mailto:Hpborusso@aol.com) (Mitglied Koordinierungsrat Bundes-ÖPF)

LAG Umwelt-Energie-Verkehr

Ulrich Steinmeyer, Am Ozer 5, 27283 Verden,

Tel. 04231 937960, 0179 4727893,

[info@ulrichsteinmeyer.de](mailto:info@ulrichsteinmeyer.de)

#### Nordrhein-Westfalen

Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen, Wahlkreisbüro:

Münsterstr. 141, 44145 Dortmund, Tel.: 0231/4759196,

[www.oepf-nrw.de](http://www.oepf-nrw.de), Ansprechpartner: Utz Kowalewski,

[wasg\\_kowalewski@yahoo.de](mailto:wasg_kowalewski@yahoo.de)

#### Rheinland-Pfalz

Ökologische Plattform, Albert Schtschepik, [schtschepik@web.de](mailto:schtschepik@web.de)

AG Natur- und Tierschutz, Kreisverband Ahrweiler, Angelika Jürgenson-Korjenic, Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing,

[angelika62de@yahoo.de](mailto:angelika62de@yahoo.de)

#### Sachsen

ADELE - Ökologische Plattform Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel.

035891/35290, [an-sa-kunze@t-online.de](mailto:an-sa-kunze@t-online.de)

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel.0341/9424882, [Micha.lauter@web.de](mailto:Micha.lauter@web.de)

Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel.

0174/98484127, [drnatke@web.de](mailto:drnatke@web.de)

#### Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,

Tel.0345/29418-63, Fax-64

#### Schleswig-Holstein

Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b.

Flensburg, Tel. 04633/966624,

[dettmergruenefeld@hotmail.com](mailto:dettmergruenefeld@hotmail.com)

#### Thüringen

Ökologische Plattform, Dr. Johanna Scheringer-Wright, MdL, agarpolitische Sprecherin der LINKEN, Steingraben

36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361/3772604,

0151/11723000, [johanna@scheringer.de](mailto:johanna@scheringer.de)

Tilo Kummer, MdL, umweltpolitischer Sprecher der LINKEN,

Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361/3772317,

[kummer@pds-fraktion-thueringen.de](mailto:kummer@pds-fraktion-thueringen.de)

#### linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, [s.schmidt@nd-online.de](mailto:s.schmidt@nd-online.de)

[www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt](http://www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt)

Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030/44339147, [www.grueneliga-berlin.de/raberalf](http://www.grueneliga-berlin.de/raberalf)

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an [kontakt-oekoplatzform@web.de](mailto:kontakt-oekoplatzform@web.de) melden.)